

Nr. 4

22. - 28. Januar 1990

BRD	2,-	DM
Österreich	10,-	ÖS
Schweiz	1,80	sfr
Berlin (West)	2,-	DM

**MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

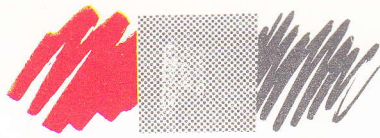
OSTEUROPA:
Unterschiedlicher Start

Überflüssiges Geld

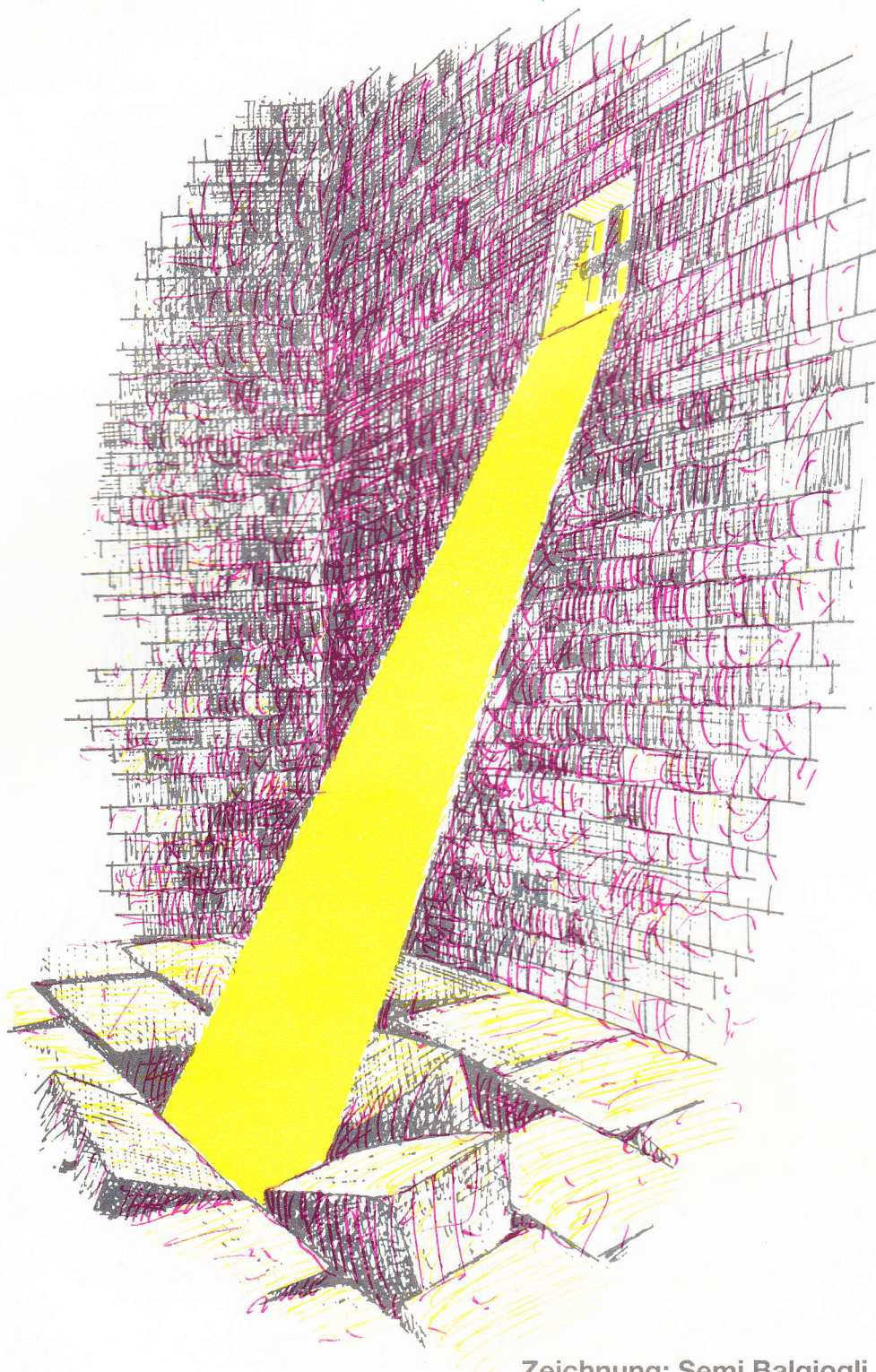
Was ist
mit unserer
Wirtschaft?



HAITI: NACH DUVALIER



PERSPEKTIVEN



Zeichnung: Semi Balgiogli (Türkei)



Rumänien: Revolution
und die Menge
S.12



Der politische
Gedanke
des 20. Jahrhunderts.
Die Rubrik
„Handschriften
brennen nicht“ mit
Boris Tschitscherin
fortgesetzt
S.39

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

SPANNUNGSSHERDE G. Sidorowa DER AUSNAHMEZUSTAND	5
S. Kuprejew STEPANAKERT. JANUAR	6
NIKARAGUA J. Kudimow BLEIBEN DIE SANDINISTEN AN DER MACHT?	8
PARTEI UND GESELLSCHAFT M. Uljanow POLITISCHER MARATHON	9
G. Koncius UND WAS IST, WENN GORBATSCHOW WEITER LINKS STEHT?	10
RUMÄNIEN D. Pogorshelski, S. Swirin DIE PROBE AUF DEM SIEGESPLATZ	12
OSTEUROPA M. Besrukow, A. Kortunow WER IST HEUTE VORNE?	14
DDR – BRD A. Kowrigin, N. Sholkwer FALSCHES SCHLACHTENBUMMLER u. a.	16
NZ-STANDPUNKT L. Besymenski „DER FEIND STEHT RECHTS“	18
WIRTSCHAFTSBAROMETER A. Didussenko STUNDE DER REFORMEN	19
HAITI M. Baklanow AUF DER SUCHE NACH	
EINEM ZUHAUSE	20
NZ-DISKUSSIONSCLUB	
J. Ambarzumow DER WESTEN WILL UNS NICHTS BÖSES	23
VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN	
W. Shitomirski LAND OHNE RAND	26
NZ-STANDPUNKT	
W. Nossenکو VERTRAUENS-MANGEL BEI ZU VIEL INITIATIVE	29
JUGOSLAWIEN G. Syssojew IN ERWARTUNG	
EINER LÖSUNG	30
KDVR G. Toloraja ÖFFNUNG ZUR WELT?	31
UdSSR V. Janischewskaja ZEIT UND GELD	32
RECHTSSTAAT I. Chalewinski GEÖFFNETE TÜREN	36
STANDPUNKT DES JURISTEN J. Feofanow WAS IST ÜBERFLÜSSIG	
IM GESETZ?	38
HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT B. Tschitscherin RUSSLAND	
AM VORABEND DES 20. JAHRHUNDERTS	39
TAGEBUCH DES SOZIOLOGEN L. Ionin ANTWORT	
AN ALEXANDER SINOWJEW	43
KULTUR UND POLITIK J. Kross TREUE, KOMPROMISSE UND FANATISMUS	46
RELIGION B. Balkarej RÜCKGABE VON HEILIGTÜMERN	47



DDR – BRD:
Neonazis
werden aktiv?
S.16

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-42-23; 200-41-92

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch ● Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

LESERBRIEFE

Chefredakteur

Vitali IGNATENKO

Redaktionskollegium:

Leonid ABRAMOW,

Lew BESYMENSKI,

Alexej BUKALOW

(verantwortl. Sekretär),

Alexander DIDUSSENKO,

Vitali GANJUSCHKIN

(stellv.

Chefredakteur),

Sergej GOLJAKOW,

Wladimir

KULISTIKOW

(stellv. Chefredakteur),

Leonid MLETSCHEIN,

Dmitri POGORSHELSKI,

Alexander PUMPJANSKI

(1. stellv.

Chefredakteur),

Galina SIDOROWA,

Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:

Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur

der deutschen Ausgabe:

Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier

Michail CHROBOSTOW;

Belgrad

Gennadi SYSSOJEW;

Berlin

Anatoli KOWRIGIN;

Bonn

Nikita SHOLKWER;

Bukarest

Sergej SWIRIN;

Delhi

Sergej IRODOW;

Havanna

Vitali SOBOLEW;

Lusaka

Nikolai RESCHETNJAK;

Managua

Juri KUDIMOW;

New York

Jewgeni ANDRIANOW;

Rom

Pawel NEGOIZA;

Stockholm

Alexander POLJUCHOW;

Tokio

Wladimir

OWSJANNIKOW.

Auslandsredaktionen:

Warschau, „Nowe Czesy“

Jan LYSEK;

Prag, „Nova doba“

Vladimir TRAVNICEK;

Athen, „Nei Keri“

Kostas MICHAELIDES

„Nicht mit Lügen leben“

(Nr. 30/89)

■ Die eigentümliche Stilistik des Autors dieses Artikels lenkt den Leser vom Wesen der Frage ab: Wer ist denn Solshenizyn nun wirklich? Ja, er ist ein Ereignis in der russischen Literatur. Und weiter? Wenden wir uns den Werken von Solshenizyn selbst zu, weil der Autor des Artikels das nicht getan hat und uns somit rätseln läßt, ob Solshenizyn ein Antikommunist oder ein „Kritiker des fanatischen Dogmatismus“ ist. Solshenizyn selbst sagte: „Kommunismus ist ein blutiges Hemd, dessen man sich entledigen muß“, „Kommunismus ist die Negierung des Lebens, das ist eine

tödliche Krankheit des Landes und der Tod für die gesamte Menschheit“, „Kommunisten sind eine unerbittliche totalitäre Bande“. Das wurde zu verschiedenen Zeiten gesagt, direkt und ohne Umschweife. Und weiter: Die Oktoberrevolution war von Anfang an eine „verbrecherische Aktion Lenins und Trotzki gegen die schwache russische Demokratie“, „es gab überhaupt keinen Stalinismus als solchen, das hat Lenin schon alles vor Stalin gemacht“. Heftig gegen Robert Tucker polemisierend, der behauptete, Stalin habe den Bolschewismus zerstört, verweist Solshenizyn seinen Opponenten auf seinen „Archipel“, wo er aufzeigte, daß „der kommunistische Polizeiappa-

rat, der später 60 Millionen Opfer zermalmte, von Lenin, Trotzki und Dzierzynski geschaffen wurde...“ Vielleicht hat sich die Position von Solshenizyn während der Perestroika geändert? Er hat bis jetzt noch keine Erklärungen abgegeben, die seine früheren Aussprüche korrigiert hätten. Ich habe einmal in Ihrer Zeitschrift zu einem anderen Anlaß gelesen: „Man hat uns noch nichts bewiesen, wir glauben es aber schon. Wir sollten uns wenigstens selbst achten.“ Ihr Autor schreibt: „Kann sein, der Schriftsteller kommt her?“ Kann sein? Nicht das ist seltsam und traurig, sondern etwas anderes. Nicht Solshenizyn wird von Lenin korrigiert, sondern Lenin von Solsheni-

■ Auf Einladung des Vorsitzenden des Ausschusses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beim Kongreß der USA, Dennis Deconcini, und des Co-Vorsitzenden dieses Ausschusses Steny Hoyer weilte eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR in den USA. Dieser Besuch war die Antwort auf den Besuch des Ausschusses im November 1988 in der Sowjetunion. Die Ergebnisse der Reise übertrafen alle Erwartungen. Es wurde eine beispiellose gemeinsame Erklärung angenommen und ein Programm gemeinsamer Aktionen im humanitären Bereich abgesteckt. Weil sich die Aufmerksamkeit der Massenmedien jedoch ausschließlich auf den zweiten Kongreß der Volksdeputierten konzentrierte, wurde unsere Reise in der Sowjetunion praktisch nicht beleuchtet und die gemeinsame Erklärung nicht veröffentlicht. Ich denke, diese Aufgabe könnte die NZ übernehmen.

Fjodor Burlazki

Volksdeputierter der UdSSR,

Vorsitzender des Unterausschusses für humanitäre, wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen des Komitees für internationale Angelegenheiten des Obersten Sowjets der UdSSR

Die sowjetische und die amerikanische Seite heben die wachsende Rolle und die Wichtigkeit der humanitären Problematik im gegenwärtigen Dialog zwischen der UdSSR und den USA hervor.

Die sowjetische Delegation hat mit großer Genugtuung die Erklärung von Senator Deconcini und dem Kongreßabgeordneten Hoyer aufgenommen, den Vorschlag von Präsident Gorbatschow zur Einberufung eines Treffens der 35 KSZE-Teilnehmerländer auf höchster Ebene zu unterstützen.

Bei den Arbeitssitzungen haben die Seiten Menschenrechtsfragen erörtert. Die Mitglieder des Ausschusses für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zeigten sich besorgt über eine Reihe von Problemen, die mit den Menschenrechten in der UdSSR im Zusammenhang stehen und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Fälle von Ausreiseverboten sowie die Probleme von politischen Häftlingen in nächster Zukunft eine positive Lösung erfahren werden. Die Mitglieder des Ausschusses erwarten, daß das Gesetz

über die Emigration, das das Ausreiseverbot für Geheimnisträger auf fünf Jahre begrenzt, über das der Leiter der sowjetischen Delegation den Ausschuß informierte, auf alle Personen Anwendung finden wird, die ausreisen wollen, auch auf diejenigen, die früher eine Absage erhielten. Die Mitglieder des Ausschusses unterstrichen die Notwendigkeit, in der UdSSR einen Rechtsstaat zu schaffen und in diesem Zusammenhang die Aktualität der diskutierten Gesetzesvorlagen in solchen Bereichen wie Bewegungs-, Presse-, Versammlungs- und Glaubensfreiheit. Der Ausschuß rief auch zur baldigen Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine auf. Es wurden weiter Fragen erörtert, die mit der Selbstbestimmung der Nationen, den zwischenethnischen Beziehungen und der Strafgesetzgebung im Zusammenhang stehen.

Die sowjetische Delegation hat ebenfalls eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die mit den Menschenrechten in den USA zusammenhängen, inklusive der nicht-erfolgten Ratifizierung mehrerer internationaler Menschenrechtsdokumente. Die sowjetischen Parlamentarier riefen die USA auf, die Hindernisse zu beseitigen, die die Entwicklung normaler Handelsbeziehungen bremsen. Die Delegationsmitglieder haben weiterhin erklärt, daß die Lösung vieler Emigrationsprobleme wie die Gewährung des Status von politischen Flüchtlingen und die Perfektionierung der Erteilung von Visa hauptsächlich von der Bereitschaft der USA zur Zusammenarbeit abhängen.

Die sowjetische Delegation hat den Ausschuß für 1990 zu einem Besuch der Sowjetunion eingeladen, um die Erörterung der Menschenrechtsthematik und der damit verbundenen Fragen im Rahmen des gesamten europäischen Prozesses fortzusetzen und an einer gemeinsamen Anhörung zum Realisierungsstand der Wiener Vereinbarungen und anderer KSZE-Dokumente durch beide Seiten teilzunehmen. Die Seiten haben außerdem vereinbart, daß die Experten innerhalb des Jahres enge Kontakte zueinander unterhalten, um Details einer intensiveren Zusammenarbeit zu erörtern und die Vorbereitungsarbeit dafür zu leisten.

Ausreiseverbot und politische Häftlinge

Das ganze Leben
wie bei Iwan
Denissowitsch?...

Den neuen
Nationalismus
stoppen

zyn. Die Frage, die Lenin oft wiederholte, wem das nütze, steht im Raum. Entschuldigen Sie den langen Brief. Sie werden nie verstehen können, wie weh das alles tut...

S. Livshiz
Berlin (West)

„Im Schlaf oder bei wachem Bewußtsein?“ (Nr. 52/89)

■ Ich bin völlig mit der Position des Autors einverstanden, „Archipel GULAG“ ist ein großartiges Buch, und es nicht zu drucken, hieße unserer Literatur etwas vorenthalten. Und nicht nur unserer Literatur, sondern dem Bewußtsein jedes denkenden Menschen.

Ich teile mein Leben in zwei Abschnitte ein: vor der Lektüre des „GULAG“ und nachher. Nachdem ich es gelesen hatte, konnte ich schon nicht mehr Iwan Denissowitsch aus einem anderen Buch Solshenizyns sein, der unwillkürlich nur daran dachte, wie er den Tag überleben kann: Ausschlafen, eine doppelte Portion Suppe bekommen, nicht krank werden. So haben wir doch aber fast alle gelebt, zwar nicht im Lager, sondern verhältnismäßig frei!

Unlängst las ich einen Beitrag, in dem Solshenizyn als Monarchist, Feind der Demokratie usw. bezeichnet wurde. Das ist doch die Höhe! Überlegen Sie mal, ob es, wenn man sich erinnert, was Solshenizyn durchmachen mußte, dann noch real ist, ein „überzeugter Anhänger der Leninschen Ideen zu sein“. Unser Alltag selbst macht manchen Mitbürger zu Antikommunisten.

Wir entfernen uns immer mehr von der schlimmen Periode der Verbrechen und der geistigen Verarmung. Wollen wir sie doch ohne Vorbehalte hinter uns lassen und auf unsere Bücherregale Bücher stellen, die Protest gegen jene Zeit ausdrücken!

O. Retschkow
Leningrad, RSFSR

„Nationale Eruptionen“ (Nr. 52/89)

■ Nationale Eruptionen ergeben sich logisch aus dem falschen nationalen Staatsaufbau, den wir ererbt haben. Die Gliede-

rung zahlreicher Nationen und Nationalitäten in wenige Unionsrepubliken und fast rechtlose autonome Republiken bringt unter den Bedingungen der Demokratisierung das Streben der zahlenmäßig kleinen Völker und nationalen Minderheiten nach Gleichberechtigung und als Gegenreaktion Nationalismus von seiten der „Stammnation“ der Republik hervor. Diese Form des sowjetischen republikanischen Nationalismus bezeichnet Ihr Autor taktvoll als neuen Nationalismus. Sein Wesen ist aber das alte – die „Reichsdenkweise“ des Republiksapparats, der fast ausschließlich aus Vertretern der „Stammnation“ besteht; die Bestrebungen, die Probleme der Republik auf Kosten der politisch und wirtschaftlich benachteiligten nationalen Minderheiten zu lösen; die ständige Schmälerung der nationalen Würde der letzteren, vielfältige Formen der Gewalt, Territorialansprüche auf das Land der autonomen Gebilde und der zahlenmäßig kleinen Völker...

Die vielgebrauchte Formel „starkes Zentrum – starke Republiken“ wird im Falle ihrer Realisierung die Republiken stärken, jedoch das Zentrum schwächen und damit eine noch größere Welle des republikanischen Nationalismus hervorbringen, dieser zerstörerischsten Kraft unserer Gesellschaftsordnung.

Um den neuen Nationalismus zu stoppen, müßte man sich über eine, wie es scheint, seltsame Frage Gedanken machen: In was für einer Union leben wir? Das von Lenin beabsichtigte freiwillige Bündnis gleichberechtigter Nationen und Völkerschaften

hat Stalin (seiner falschen Konzeption der Autonomisierung folgend) zu einer bürokratisch verwalteten Union der Republiken gemacht. Dieser Austausch einer Union gegen die andere ist genau die sozialpolitische Bombe, die in den Mechanismus unseres nationalen Staatsaufbaus eingebaut ist und die hochgeht, wenn man auf das gewaltsame administrative Kommandosystem der Lenkung von nationalen Prozessen verzichtet. Nur eine zeitmäßig schnelle Umgestaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in eine Union der Sowjetischen Sozialistischen Nationen und Völkerschaften kann das Land unter den neuen Bedingungen vor neuen nationalen Eruptionen bewahren.

W. Awanessow
Dr. paed., Moskau

„Nicht allein auf der Welt...“ (Nr. 36/89)

■ Im Frühling v. J. hatte ich zum ersten Mal Gelegenheit, Estland zu besuchen. Ich wurde mit einer Reihe von estnischen Bürgern bekannt. Unter meinen estnischen Gesprächspartnern habe ich keine Fanatiker getroffen, wohl aber engagierte estnische Patrioten. Mein Eindruck ist: trotz 50 Jahren sozialistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ist das Bewußtsein eines großen Teils der Esten nicht sozialistisch geprägt.

In unserer kommunistischen Bewegung sind wir offensichtlich allzu gläubige Anhänger des Satzes geworden, nach dem das Sein das Bewußtsein bestimmt:

Schaffen wir erst ein sozialistisches System in Estland (oder sonst wo), dann wird das Bewußtsein der Menschen schon nachfolgen. Die Praxis zeigt: Der Satz ist, so besehen, falsch. Das Bewußtsein des einzelnen oder größerer Gruppen wirkt ebenso auf das Sein. Bei Ihrem Autor fehlt weitgehend die psychologische Komponente.

Ein sozialistisches Staatssystem, eine starke sozialistische Gemeinschaft, ist nur als Gemeinschaft starker, selbstbewußter, auch ihrer selbst sicherer Menschen möglich und entwicklungsfähig. Wo über Jahrhunderte die nationale Kultur von fremden kulturellen Einflüssen dominiert worden ist, da besteht ein Nachholbedürfnis, das zu ignorieren fatale Folgen haben kann. Lenin hat das in bezug auf Finnland sehr wohl gesehen. Für mich als Außenstehenden ist schwer zu begreifen, warum selbständige baltische Staaten deren – freundschaftliche – Beziehungen zur Sowjetunion etwa den Charakter der finnisch-sowjetischen Beziehungen haben könnten, in einer Zeit der Umgestaltung und des neuen Denkens nicht möglich sein sollten. Sind bei der Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten die Grenzen der sozialistischen Demokratie und des Erneuerungsprozesses erreicht?

Wolfgang Albrecht
Oulu, Finnland

Zusammengestellt von
M. Tschernowzewa



Zeichnung: Wladimir Nenuschew



**SHINTARO
ABE,**
Generalsekretär
der
Liberaldemokrati-
schen Partei
Japans

Bei dem Besuch einer Delegation der LDP, der japanischen Regierungspartei, in der Sowjetunion fand ein wichtiges Gespräch im ZK der KPdSU statt. Wir hatten einen offenen Meinungsaustausch mit Michail Gorbatschow. Das zeigt, daß die UdSSR den Beziehungen zu Japan große Bedeutung beimißt. Auch unsererseits wurde der große Wunsch bekundet, die japanisch-sowjetischen Beziehungen weiterzuentwickeln. Wir unterstützen die von Gorbatschow eingeleitete Perestroika, seinen neuen Kurs in der Außenpolitik. Unsere Zusammenarbeit dabei würde unseren Ländern wie der ganzen Welt zugute kommen. Eine solche Zusammenarbeit würde die japanisch-sowjetischen Beziehungen auf eine neue Ebene heben und helfen, schwierige Probleme zwischen Moskau und Tokio anzugehen.

Wir waren natürlich nicht imstande, jetzt, bei diesem Besuch, alle Probleme zu lösen, doch wir vereinbarten eine Fortsetzung des Dialogs. Unsererseits brachten wir, um die Perestroika zu unterstützen, einen Acht-Punkte-Plan für die Vertiefung der japanisch-sowjetischen Beziehungen mit, der von der sowjetischen Seite hoch bewertet wurde. Der Besuch hatte großen Erfolg. Ich reise mit einem Gefühl tiefer Genugtuung ab.

Wie erklärt sich mein Rücktritt als Mitglied des Büros und der Rücktritt des gesamten Büros des Gebietskomitees der Partei zusammen mit dem 1. Sekretär G. Bogomjakow?

Der Rücktritt ist erfolgt, und das wichtigste ist jetzt, daraus Lehren zu ziehen.

Schon nicht nur einzelne Kommunisten, sondern die überwiegende Mehrheit ist zu der Überzeugung gekommen, daß radikale demokratische Reformen in der Partei von der Basis bis zur Spitze erforderlich sind.

Zweifellos muß die Führungsrolle heute durch reales Ansehen nicht nur im Apparat, sondern bei den meisten Parteimitgliedern, bei der Bevölkerung untermauert werden. Wenn man das ignoriert, dann gerät auch alles Positive, was der „Erste“ getan hat, in Vergessenheit, bleibt nur das Negative. Überdies wird in diesem Fall alles Fehlerhafte, nicht zu Ende Geführte auf die gesamte Organisation, ja auf die Partei insgesamt übertragen.

Die Kommunisten des Gebiets verlangen zurecht die Einberufung einer außerordentlichen Gebietspartei-konferenz. Ich meine, daß ebenso berechtigt auch Forderungen sind, die Einberufung des 28. Parteitages der KPdSU weitmöglichst vorzuziehen.

Die Delegierten des Parteitages sollten direkt von den Kommunisten in den Grundorganisationen gewählt werden! Mögen sie volles Vertrauen genießen! Nur dann werden die Beschlüsse des Parteitages von der Masse der Parteimitglieder angenommen werden. In unserer konkreten Situation in Tjumen, in der direkten Konfrontation der Kommunisten des Gebiets mit dem Büro und dem 1. Sekretär des Gebietskomitees zeugen die Leserbriefe der Gebietszeitung davon, daß die meisten Leser Verständnis für die stabilisierende und organisierende Rolle der Partei im Land haben.



**VIKTOR
GORBA-
TSCHOW,**
Chefredakteur
der
Gebietszeitung
„Tjumenskaja
Prawda“

Frankreich hat erneut seine Botschaft in Kabul eröffnet. Bekanntlich wurde sie im Februar v. J. „aus Sicherheitserwägungen“ geschlossen und ihr gesamtes diplomatisches und technisches Personal in die Heimat zurückgeholt.

Im vergangenen Jahr hat sich in Afghanistan viel zum Besseren verändert. Die Regierung der Republik Afghanistan bewies nach dem Abzug der sowjetischen Truppen entgegen wenig Wohlwollen bekundenden Prognosen ihre Lebensfähigkeit, konsolidiert allmählich ihre Positionen, hat die Kraft, Angriffe der Feinde abzuwehren. Ich meine, daß auch der jüngste Beschluß der französischen Regierung, die Botschaft in Kabul wieder zu eröffnen, Symbolcharakter trägt. Er reißt die „Einheitsfront“ der westlichen Länder und Japans ein, die bislang ihre Diplomaten nicht in unsere Hauptstadt zurückschicken wollen.

Frankreichs Schritt zeugt davon, daß es die Aussichten für eine Lösung des Afghanistan-Problems auf dem Weg der nationalen Aussöhnung realistisch einschätzt. Frankreich verlieh wiederholt der Hoffnung Ausdruck, daß es den Konfliktseiten gelingen möge, das Blutvergießen zu beenden, und daß Frieden und Ruhe in Afghanistan einkehren. Ein so realistisches Herangehen einer Großmacht kann man nur begrüßen.

Wir hoffen ferner, daß Frankreich bei dem bevorstehenden Besuch des Präsidenten der Französischen Republik Francois Mitterrand in Pakistan eine weitere Friedensinitiative ergreifen wird, um zu einer schnellstmöglichen Lösung des Afghanistan-Problems beizutragen.

Auß für meinen Besuch in der Sowjetunion war ein in Leningrad durchgeführtes Seminar des Internationalen Management-Instituts (IMI) zum Thema „Perestroika und sowjetische Wirtschaft“. Fragen des Ausbaus der direkten Beziehungen zwischen westlichen Industriekonzernen und sowjetischen Unternehmen unter den neuen Bedingungen wurden erörtert. Der staatliche italienische Treibstoffkonzern ENI hat langjährige Traditionen solcher Verbindungen.

Der kürzliche offizielle Italien-Besuch von Präsident Gorbatschow gab der Herstellung prinzipieller Beziehungen zur Sowjetunion, insbesondere bei der Prospektierung und Förderung von Erdöl und Erdgas, einen wichtigen Impuls. Unsere Zusammenarbeit mit der UdSSR ist, wie ich sagen würde, Bestandteil unserer Strategie und erfolgt auf langfristiger Grundlage. Bei meinen jetzigen Gesprächen in Moskau mit sowjetischen Kollegen wurde eine prinzipielle Vereinbarung darüber erzielt, daß der UdSSR von Firmen der ENI-Gruppe Anlagen, Waren und Dienstleistungen im Wert von über 1 Md. Dollar überlassen werden. Unser neues Programm sieht u. a. die Errichtung von AGIP-Tankstellen an der Straße von Moskau zum internationalen Flughafen Scheremetjewo vor.



S. GULABZOI,
Mitglied
des Politbüros
des ZK der DVPA,
Außerordentlicher
und
Bevollmächtigter
Botschafter
der Republik
Afghanistan
in der UdSSR



**GABRIELE
GAGLIARI,**
Präsident
des
ENI-Konzerns
(Italien)



Der Ausnahmezustand

Bedeutet das Krieg? Dieses Wort verband sich im Bewußtsein mit den Ereignissen in Aserbaidshan und in Armenien im vergangenen Herbst. Der Vorsitzende des Komitees für die Sonderverwaltung des Autonomen Gebiets Nagorny Karabach (NKAO) Arkadi Wolski erklärte mit von den schlaflosen Nächten geröteten Augen geduldig uns Journalisten die Situation, indem er mit einem Bleistift über die Landkarte Transkaukasiens fuhr, die an der Wand seines Arbeitszimmers in Stepanakert hing. Mir aber, die seinem Bleistift mit den Augen folgte, wurde wohl zum erstenmal das Durcheinander in den Republiks-, Gebiets- und Rayonsgrenzen wirklich bewußt, eine Erbschaft des „Vaters der Völker“. In Karabach kam es zu „kleineren Gefechten“: In den Nächten wurde geschossen, am Tag wurden Steine geworfen und die ersten Geiseln genommen. Auf Meetings in Baku wurden unzählige Drohungen gegen die Armenier und Aufrufe, Karabach nicht herzugeben, ausgestoßen. Sumgait und die Pogrome in Stepanakert lagen schon hinter uns.

Was würde die Zukunft bringen?

Und doch verschwand das Wort „Krieg“ aus der Reportage vom Herbst. Vielleicht schien es manchen in der Redaktion nicht geeignet für die Beschreibung der Konflikte zwischen zwei Sowjetrepubliken. Vielleicht aber, und ich selbst wünschte das in meinem tiefsten Inneren, hatte sich mein informierter Gesprächspartner in seinen finsternen Prognosen getäuscht. Doch in den vielen Monaten der Arbeit im NKAO hat Arkadi Wolski die Probleme der Region nur zu gut erfaßt. In seinen Prognosen irrte er sich nie.

**wurde am
15. Januar über
das Autonome
Gebiet Nagorny
Karabach und
einige andere
Gebiete verhängt**

*Galina
Sidorowa,
politische
Beobachterin
der NZ*

Krieg. Mit einer geradezu stoischen Ruhe wurde dieses Wort von Abgeordneten beider Republiken während der Herbsttagung des Obersten Sowjets der UdSSR in die Gespräche mit mir eingeflochten. Wie es schien, hatten die Republiken bereits eine furchtbare Wahl getroffen.

... Unterdes wurden nationale Ambitionen und Interessen zu einem immer stärker verwickelten Bündel, aus dem die einfachen Menschen in Jerewan, Baku oder Stepanakert keinen Ausweg wußten. Jahrhundertalte Kränkungen wurden der anderen Seite präsentiert.

Nagorny Karabach wurde zum Epizentrum und zugleich zum Banner, das die nationalistischen Bewegungen Aserbaidshans und Armeniens hochhielten. Jede Republik setzte sich das Ziel, die eigenen Forderungen durchzusetzen. Unter dem Banner von Nagorny Karabach begannen die Demonstrationen in Baku und Jerewan, auf denen ein Rücktritt der lokalen Behörden gefordert wurde, die in dieser Frage die Interessen dieser Republiken angeblich nicht entschieden genug verteidigten. Zugleich gingen Tausende von Aserbaidshanern, dem Aufruf der Volksfront von Aserbaidshan folgend, daran, Befestigungsanlagen an der Grenze zum Iran zu zerstören. Dort war eine der Losungen „Wir werden Karabach nicht aufgeben!“, und armenische Gräber auf einem nahen Friedhof wurden geschändet.

„Soweit haben wir es gebracht...“ – nicht ohne Schadenfreude hört man heute den interregionalen Chor der Konservativen flüstern. Da haben wir also unsere Demokratie...

Ja, die haben wir. Und die Demokratie hat deutlich werden lassen, daß nicht alle Völker und nicht alle Republiken in gleicher Weise auf sie vorbereitet sind. Und

das, obwohl die überwiegende Mehrheit sie will. Hier übrigens könnte gerade die Vielfalt der Völker und Kulturen in unserem Land helfen – dann, wenn wir tatsächlich den anderen wohlwollend betrachten, wenn wir an den Beispielen und Fehlern der Nachbarn lernen würden.

Die wahre Explosion des viele Jahre unterdrückt gehaltenen nationalen Selbstbewusstseins förderte eine explosive Mischung zutage: von nationaler Würde und nationalem Egoismus, von anderen, nicht immer verständlichen, Besonderheiten der Kultur und der Traditionen. Wir sahen, wie wenig ähnlich wir uns sind. Folglich vollzieht sich natürlich der Prozeß der Demokratisierung in den Republiken in unterschiedlichem Tempo, und mancherorts geschieht das schmerzhaft.

So nehmen sich für mich die jetzigen Ereignisse in Transkaukasien vor dem Hintergrund der leidenschaftlichen Diskussionen, die Michail Gorbatschow und seine zahlreichen Gesprächspartner in Litauen führten, besonders abstoßend aus. In Litauen kreuzte man verbal die Klinge, in Transkaukasien aber griff man zum Ballermann.

Bedeutet dies, daß wir ohne Gewalt selbst beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft nicht auskommen?

Ohne Gewalt als hemmenden Faktor eines Konflikts wie des jetzigen zwischen Armeniern und Aserbaidshans geht es wohl nicht – doch das kann nur vorübergehende, begrenzte Wirkung haben. Eine gewaltsame Lösung hat in der Weltpraxis noch nie richtig funktioniert. Bestenfalls gelang es den Konflikt vorübergehend zu entschärfen. Man nehme nur den Libanon, Nordirland, Beispiele aus unserer eigenen Geschichte. Erinnern wir uns an die tragischen Ereignisse in Tbilissi. Dieser Tage wurde auf eben jenem Platz erneut ein Hungerstreik begonnen...

In letzter Zeit stelle ich mir immer häufiger die Frage: Überschätzen wir nicht überhaupt

die Rolle der Armee, der Verfügungstruppen des UdSSR-Innenministeriums als Allheilmittel in einer schweren Minute, als einer Art Krisenfeuerwehr?

Wir sprechen heute von der Souveränität der Republiken, von ihrer Selbständigkeit. Die Bewegung in dieser Richtung ist ein objektiver, natürlicher Prozeß, der jahrelang behindert wurde und der deshalb bisweilen so mühsam verläuft. Doch meiner Meinung nach setzt die Souveränität auch Verantwortung für die Folgen der von der Führung der Republiken ergriffenen Schritte voraus. Als die Obersten Sowjets Armeniens und Aserbaidshans in den letzten Monaten Beschlüsse zum NKAO-Problem faßten, hätten sie vorhersehen müssen, wie die andere Seite reagieren, welche Konfrontation auf die Einwohner der Republiken zukommen würde. Was erwarteten sie? Hofften sie, das Zentrum werde schon die Situation „retten“, werde Soldaten entsenden und notfalls den Ausnahmezustand verhängen?

Doch mit größerer Souveränität der Republik wäre es nur logisch, wenn gerade die Republikbehörden die Sorge für die Gewährleistung der Sicherheit all ihrer Bürger übernehmen würden. Möglicherweise würde man sich dann die Folgen mancher Beschlüsse gründlicher überlegen.

Meiner Meinung nach waren sich in den ersten Jahren der Perestroika viele nicht bewußt, wie schnell die Entwicklung des nationalen Selbstbewusstseins in den Republiken und autonomen Gebilden erfolgen wird. Erinnern wir uns, im Februar 1988, als erstmals die Karabach-Frage aufgeworfen wurde, standen auf dem Lenin-Platz in Stepanakert bis zu 50 000 Menschen – Aserbaidshaner und Armenier –, und schlugen gemeinsam vor, eine autonome Republik mit eigener Verfassung, eigenem Obersten Sowjet und eigenem Ministerrat zu schaffen. Es gab Meinungsverschiedenheiten, was den Namen der künftigen Republik anging, doch es gab auch Berührungspunkte. Wäre dieses Problem damals gelöst worden, hätte man

möglicherweise eine Eskalation der Spannungen in der Region vermeiden können.

Ausnahmezustand... Man möchte hoffen, daß er die Legislativorgane auf allen Ebenen veranlassen wird, schneller neue Prinzipien für die föderative Ordnung unseres Landes, Mechanismen für die Lösung ethnischer Streitfragen zu erarbeiten und im Obersten Sowjet der UdSSR die entsprechenden Dokumente zu verabschieden. Offenbar müssen sich die Juristen endlich auch darüber klar werden, welchem Grundprinzip sie Vorrang einräumen wollen – der Souveränität der Republiken oder dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Ich würde die Selbstbestimmung als wichtigste Garantie für die Gewährleistung der Menschenrechte in jedem Land in den Vordergrund stellen.

Nichts, kein noch so edles und gerechtes Ziel, kann meiner Meinung nach einem Menschen das Recht geben, einem anderen Menschen das Leben zu nehmen. Doch viele Aserbaidshaner und Armenier, die sich heute bewaffnet gegenüberstehen, sind hier anderer Meinung. In diesen angespannten Monaten wurde meiner Meinung nach das eine deutlich: Vom Zentrum aus kann das Karabach-Problem nicht gelöst werden. Nur die Republiken selbst können es lösen. Und das erst, nachdem sie die Aussichtslosigkeit und den verbrecherischen Charakter eines weiteren Blutvergießens erkannt haben, wenn die noch schlummernde Vernunft die in die Tragödie Verwickelten dazu bringen wird, die Waffen niederzulegen – und dies so, daß keine Seite sich als Sieger oder Verlierer fühlt.

Eine Lösung? Verschiedene Varianten hat man versucht. Vielleicht wird die Zeit kommen, an eine neue Grenzfestlegung zwischen den Republiken nach einer von ihnen vorgenommenen gemeinsamen Auflistung der umstrittenen Regionen und nach einer Volksabstimmung zu denken – mit Vertretern des Zentrums als Beobachtern?



Leid und Tränen...

Foto: Alexej Fjodorow

Stepanakert. Januar

Interview mit Generalmajor Sergej KUPREJEW,
Mitglied des Komitees für die Sonderverwaltung des NKAO

NZ. Wie schätzen Sie die Lage im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach (NKAO) zum Zeitpunkt der Verhängung des Ausnahmezustandes ein?

S. Kuprejew. In der letzten Nacht fielen etwa 40 Schüsse. Wir sprechen da von einer „normalen Lage“. Allein in der heutigen Nacht brannten im Dorf Kirkidshan fünf Häuser ab – vier aserbaidshanische Häuser und ein armenisches Haus. Die ganze Nacht über wurde sporadisch geschossen, auch auf Militärs. Wir im NKAO sitzen sozusagen zwischen zwei Stühlen – zwischen Baku und Jerewan. In beiden Hauptstädten sind die Leidenschaften am Siedepunkt angelangt, Aufrufe, sich zu bewaffnen, wurden laut. Aus Baku werden die Armenier vertrieben, Pogrome begonnen. In dem an das NKAO angrenzenden Chanlar- und dem Schaumjan-Rayon von Aserbaidshan, wo es viele Dörfer mit armenischer Bevölkerung gibt, wird gekämpft, was natürlich auch Nagorny Karabach berührt. Einheiten der Verfügungstruppen des UdSSR-Innenministeriums bilden eine lebende Sperrkette zwischen den Seiten, die jetzt aufeinander schießen. Soweit ich weiß, wurde aus einigen Dörfern in diesen Rayons die armenische Bevölkerung vertrieben. Nach Angaben vom 16. Januar wurden 20 Armenier und 43 Aserbaidshaner als Geiseln genommen.

NZ. Hätte man das jetzige Blutvergießen verhindern können?

S. K. Das Komitee für die Sonderverwaltung warnte immer wieder, daß sich die Situation verschärft. Unsere Meldungen waren nicht von Panik bestimmt, aber recht pessimistisch. Und schon seit langem schlugen wir immer wieder vor, den Sonderzustand durch den Ausnahmezustand zu ersetzen. Wir hier vor Ort meinen, daß es nur so gelingen wird, den Tod von Menschen zu verhindern, was in diesem Augenblick das wichtigste ist.

NZ. Welche Anweisungen erhielten die Militärs im NKAO? Sind das die Verfügungstruppen des UdSSR-Innenministeriums?

S. K. Ja, es handelt sich um Einheiten des UdSSR-Innenministeriums. Wenn auf Soldaten geschossen wird, antworten sie.

NZ. Es gibt also einen Befehl, nicht als erste zu schießen?

S. K. Ja.

NZ. Wie stehen die Soldaten zu ihrem Auftrag?

S. K. Offenheit, Demokratisierung und die Stimmungen in der Gesellschaft im Zusammenhang mit der Rückkehr unserer Truppen aus Afghanistan und mit der Beendigung des Afghanistan-Krieges beeinflussen natürlich auch die Soldaten. Sie wollen nicht in ethnischen Konflikten fern von ihrem Heimatort umkommen. In der Truppe ist eine gewisse Unruhe zu spüren. In den letzten Tagen kam es häufiger vor, daß junge Soldaten und Offiziere

getötet wurden. Doch bislang gibt es keinen anderen Ausweg als in Nagorny Karabach zu bleiben. Zumindest sehe ich ihn heute nicht.

NZ. Von woher gelangen so viele Waffen nach Nagorny Karabach?

S. K. Die Armenier erhalten sie aus Armenien, die Aserbaidshaner aus Aserbaidshan. In Jerewan wurde gerade dieser Tage ein Überfall auf Militärs verübt. Dabei gelangte eine große Zahl automatischer Waffen in die Hände von Zivilisten. Nicht ausgeschlossen, daß Waffen in beiden Republiken irgendwo auch ausgegeben, speziell hergestellt werden. Wir haben Angaben, daß auch in den Betrieben von Nagorny Karabach insgeheim Waffen produziert werden. Zudem werden sie gestohlen, erbeutet. Heute demonstrierte der NKAO-Kommandant auf einer Stabsitzung einen ganzen Sack mit Brandsätzen. Hiesige „Bastler“ füllen mit diesem Brandsatz Flaschen, um sie dann gegen Häuser und Kriegstechnik einzusetzen. Es ist heute hier kein Problem, Waffen zu organisieren. Im Schaumjan-Rayon erbeuteten Aserbaidshaner zwei Schützenpanzerwagen und setzen sie ein. Hubschrauber ohne Erkennungszeichen tauchen auf. Extremisten, Mitglieder bewaffneter Verbände, tragen nicht selten Miliz- oder Armeeuniform, was die örtliche Bevölkerung täuschen soll.

NZ. Wie geht man gegen diejenigen vor, die illegal Waffen besitzen? Ich war irgendwie befremdet, als ich junge Menschen hier sah, die seelenruhig mit Flinten vor der Fernsehkamera posieren.

S. K. Der Kampf gegen illegale Waffenlieferungen ist schwer. Dieser Tage wurde auf dem Flughafen von Stepanakert ein ganzer Container sichergestellt. Die Verantwortlichen dafür aber wurden nicht gefunden. Die Miliz im NKAO ist praktisch untätig. Dem Gesetz kann nicht Geltung verschafft werden. Bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes durften die Militärs die Gesetze nicht anwenden.

NZ. Mit anderen Worten, die Handlungen beschränkten sich darauf, Waffen zu entdecken und zu beschlagnahmen?

S. K. Vor allem handelten wir unorganisiert, überstürzt.

NZ. Am 28. November verabschiedete der Oberste Sowjet der UdSSR den Erlass „Über Maßnahmen zur Normalisierung der Lage im Autonomen Gebiet Nagorny Karabach“...

S. K. Absolut nichts von diesem Erlass wurde verwirklicht.

NZ. Warum?

S. K. Von Anfang an wurde er von keiner Konfliktseite akzeptiert. Dann kamen die Ereignisse in Bewegung. Mehr noch. Nachdem am 5. Dezember der Bahnverkehr wiederaufgenommen wurde, ist er jetzt erneut blockiert. Die Autostraßen waren überhaupt nicht freigegeben worden. Der erste Punkt des Erlasses wurde also überhaupt nicht erfüllt. Was die Bildung eines

Organisationskomitees der Republik angeht, so kann, wie das Komitee für die Sonderverwaltung wiederholt warnte, der Erlass überhaupt nicht verwirklicht werden. Die Genossen in Stepanakert weigern sich, unter der Leitung des Organisationskomitees der Republik örtliche Machtorgane – ein Gebietsexekutivkomitee und ein KPdSU-Gebietskomitee, die Baku untergeordnet wären – wiedererstehen zu lassen. Auf das Territorium des NKAO wird niemand, der dem Organisationskomitee angehört, gelassen.

NZ. Warum weigerte man sich in Stepanakert, mit Vertretern des Zentrums, mit dem Sekretär des ZK der KPdSU A. Girenko und dem Vorsitzenden des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR. R. Nischanow zusammenzutreffen?

S. K. Weil sie zusammen mit Vertretern des Organisationskomitees der Republik kamen.

NZ. Die örtlichen Behörden sind also bislang nicht reorganisiert, das Komitee für die Sonderverwaltung aber handelt?

S. K. Unser Komitee ist praktisch aufgelöst. Nur liegt der Erlass über seine Auflösung bislang nicht vor. Doch im Grunde ist es so. Unsere Möglichkeiten sind erschöpft.

NZ. Und von welcher Seite zeigen sich die örtlichen nichtformellen Organisationen – der Nationalrat des NKAO?

S. K. Er tagt ständig, er arbeitet. Allerdings kann er keine einzige Frage, die für das Gebiet lebenswichtig ist, lösen. Damit müssen sich übrigens die Mitglieder des Komitees für die Sonderverwaltung, d. h. wir, befassen. Dafür bilden die Vertreter des Nationalrats Selbstverteidigungstrupps. In Jerewan wurde übrigens bereits laut von der Bildung eines Nationalen Verteidigungsrates gesprochen, in Baku ist er, soweit ich weiß, bereits gebildet. Das ehemalige Presseorgan des Komitees für die Sonderverwaltung, die Zeitung „Sowjetski Karabach“, erscheint jetzt als Organ des Nationalrates des NKAO. Doch, wie gesagt: Eine Wiederherstellung örtlicher Machtorgane, die sich mit den Lebensfragen des Gebiets befassen würden, erfolgt bislang nicht und ist auch nicht abzusehen.

NZ. Ihre Prognose für die nächste Zukunft ist ziemlich pessimistisch?

S. K. Ja, das kann man sagen.

NZ. Machen die Seiten irgendwelche vernünftigen Kompromißvorschläge?

S. K. Zumindest nicht jetzt. Und irgendwelche vernünftigen Worte sind einfach nicht zu hören. Wir tun alles, um die nichtformellen Führer zu überreden, Verhandlungen aufzunehmen, doch bislang, im Grunde unter Kriegsbedingungen, bringt das nichts. Man könnte meinen, wir im Komitee für die Sonderverwaltung müßten als erste die Hoffnung verlieren, doch wir halten es noch für möglich, daß es, wenn dem Blutvergießen Einhalt geboten wird, gelingen könnte, die Führer der nationalen Bewegungen davon zu überzeugen, miteinander zu sprechen und wenn schon nicht Freundschaft, so doch einen Modus vivendi zu vereinbaren.

Bleiben die Sandinisten an der Macht?

Hierzu vor den Wahlen durchgeführte Umfragen erlauben unterschiedliche Prognosen

Der Wahlkampf in Nicaragua ist in seine entscheidende Phase getreten. An ihm beteiligen sich mehr als 20 Parteien. 14 sind vereint in der Nikaraguanischen Oppositionsunion (NO), ein weiteres halbes Dutzend agieren selbständig. Sie alle treten gegen die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) an.

Das ideologische Spektrum der Teilnehmer der Wahlkämpfe ist breit – von Linksradi-kalen, die fest an die kommende „Weltrevolution“ glauben, bis hin zu Ultrarechten, die sich zu neokonservativen Ansichten bekennen – ein überzeugender Beweis dafür, daß es in Nicaragua tatsächlich politischen Pluralismus gibt.

Wie die meisten ausländischen Korrespondenten, die sich hier befinden, konstatieren, entspricht das nikaraguanische Wahlrecht voll und ganz internationalen Kriterien. Jeder Bürger über 16 Jahren hat Stimmrecht. Allgemeine, gleiche, direkte, freie und geheime Wahlen werden abgehalten. Gegenwärtig sind mehr als 90 Prozent der potentiellen Wähler registriert – ein Ergebnis, das Elliot Richardson, persönlicher Vertreter des UNO-Generalsekretärs, als „beeindruckend“ bezeichnete. Offiziell ist die Registrierung abgeschlossen, doch man hat sie für diejenigen verlängert, die den bewaffneten Widerstand gegen die Sandinisten beenden und in die Heimat zurückkehren wollten, wie das kürzlich neun Feldkommandeure der Contreras taten.

Die Sandinisten verleihen in offiziellen Reden und privaten Gesprächen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sie bei den Wahlen am 25. Februar siegen werden. Die NO-Führer wollen sich ebenfalls nicht von vornherein geschlagen geben. Und das meinen sie wohl nicht ganz zu Unrecht.

Die Sandinisten verweisen auf den militärischen Sieg über die Contreras, auf gewisse Erfolge im sozialen Bereich. Sie verfügen über einen gut funktionierenden

Partei- und Staatsapparat, der jetzt, offen gesagt, ganz für einen Sieg der FSLN arbeitet. Zugleich sind sich die Sandinisten bewußt, daß sie Fehler begangen haben. Ich meine, die schwersten von ihnen liegen im wirtschaftlichen Bereich. Die Wirtschaft des Landes ist in einem kritischen Zustand. Die Produktionskennziffern wecken Besorgnis, die Finanzen sind zerrüttet, Teuerung, ja Armut bleiben. Nicaragua war nie ein wohlhabendes Land, und wohl niemand hier hat von der neuen Regierung Wunder erwartet, um so mehr da in den zehneinhalb Jahren der Herrschaft der Sandinisten fast acht Jahre Krieg war. Und doch, wenn man den Nicaraguanern, die genug gehungert haben, plötzlich eine Alternative zur Lösung der akuten Probleme bietet, machen sie sich unwillkürlich Gedanken. Ja, erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral...

Und die Opposition will sich das zunutze machen.

Gegen Daniel Ortega und Sergio Ramirez, die Kandidaten der FSLN für das Amt des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten, treten die NO-Vertreter Violeta Barrios de Chamorro und Virgilio Godoy an. Violeta Barrios de Chamorro ist Witwe des Eigentümers der Zeitung „La Prensa“, Pedro Joaquin Chamorro, der noch vor dem Sieg der Revolution von Somozas Agenten umgebracht wurde. Eine solche Tragik verleiht ihr Popularität, doch die schwache Gesundheit von Violeta Barrios, über die hartnäckige Gerüchte im Umlauf sind, kann sie, sollte sie zum Staatsoberhaupt gewählt werden, daran hindern, effektiv das Land zu regieren. In einer solchen Situation würde die Rolle des Vizepräsidenten an Bedeutung gewinnen. Doch der Ruf von Virgilio Godoy, der für dieses Amt kandidiert, wurde überraschend ernstlich bedroht. Godoys eigene Kollegen von der Unabhängigen Liberalen Partei warfen ihm „Veruntreuung von Parteigeldern“ vor. Auf ihre Forderung hin wurde ihm die Immunität entzogen und sein Fall an ein Gericht weitergeleitet.

Wie dem auch sei, die NO will eine Alternative zum Sandinismus sein. Im Regierungsprogramm der NO können die Nicaraguaner manche attraktive Dinge finden – so das Versprechen, Grund und Boden an die Bauern als Eigentümer zu übergeben. Die USA und einige westliche Länder erklärten offen ihre Unterstützung für Violeta Barrios de Chamorro, was es der Opposition erlaubt, die Wähler mit den Aussichten auf künftige üppige Finanzhilfe des Westens, sollte sie bei den Wahlen siegen, zu locken.

Die ihrer Natur nach ruhigen, bedächtigen Nicaraguaner zeigen im jetzigen Wahlkampf bisweilen unerwartete Aggressivität. Nicht selten kommt es zu gegenseitigen Beleidigungen, selbst zu Schlägereien zwischen Anhängern der NO und der FSLN, wodurch beide Lager bislang eine wohl nicht sonderlich hohe politische Kultur demonstrieren. Die Opposition behauptet, die besonders militant gesinnten Sandinisten wollten jene einschüchtern, die für die Opposition stimmen wollten. Die Anhänger von Daniel Ortega und Sergio Ramirez ihrerseits werfen der Opposition vor, Unruhen provozieren zu wollen. Ich meine, eine gewisse Schuld an den sporadischen Gewaltakten trägt auch die Presse beider Seiten, die munter politische Etiketten verteilt.

Die veröffentlichten Ergebnisse von Meinungsumfragen, die mal der einen, dann der anderen Seite (je nach dem, wer diese Umfragen wie durchführt) einen beeindruckenden Sieg verheißen, wecken, ehrlich gesagt, kein allzu großes Vertrauen. Einige ausländische Korrespondenten schließen auch nicht aus, daß die Wahlergebnisse bei den Präsidentschaftsanwärtern so nah beieinander liegen können, daß die Bildung einer Koalitionsregierung der vernünftigste Ausweg aus der Situation sein würde. Eine solche Koalitionsregierung gab es bereits in den ersten Jahren nach dem Sieg der sandinistischen Revolution.

Juri

Kudimow

NZ-Korrespondent
MANAGUA



Politischer Marathon

Michail Uljanow, Volksdeputierter der UdSSR und Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU

An der Diskussion über die Zukunft der KP Litauens beteiligten sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, Kommunisten und Einwohner der Republik

Ich gehörte zur Delegation des ZK der KPdSU, die sich in Litauen umgesehen hatte. Heute weiß ich: Dort ist man zu konsequenten Maßnahmen entschlossen. An Ort und Stelle konnte ich mich davon überzeugen. Hier wußte ich nichts. Während dieser Reise kam ich zu der Auffassung, daß der Wunsch nach Selbständigkeit, daß Freiheitsdurst und das Verlangen, nach eigenem Gusto zu leben, eine Idee ist, die alle Schichten der Bevölkerung ergriffen hat. Wir sprachen mit Kolchosbauern, Schauspielern, Wissenschaftlern und Parteiarbeitern: Sie alle sehen das weitere Schicksal ihrer Republik nur noch in der Selbständigkeit, obwohl sie die Kompliziertheit und Vielgesichtigkeit dieses Prozesses erkennen. Die Selbständigkeit, die sie meinen, ist wirtschaftlich und politisch außerordentlich weit gespannt. Damit muß man heute rechnen.

Allerdings habe ich in den Gesprächen, die ich geführt habe, keine Antwort auf die Frage bekommen, wie meine Gesprächspartner sich das denn konkret vorstellten. Ökonomisch wollen sie völlig selbst-

ständig sein, und zugleich soll eigentlich alles so bleiben, wie es ist, das heißt: engste Beziehungen zur Wirtschaft der Union. Man versteht warum: Sie haben keine Aussicht, Anschluß an die Wirtschaft Europas zu gewinnen. Nüchtern denkende Menschen wissen, daß Litauen dort keine Chance hat, daß Erzeugnisse der litauischen Industrie und Landwirtschaft dort nicht konkurrenzfähig sind. Das einzige, worauf sie sich verlassen können, ist der sowjetische Markt.

Wie soll man aber in so einem Fall Beziehungen lösen, ohne etwas zu zerreißen? Wie soll man sich trennen, ohne auseinanderzugehen?

Jetzt zum politischen Aspekt. Alle erkennen die Kommunistische Partei Litauens als führende politische Kraft in der Republik an. Allerdings nur, wenn sie einen selbständigen Status hat. Überhaupt stellen die litauischen Genossen die KPdSU der Zukunft als eine Partei mit gewissen föderativen Prinzipien dar und sind der Meinung, daß sie jetzt den Weg dahin bahnen. Deshalb hat die KP Litauens auch ihre eigene Satzung, ihre eigene Konzeption und ihr eigenes Grundsatzprogramm. Es gibt warnende Stimmen, die meinen, daß diese Selbständigkeit erst der Anfang ist. Bald werde die KP gewissermaßen ihre Färbung wechseln. Inwiefern das so sein wird, kann ich nicht sagen. Daß jedoch inzwischen der Einfluß des Volkes auf die Partei gewaltig ist, kann als Tatsache nicht mehr angezweifelt werden. Zahlen können das bezeugen: Bis zum Austritt der KP Litauens aus der KPdSU wurde sie von 16 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Sobald sie ausgetreten war, lag die Unterstützung bei 82 Prozent. Das Volk hat also in ihr die Kraft gesehen, die ihm die Möglichkeit bietet,

den Weg einzuschlagen, der ihm vorschwebt. Die selbständige Partei wurde, wenn schon nicht zur Verkörperung von Garantien, dann immerhin zu einer treibenden Kraft des Umbaus auf neuer selbständiger Grundlage. Der angesehenste Mann der Republik heißt Brazauskas. Gerade deshalb wurde er auch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets Litauens.

Genau genommen wurde er bei den Litauern deshalb so populär, weil man ihm zutraut, den Traum des Volkes von Selbständigkeit verwirklichen zu können. Wahrscheinlich kann er das Wesen der Ereignisse besonders gut zum Ausdruck bringen. Er ist ein selbständiger Mann. Für einen Parteifunktionär ist Selbständigkeit heute vielleicht sogar das Wichtigste überhaupt. Gehorsam darf nicht länger als Tugend gelten. Befehlsempfänger können die Massen nicht mehr hinter sich bringen. Mir scheint, daß auch in Moskau mit Juri Prokofjew ein Mann mit solchen Führungseigenschaften in die Stadtparteiorganisation gekommen ist. Er ist ein freier Mensch, keine Standardausführung. In der gesellschaftlichen und politischen Tätigkeit wird der Standardmensch allem und jedem zum Verhängnis.

Allerdings muß ich sagen, daß mir die Rede, die Brazauskas bei der Versammlung des Parteiaktivs hielt, nicht gefallen hat. Sie war blaß, angesprochen wurde eigentlich alles und nichts. Konnte er nicht? Wollte er nicht? Keine Ahnung.

Gibt es in Litauen russenfeindliche Stimmungen? Im Anfangsstadium. Russen, mit denen wir sprachen, berichteten, daß solche Tendenzen sich jetzt bemerkbar machen. Man bekommt beleidigende Flugblätter unter die Tür geschoben, Drohbriefe flattern ins Haus, Fensterscheiben gehen zu Bruch. Als aber bei einer Begegnung mit dem Parteiaktiv von Panevezys eine Russin vergleichbare Fakten anführte, ergriffen sofort mehrere Redner das Wort und sagten: Stimmt, in jeder Nation gibt es solche Schufte, auch unter uns Litauern. Aber mit denen haben wir nichts zu tun. Man versicherte uns, daß die litauische Nation internationalistisch empfindet. Für meine Begriffe sind die ethnischen Beziehungen in Lettland oder Estland schärfer und angespannter. Die litauische Stammbevölkerung zeichnet sich durch eine tolerante Geisteshaltung aus.

Sicherlich hat Gorbatschow keinen leichten Stand. Jetzt ist es ganz klar: Der Partei stehen Veränderungen bevor. An der Selbständigkeit der kommunistischen Parteien in den Republiken führt nun kein Weg mehr vorbei. Was man unter Selbständigkeit zu verstehen hat, wird einer großen Diskussion vorbehalten bleiben.

Die Frage ist auch, inwiefern das ZK, sein Politbüro und die ganze KPdSU in der Lage sein werden, Beschlüsse vorzulegen, die, beim 28. Parteitag verabschiedet, negativen Erscheinungen in der Partei

vorbauen und zentrifugale Kräfte bändigen könnten. Für meine Begriffe besteht ein großer Bedarf an neuen, frischen und ungenormten Wechselbeziehungen zwischen den Parteiorganisationen. Das steht an, darum kommen wir nicht mehr herum. Wenn wir uns damit zu viel Zeit lassen, setzt eine Kettenreaktion ein. Wir müssen gemeinsam die Form von Koexistenz finden, bei der unser Land geeint bleibt und nicht auseinanderbricht. Ob eine selbständige, vor allem politisch selbständige Existenz möglich sein wird, ist eine äußerst schwierige Frage.

So wie früher auf Druck und Gewalt zu setzen, ist sinnlos. Gewalt ist kein probates Mittel mehr, sie hat uns nicht geholfen und wird uns auch nicht mehr helfen. Das soll natürlich nicht heißen, daß man jede Forderung der Republiken erfüllen muß, aber ich meine, daß es in Litauen, Lettland oder Estland keine gewaltsame Lösung der nationalen Frage geben darf. Sie wäre absolut unannehmbar, wie unangenehm die Prozesse dort auch immer sein mögen. Selbst wenn es zu Extremfällen kommt. Sobald man Druck ausübt oder Gewalt anwendet, bricht alles zusammen. Sofort. Die Folgen wären nicht abzusehen. Das ist schließlich keine örtlich begrenzte Erscheinung. Es ist die historische Bewegung eines Volkes, auf die wir, wenn wir ehrlich sind, nicht vorbereitet waren.

Man muß unbedingt festhalten, daß die Leute in Litauen politisch hochsensibel geworden sind. Jeder, mit dem wir uns unterhalten haben, ist politisch informiert, denkt nach und lehnt Extremismus ab. Dauern waren brisante Erklärungen zu hören. Auch vor dem Fernsehschirm konnte man miterleben, was für Parolen Gorbatschow an den Kopf geworfen wurden.

In Panevezys hat uns eine etwa vierhundert Personen zählende Menschenmenge umringt. Die Parolen waren so provozierend, daß man hätte gleich in Ohnmacht fallen können. Das Gespräch verlief dann aber in einer ruhigeren Tonart, ohne Hysterie, Fanatismus, blinde Wut. Rechthaberei, Starrsinn, Hartnäckigkeit, wenn es darum geht, die eigene Position zu verteidigen und den einmal eingeschlagenen Weg zu behaupten: Das alles gibt es. Zügellosen und wild um sich schlagenden Extremismus jedoch habe ich nicht angetroffen. Wie gesagt, alles bei einer sehr zugespitzten Fragestellung. Die Litauer sind zurückhaltende Menschen. Man darf annehmen, daß sie imstande sind, das Schlimmste, nämlich Blutvergießen, zu verhindern.

Jedenfalls halten sie die eigenen Reihen fest geschlossen. Das merkt man übrigens auch am Verhalten der litauischen Deputierten bei den Tagungen des Obersten Sowjets und beim Kongreß der Volksdeputierten. Absolut nicht so wie bei uns in Rußland, wo jeder gegen jeden anrennt, zeigen will, wo er besser ist, wo man sich gegenseitig mit Jauche übergießt und ein unversöhnliches Wadenbeißen stattfindet, wie wir es bei unseren Schriftstellern beobachten durften. Möglicherweise gibt es so etwas ähnliches

auch in Litauen, aber nicht in dieser entblößten, beinahe unanständigen Form.

Noch eine Beobachtung, die ich von dieser Reise mitbringe: Im Zusammenhang mit der schwierigen politischen Situation und der bedrohlich angespannten Lage in der Wirtschaft, die sich in der Union abzeichnen, wächst bei einigen Schichten in Litauen die Bereitschaft, sich im Alleingang aus diesem Schlamassel zu befreien. Nach dem Motto: Wir gucken zu, und ihr löffelt eure Suppe mal besser alleine aus. Diese Linie läßt sich sehr deutlich verfolgen. Deshalb hat man es hier auch so eilig: Man befürchtet die unvorhersehbaren Folgen der Ereignisse und hat nur noch den einzigen Wunsch, sich abzusetzen.

Vor Prognosen sollte man sich, besonders wenn sie die Politik betreffen, hüten. Ich weiß aber, daß es beim Plenum nicht bloß eine nette Unterhaltung geben wird. Im ZK ist man verschiedener Meinung darüber, wie

Und was ist, wenn Gorbatschow weiter links steht?

Während einer Begegnung mit dem Parteiaktiv der Republik wurde diese Frage gestellt

Insgesamt führte diese Reise die Gäste, Mitglieder der Delegation des ZK der KPdSU, durch 15 Rayons und über die Straßen aller größeren Städte in Fabriken, Kollektivwirtschaften und Lehrinrichtungen. Unter dem Strich dauerten die Begegnungen Hunderte von Stunden. Praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung Litauens war am Bildschirm oder am Radio dabei. Auch in anderen Republiken der UdSSR sowie im Ausland wurde die Visite mit großem Interesse verfolgt: Im Pressezentrum von Vilnius waren über zweihundert ausländische und an die hundertfünfzig sowjetische Journalisten akkreditiert.

Womit hat Litauen seine Gäste empfangen? Zunächst einmal mit der felsenfesten Überzeugung der meisten Bewohner, daß die Entscheidung des 20. Parteitag der KP Litauens richtig und sogar unvermeidlich war. 82 Prozent aller Befragten haben die Entscheidung des Partei-

das „Problem Litauen“ zu lösen ist. Es gibt sogar sehr unterschiedliche Positionen und Lösungsansätze. Wer sich durchsetzen wird, wage ich nicht zu beurteilen. Ich hoffe, daß der gesunde Menschenverstand obsiegt.

Nach dieser Reise läßt sich nämlich eine durchaus hoffnungsvolle Bilanz ziehen. Die Reise einer Gruppe von ZK-Mitgliedern mit dem Generalsekretär, an der Spitze war, obwohl wir keine Lorbeeren von dort mitgebracht haben, ein vernünftiger Zug. Ein weiser Zug. In der gegebenen Situation der einzig richtige Zug. Wir sind zwar auf den ersten Blick so wiedergekommen, wie wir abgefahren waren. Es ist uns nicht gelungen, alles wieder einzurenken, wie wir es gewollt hätten. Dafür haben, wie ich meine, beide Seiten einen Schritt zum gegenseitigen Verständnis getan.

Wir sind dort oft gefragt worden: „Warum seid ihr eigentlich hergekommen?“ Dann haben wir geantwortet: Wir wollen herausfinden, was los ist. Neue Frage: „Was wollt ihr

denn da herausfinden? Ist doch ohnehin alles klar.“ Wir entgegneten: Wir wollen wissen, wie ihr hier lebt. Und wirklich. Während dieser Reise ist uns vieles klarer geworden.

Gorbatschow steht, wie mir scheint, den Positionen der KP Litauens schon viel gelassener gegenüber. Man hat begriffen, daß es Dinge gibt, die man nicht rückgängig machen, denen man aber wohl eine Richtung geben kann. Diese Reise war von uns eigentlich auch gar nicht so angelegt, daß damit Prozesse rückgängig gemacht werden sollten, dazu sind diese viel zu ernst und tiefgreifend. Aber wir wollten den Versuch machen, uns über beiderseitig vorteilhafte und annehmbare Lösungen zu verständigen, und diese Aufgabe konnten wir während dieser Reise bis zu einem gewissen Grade lösen. In das bevorstehende Plenum gehen die Befürworter eines gesunden Standpunkts jedenfalls besser gewappnet als diejenigen, die nach extremen admini-

strativen Maßnahmen verlangen. Warten wir ab, wie sich die Ereignisse weiter entfalten.

Was wird in Litauen passieren? Dort wird man, wie ich meine, auch weiter in Richtung auf Freiheit und Unabhängigkeit fortschreiten. Hier müssen wir nach neuen Formen von Kontakten zwischen den Republiken untereinander wie auch zwischen den Republiken und dem Zentrum suchen, die für alle Beteiligten akzeptabel sind. Ein neuer Unions-Vertrag? Vielleicht sogar ein solcher Vertrag. In den ökonomischen Beziehungen und Wechselbeziehungen Klarheit schaffen, wer wem etwas schuldet oder ob überhaupt jemand etwas schuldet? Das wird unbedingt geschehen. Selbständigkeit bei politischen Entscheidungen? Möglicherweise auch das. Auf jeden Fall aber sollte man sich vor Augen halten, daß wir noch lange zusammenbleiben werden. Wir haben ein gemeinsames Schicksal, dem wir nicht entfliehen können.

tags, eine selbständige KP Litauens zu gründen, positiv bewertet. 15 Prozent hätten sich ein anderes Ergebnis gewünscht. Die Argumente: Wenn der Parteitag die Selbständigkeit der KP nicht ausgerufen hätte, hätten viele ihre Mitgliedsbücher abgegeben und bei den bevorstehenden Wahlen für den Obersten Sowjet der Republik und die örtlichen Sowjets hätten die Wähler sich von den Kommunisten abgewandt. Mit anderen Worten hätte die kommunistische Partei die Möglichkeit verloren, die politischen Prozesse in Litauen weiter zu beeinflussen.

Gegenwärtig sehen viele gerade in ihr die Garantie für politische und wirtschaftliche Stabilität. Eine Umfrage hat ergeben, daß die Wählersympathien für die KP Litauens nach dem Parteitag bedeutend größer waren als vorher. Von plus 16 Ende November auf plus 73 Ende Dezember. Bezeichnend ist, daß eine selbständige KP Litauens sowohl von den Litauern selbst (von plus 16 auf plus 79) als auch von Angehörigen anderer Nationalitäten (von plus 18 auf plus 29) höher bewertet wird. Hätten am Tag der Umfrage Wahlen stattgefunden, dann hätten 38 Prozent der Wähler für eine selbständige KP Litauens, 27 Prozent für „Sajudis“ und 8 Prozent für diejenige KP Litauens, die auf der Plattform der KPdSU steht, gestimmt.

Auf den Wahlzetteln werden übrigens keine Parteien, sondern Einzelpersonen stehen. Deshalb ist auch die Sympathiekurve für die ZK-Sekretäre beider kommunistischer Parteien von Interesse. Die Sekretäre der selbständigen KP Litauens: von plus 76 auf plus 89; die Sekretäre der KP Litauens, die auf der Plattform der KPdSU steht: von minus 54 auf minus 61. Nach wie vor ist Algirdas Brazauskas, der 1. Sekretär des ZK

der KP Litauens, der angesehenste Politiker in der Republik.

Die Mitglieder der Delegation des ZK der KPdSU haben aus ihren Auffassungen keinen Hehl gemacht. In der Rede von Gorbatschow vor dem Plenum des ZK der KPdSU sind sie klar formuliert und bei den Begegnungen in Litauen noch einmal wiederholt worden: Die Entscheidung des 20. Parteitags der KP Litauens führt zur Spaltung der KPdSU, ist ein Schlag gegen die Perestroika und führt zu einer Zuspitzung der nationalen Beziehungen und zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Deshalb darf man sich nicht voneinander abgrenzen und sich isolieren, sondern muß die demokratische Erneuerung aller Lebensbereiche der sowjetischen Gesellschaft, aller Strukturen des Staates und des öffentlichen Lebens und aller Institutionen vorantreiben. Die Position der Gastgeber sah anders aus. „Wenn wir uns vom Beschluß des 20. Parteitages der KP Litauens distanzieren und ihn nicht erfüllen, wird man uns einfach aus der Partei werfen“, sagte Wladimir Berjosow, Sekretär des ZK der KP Litauens. Allerdings ohne zu präzisieren, wer ihn herauswerfen wird.

Wahrscheinlich hatte kaum jemand gehofft, daß es gelingen werde, Meinungsverschiedenheiten schnell beizulegen. Denn hinter ihnen standen nicht irgendwelche persönlichen Interessen, sondern die Positionen der politischen Strukturen.

Der politische Marathon, wie Gorbatschow diese Reise treffend bezeichnete, verhalf den Gästen dazu, sich gründlicher in die Vorgänge in Litauen hineinzudenken, und den Gastgebern zu einer tieferen Einsicht in die Folgen ihrer Entscheidungen.

Die nationale Frage in ihrer litauischen Variante ist tatsäch-

lich bedeutend klarer geworden. Die nationale Wiedergeburt der Litauer richtet sich nicht gegen nationale Minderheiten, sondern trägt vielmehr zu ihrer eigenen Wiedergeburt bei. „Litauen war anderen Nationen gegenüber schon immer tolerant eingestellt“, bemerkte Boris Olejnik. „Die Probleme der nationalen Beziehungen werden von jemandem künstlich hochgespielt. Sie sind nicht so akut, als daß man andauernd nur davon sprechen müßte“, sagte Juri Masljukow.

Wohl zum ersten Mal erhob sich die brisante Frage, wie die wirtschaftlichen Folgen jener politischen Entscheidungen aussehen würden. Einige Wirtschaftsführer in Litauen haben sie schon zu spüren bekommen. Eisenbahnlieferungen von Metall, Bauholz und Ausrüstungen haben sie nicht erreicht. „Wir haben nicht vor, die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR abreißen zu lassen. Warum setzt dann gegen uns eine handfeste Wirtschaftsblockade ein?“ fragte uns ein Betriebsdirektor. Ob das eine Blockade war oder eine der üblichen Schlampereien bei der Belieferung, muß erst noch geklärt werden. Offensichtlich aber hat die Nachricht, in Litauen werde an einen Austritt aus der UdSSR gedacht, Geschäftsleute in anderen Republiken und im Zentrum veranlaßt, über die weiteren Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nachzudenken.

Jetzt steht auch das Problem an, wie die Selbstbestimmung der Republik bis hin zu ihrer Ablösung technisch vonstatten gehen soll. Genauer gesagt geht es um die materiellen Werte, die in den Jahren des gemeinsamen Lebens erworben worden sind. „In diesem Fall müssen solche Fragen mit allen Republiken und mit dem Staat gelöst werden“, sagte Gor-

batschow bei einer Zusammenkunft mit Künstlern. „Und was soll dann mit denjenigen geschehen, die, wenn ihr euch absondert, ausreisen wollen? Wer bezahlt ihnen die Wohnung, die sie hier zurücklassen? Wer stellt ihnen neue Arbeitsplätze zur Verfügung?“

Man darf wohl annehmen, daß auch Litauen sein Eigentum anteilig in anderen Republiken stecken hat. Litauen könnte eine Kompensation für die Arbeit fordern, die viele tausend Deportierte außerhalb seines Territoriums geleistet haben, erklärte Valentinas Greičinas, 1. Sekretär des Stadtkomitees der KP Litauens in Klaipėda.

Folgender Dialog zwischen Gorbatschow und dem Publikum im Saal ist mir noch deutlich in Erinnerung.

„Ihr wißt also, was eine Föderation ist?“

„Ja, wissen wir!“ lautete die zurückgegriffene Antwort.

„Woher wollt ihr das denn wissen, ihr habt doch noch nie in einer solchen gelebt?“

Stimmt. Haben wir noch nicht. Wir wissen auch nicht, wie eine umgebaute Union aussehen soll. Vielleicht gelingt es uns ja wirklich, aus ihr einen echten Verband souveräner Staaten zu machen, in dem jede Nation gleichberechtigt und sicher ist, weder geistig noch wirtschaftlich benachteiligt zu werden? Hier wäre die Frage angebracht, die Boris Olejnik seinen litauischen Kollegen stellte: „Und was ist, wenn Gorbatschow weiter links steht als eure hausbackene KP Litauens?“

Noch eine Schlußfolgerung dieser letzten Tage: Die Perestroika in Partei und Staat muß unbedingt beschleunigt werden. Der Worte sind genug gefallen.

Gediminas Koncius
VILNIUS

Die Probe auf dem Siegesplatz

Unsere Sonderkorrespondenten berichten aus Bukarest

Die Euphorie der ersten Etappe der siegreichen Revolution läßt allmählich nach. Und es stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll. Darauf kann niemand eine eindeutige Antwort geben. Ein zu schreckliches Erbe hat das Land angetreten, zu lange, zu schwer war die Krankheit des „Ceausescismus“, zu wenig Zeit ist seit dem Aufstand in Bukarest und dem Sturz des Tyrannen vergangen. Das Leben im Lande ist von einem Normalzustand noch sehr weit entfernt. Die junge Volksrevolution und ihre Führer sind vor schwere Herausforderungen gestellt. Im Grunde haben sie bereits begonnen.

„Kommunist“? – „Ceausescist“!

Es schien, der Vertrauensvorschuß für diejenigen, die die Führung des Landes unter schwersten Bedingungen übernahmen, hätte bedeutend sein müssen. Doch in den Gesprächen, die wir dieser Tage mit vielen Menschen führten, verspürten wir bisweilen erstaunt ein unterschwelliges Mißtrauen gegenüber der Front der nationalen Befreiung und ihren Führern. Wo liegen die Ursachen?

Unserer Meinung nach gibt es zwei Ursachen. Erstens befürchten die Menschen, die Front usurpiere die Macht oder habe das bereits getan und eine Diktatur werde nur durch eine andere abgelöst. Solche Stimmungen erklären sich, wie wir meinen, durch eine krankhafte Abneigung gegenüber dem Begriff der „Macht“, durch die auf das äußerste getriebene Furcht, daß sich die Vergangenheit wiederholen könne. Diese Gefühle kann man verstehen, wenn man bedenkt, welche grenzenloser Zynismus und welche Brutalität die früheren Machthaber Rumäniens kennzeichneten. Die neuen Führer des Landes sind sich, wie uns scheint, bewußt: Nur auf demokratischem Weg kann das Land aus der überaus schweren wirtschaftlichen und moralischen Krise herausgeführt werden. Und entsprechend handelt man.

Der zweite – und wichtigste – Grund ist, daß die führenden Vertreter der Front früher bedeutende Ämter entweder in der Parteihierarchie wie Ion Iliescu oder im diplomatischen Dienst wie Silviu Brucan und Dumitru Mazilu bekleideten. Vor der Skepsis der Menschen rettet sie nicht einmal der Umstand, daß sie seinerzeit mit der RKP brachen, das Ceausescu-Regime scharf kritisierten, zu Dissidenten wurden und Verfolgungen ausgesetzt waren.

Der überaus dramatische Charakter der

Situation besteht darin, daß der Begriff „Kommunist“ im Bewußtsein der Menschen zu einem Synonym des Begriffes „Ceausescist“ wurde. Der Haß auf alles, was wie auch immer mit dem Namen des Ex-Diktators verbunden war, ist grenzenlos, er macht die Menschen blind. Viele sagten uns offen: Dieser Partei wird man nicht nur die Jahrzehnte der Tyrannei, des Hungers, der Demütigungen und Entbehrungen nicht verzeihen, ihr wird man das Blut unserer Kinder nicht verzeihen. Die unmenschliche Brutalität, mit der versucht wurde, die Demonstrationen in Timisoara und dann in Bukarest niederzuschlagen, ist ja Werk der Securitate-Leute. Bekannt ist, daß der Schießbefehl von Ceausescu selbst gegeben wurde und niemand aus seiner Umgebung zu widersprechen wagte. In den Zeitungen tauchen Artikel auf, die auf völlig neue Weise die Geschichte der Entstehung der kommunistischen Partei, ihrer Tätigkeit zur Zeit der Kommunistischen Internationale und nach

dem Krieg behandeln. Den Parteifunktionären wird heute die Verfälschung der Wahlen von 1946 vorgeworfen.

Deshalb empfanden wir am 12. Januar, am Tag der Trauer und des Gedenkens an diejenigen, die in der Dezemberrevolution ihr Leben gelassen haben, gemischte Gefühle, als gestrige Kommunisten direkt auf der Straße ihre Parteibücher vor den Augen von Hunderten von Menschen, die sich im Zentrum der Stadt versammelt hatten, verbrannten.

Doch nichts schien von dem Sturm zu künden, der am Abend losbrach.

Die Menge forderte den Tod

Wir sprachen gerade mit Mitarbeitern des Freien rumänischen Fernsehens, als ein Kollege im Studio auftauchte und uns mitteilte, daß auf dem Siegesplatz Tausende zusammengekommen seien, daß ein Meeting begonnen habe und sich ein Zug von Demonstranten auf das Fernsehzentrum zubewege.

Einige Minuten später waren wir auf dem Platz. Vor dem Gebäude, wo sich der Stab der Revolution befindet, tobte die Menge. „Fort mit dem Kommunismus!“, „Fort mit Iliescu!“, „Fort mit Brucan!“ und „Tod um Tod!“ Die von Lautsprechern verstärkten Losungen wurden sofort aufgegriffen, der ganze Platz hallte von Sprechchören wider. Immer neue Leute ergriffen das Mikrophon und verlangten mit heiserer Stimme Rechenschaft von jedem Führer der Front darüber, was er in der Vergangenheit getan habe, verlangten, die Kommunisten aus allen Ämtern zu entfernen, forderten die Todesstrafe für diejenigen, die an den Verbrechen des alten Regimes und an den Massenmorden vom Dezember schuld sind.

Wenig später tauchten Iliescu, Roman und Mazilu auf dem Platz auf. Sie versuchten einen Dialog zu führen, auf die Fragen, mit denen sie überhäuft wurden, zu antworten, die offenen Beleidigungen und Beschimpfungen zu parieren. Doch all ihre Anstrengungen sollten vergeblich sein. Die Menge wütete, wollte nicht zuhören, wollte sie nicht zu Wort kommen lassen. Ehrlich gesagt, in jenen Stunden und Minuten,



Die Armee unterstützte das Volk

als wir die Spannungen hautnah verspürten, bangten wir nicht nur um das Schicksal der Führer der Front, sondern auch der Revolution selbst.

Als die Leidenschaften ihren Höhepunkt erreichten, tat Mazilu einen völlig unerwarteten Schritt. Er riß einem Redner das Mikrophon aus der Hand und schrie: „Fort mit dem Kommunismus! Tod um Tod!“...

Und sofort wiederholte die Menge im Sprechchor: „Mazilu!“ „Mazilu!“ Eine weitere halbe Stunde später, nachdem der Rat der Front eine Sondersitzung unter Teilnahme von Vertretern der Demonstranten abgehalten hatte, verlas Iliescu vom Balkon drei Erlasse: über das Verbot der RKP, über ein Referendum am 28. Januar zur Einführung der Todesstrafe für die Schuldigen an den Verbrechen des alten Regimes und über die Bildung eines Ausschusses der Front der Nationalen Rettung, um Fälle von Opfern des „Ceausescismus“ zu prüfen. Und jene, die gerade erst den Rücktritt des Vorsitzenden des Rates der Front verlangt hatten, begannen begeistert seinen Namen zu rufen: „Iliescu!“ „Iliescu!“.

Unserer Meinung nach wurde gerade an jenem Abend die Front der Nationalen Rettung gerettet. Wir sagen das ohne jegliche Übertreibung, da wir den Eindruck nicht loswerden können, daß die am Tag auf den Straßen entstandenen spontanen Trauermeetings von gewissen Leuten sehr geschickt hin auf die wahre Explosion des Volkszorns auf dem Siegesplatz gesteuert wurden. Doch wer stand dahinter?

Die Zeitung „Rominia libera“ bezichtigte am nächsten Morgen ... Mazilu des Versuchs, die nationale Eintracht untergraben und Unruhen stiften zu wollen. Sie verlangte, ihn aus dem Rat der Front zu entfernen, begann mit einer Untersuchung seines Lebenslaufes vor 1985, als man ihn als Dissidenten zu verfolgen begann. Einige biographische Angaben, die in der Zeitung angeführt wurden, entmutigen. Wie glaubwürdig sie sind, wollen wir hier nicht erörtern. Doch keineswegs können wir der Behauptung zustimmen, Mazilu stehe hinter dem Meeting auf dem Siegesplatz und das Ziel, das er verfolgte, sei ein Machtkampf im Rat der Front, das Streben, ihn zu spalten, gewesen. Die Beschuldigungen unserer rumänischen Kollegen sind nicht mit Beweisen belegt. Leider kommen sie gerade jenen zupass, die die Positionen der Front untergraben wollen.

Wer hat dann Tausende von Menschen demonstrieren lassen? Nicht ausgeschlossen, daß sich dahinter Führer der Securitate, die in den Untergrund gegangen sind, verbergen, alte Kader von Ceausescus „eiserner Garde“. Viele von ihnen sind ja leider noch nicht dingfest gemacht...

Zu den Ereignissen am Abend des 12. Januar zurückkehrend, stellten wir uns die Frage: Wie konnte man eine Situation in andere Bahnen leiten, als sie auf das äußerste erhitzt war? Offenbar war der Schritt, den Mazilu unternahm, bei all seiner Fragwürdigkeit und Widersprüchlichkeit der

einzig mögliche – ebenso wie die überstürzt verkündeten beiden ersten Erlasse. Ja, manchen mag das Verhalten Mazilus und des Rates der Front in dieser Ausnahmesituation billiger Populismus, ein Nachgeben gegenüber den Leidenschaften der Menge scheinen.

Es ist offensichtlich, daß die Entscheidung, die RKP zu verbieten, vom Rat der Front unter dem starken Druck der Demonstranten gefaßt wurde. Doch in jenem Augenblick waren ausgewogene, sorgfältig durchdachte Entscheidungen einfach nicht möglich. Jeder andere Schritt hätte unter jenen Bedingungen zu völlig unabsehbaren Folgen führen können, in der Luft lag schon der Geruch von Blut. Die Führer der Front verstanden das nur zu gut – ebenso wie sie auch verstanden, daß die Erlasse überstürzt verabschiedet worden waren. Nicht von ungefähr kritisierte Silviu Brucan, daß das Parteiverbot so überstürzt erlassen wurde, und bereits am nächsten Tag teilte Ion Iliescu mit, daß Schicksal der RKP solle bei dem Referendum am 28. Januar entschieden werden.

Lange werden wir nicht mehr zu warten brauchen.

Uns ist klar, wie schwer es heute jene rumänischen Kommunisten haben, die nicht das geringste mit den Verbrechen des Ceausescu-Clans zu tun hatten, doch denen blinder Haß alle Leiden und Probleme zuweist. Mit ihnen kann man nur Mitgefühl empfinden, kann ihnen nur Kraft und Ausdauer wünschen...

Doch das eine müssen wir sagen. Heute, da wir über Rumänien, über das Schicksal der RKP sprechen, darf man nicht mit früheren Maßstäben arbeiten, darf nicht im Rahmen alter ideologischer Direktiven denken. Wir sind davon überzeugt, daß gewisse Leute meinen, „gewisse Kräfte“ wollten die „kommunistische Partei ins politische Abseits schieben“, und deshalb gebe es im Land antikommunistische Exzesse. Das wäre nicht nur eine Vereinfachung, sondern auch eine gefährliche Kurzsichtigkeit. Jegliche Versuche, der „Bruderpartei“ von außen zu helfen, z. B. bei der Ausbildung von Kadern, können nur die auch ohnehin instabile Lage im Land weiter destabilisieren. Sie können der Front der Nationalen Rettung schaden, die, wie wir meinen, bislang die einzige tatsächlich stabilisierende und organisierende Kraft der von dem Chaos der Revolution erfaßten Gesellschaft ist. Auch so gibt es genug Probleme.

Erst das Fressen und dann?

Als im Dezember die Kämpfe in der rumänischen Hauptstadt nachließen und klar wurde, daß die Revolution gesiegt hatte, wurde es zu einer der ersten Aufgaben der Front, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen und die Häuser zu beheizen. In den Wohnungen der Rumänen wurde es warm – die Gaszufuhr wurde spürbar erhöht. Lebensmittel, auch Apfel-

sinen, tauchten in den Geschäften auf – die Sonderverteilungsstellen für die Partei-Elite wurden aufgelöst, die Lebensmittellager wurden geöffnet. Als wir diese Meldungen lasen, freuten wir uns aufrichtig. Doch eine Woche verging, und wieder sind die Regale in den Geschäften leer, und in den Wohnungen wird nur schwach geheizt.

Die Führer der Front sind sich bewußt, daß sie überstürzt handelten, als sie fast alle Lebensmittelvorräte bereits in den ersten Tagen der Revolution in den Verkauf gaben. Die Menschen, die viele Lebensmittel monatelang nicht gesehen hatten, begannen alles wie wild aufzukaufen – das unerbittliche Gesetz einer Mangelwirtschaft, das uns aus unserem eigenen Land hinlänglich bekannt ist, tat das seine. Es wurde viel mehr gekauft als nötig, die Kühlschränke wurden bis oben vollgestopft. Als dann diese Lebensmittelvorräte ausgingen, stellte sich heraus, daß in den Geschäften keine Waren mehr angeboten wurden. Unzufriedenheit entstand, Gerüchte kamen in Umlauf, daß der Export von Lebensmitteln wiederaufgenommen worden sei, obwohl das nicht stimmte. Doch hungrigen Mägen wollen die Erklärungen der neuen Regierung über die wahren Gründe für den Lebensmittelmangel nicht so recht einleuchten. Zudem begannen sich viele Menschen Fragen zu stellen: Wohin gelangte die humanitäre und andere Hilfe aus dem Ausland? In Kindergärten und -krippen, in Kinderheimen? Doch da wurde eine Reportage aus einem Krankenhaus gezeigt – dort hatte man ebenfalls von dieser Hilfe nichts gespürt. Und die Unzufriedenheit nahm weiter zu.

Die Führung der Front stellte, um für Abhilfe zu sorgen, drei Mio Dollar für Lebensmittelkäufe in EG-Ländern bereit. Der Nahrungsmittelmangel kann ja zu schweren politischen Spannungen führen. Die Menschen wollen von der Revolution, daß sie augenblicklich alle Probleme löst. Eine bekannte und verständliche Ungeduld.

Bekannt ist auch der Widerstand der alten Bürokratie. Die gestrigen Funktionäre in manchen Kreisen, Leute, die alle Posten und Privilegien eingebüßt haben, machten schnell auf „Umstellung“ und begannen die Räte der Front zu unterwandern. Doch in Wirklichkeit wollten sie nur Schaden anrichten, sabotieren. Die Vertreter der örtlichen Behörden, die nicht wissen, wie sie verfahren sollen, sind bisweilen ratlos, suchen Rat und Hilfe in Bukarest, wobei sie nicht begreifen, daß sie selbst alle Probleme anpacken dürfen. Ja, auch Demokratie muß man noch lernen...

Dieser Tage begann in Bukarest ein Rundtischgespräch unter Teilnahme von Vertretern der Oppositionsparteien. Offenbar werden die allgemeinen Wahlen, die man in den ersten Tagen der Revolution auf den April angesetzt hatte, in Absprache zwischen der Front und den Teilnehmern des Rundtischgesprächs doch erst im Mai oder im Juni stattfinden.

*Dmitri Pogorshelski,
Sergej Swirin*

Die Rückkehr der UdSSR in die allgemeinen Bahnen der Weltzivilisation ist ein langsamer, schwieriger und widersprüchlicher Prozeß

Wer ist heute vorne?

Die dramatische Entwicklung der letzten Monate in den osteuropäischen Ländern läßt über vieles nachdenken. Über die Zukunft des Warschauer Vertrags und des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die Geschicke eines „gesamt europäischen Hauses“, die Garantien der europäischen Stabilität, das Wesen des Sozialismus. Im neuen Licht präsentieren sich auch die Veränderungen in der UdSSR selbst

Noch vor einem halben Jahr analysierten sowjetische Beobachter die politische und soziale Entwicklung in Osteuropa mit einem gewissen Gefühl der Überlegenheit: Ihr hinkt uns hinterher, seid noch nicht bereit, euch die Ideen der Perestroika und die Philosophie des neuen Denkens anzueignen. Zwar veränderte sich die Evolutionsrichtung im Westen der europäischen „sozialistischen Gemeinschaft“ seit 1985 wesentlich, aber der „große Bruder“ marschierte nach wie vor allen voran. Während er früher den Weg in die lichte Zukunft des Kommunismus mit einem administrativen Kommandoprofil gebahnt hatte, war er nunmehr der Bahnbrecher einer neuen Entwicklungsrichtung des Sozialismus.

Die Rollen verändern sich

Plötzlich veränderten sich die Rollen buchstäblich über Nacht. Bei uns entfalten sich die Diskussionen über Eigentumsformen erst, in Polen aber wird die Wirtschaft mit Hochdruck privatisiert. Wir gehen erst daran, die Frage eines Effektenmarktes zu prüfen, in Ungarn haben sie schon eine Börse.

Was in der UdSSR um den Preis großer Anstrengungen gelingt, vollzieht sich in Osteuropa viel leichter. Was für uns ein Diskussionsgegenstand, ist für den überwiegenden Teil der Osteuropäer selbstverständlich. Man kann ohne weiteres voraussagen: Der Abstand zwischen den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion wird sich in absehbarer Zeit vergrößern.

Natürlich ist dieses Zurückbleiben objektiv bedingt. Vor allem muß man in Betracht ziehen, daß die UdSSR schon wegen ihres Riesenterritoriums, ihrer ethnischen und sozialen Vielfalt, der Besonderheiten in der politischen Kultur und wegen ihrer Zugehörigkeit nicht nur zu Europa, sondern auch zu Asien weit weniger „Startschub“ hat als etwa Ungarn, die DDR, Polen oder sogar Rumänien.

Der Staatssozialismus, das administrative Kommandosystem, ideologische Dogmen und sonstige Attribute des Stalinismus haben bei uns tiefere und zähere Wurzeln als bei unseren westlichen Nachbarn. Der Stalinismus in der UdSSR ist, das „Breshnewsche Modell“ eingeschlossen, rund 70, in Osteuropa etwa 40 Jahre alt. Der Stalinismus ist unsere eigene Schöpfung, ein auf unserem nationalen Boden großgepäppeltes Ungeheuer, für die Osteuropäer ist er ein aufgezweigener Importartikel. In Osteuropa konnte der Stalinismus die moralischen Normen der Gesellschaft nicht so sehr entstellen, nicht so tief ins Bewußtsein eindringen und erst recht nicht so verheerend den genetischen Fonds der Nation zerstören.

Und erst der Einfluß des „multinationalen Faktors“! In der UdSSR ist die Entwicklung der Reformen stark von ethnischen Widersprüchen gefärbt, die nicht selten extreme Formen annehmen. Immer wieder werden Versuche unternommen, eine separate Lösung von Problemen auszuarbeiten, mit denen einzelne Nationen und Völkerschaften konfrontiert sind. Ihre Vertreter reagieren oft mit unverhohlener Animosität auf die Aufforderungen, die Interessen

anderer Regionen und des ganzen Landes zu berücksichtigen. Daher rühren zusätzliche Schwierigkeiten, die die ohnehin keineswegs einfache Transformation der Gesellschaft verlangsamten. In den meisten osteuropäischen Ländern, die den Weg der Reformen gehen (vielleicht mit Ausnahme von Jugoslawien), spielt das Wiedererwachen des nationalen Selbstbewußtseins eine mobilisierende Rolle und trägt dazu bei, wenn nicht Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppierungen einzuebnen, so doch wenigstens den Dialog zwischen ihnen konstruktiver zu gestalten.

Was wir verschwiegen

Beeindruckend ist wohl auch, wie wenig unser innenpolitisches Denken auf die gegenwärtige stürmische Entwicklung in Osteuropa vorbereitet war. Nicht, daß wir zu wenig Information hätten. Aber man muß zugeben, daß darin, wie wir unsere nächsten Verbündeten auffassen, zahlreiche Mythen einheimischer Provenienz existieren. Eine vereinfachte und falsche Vorstellung von den osteuropäischen Ländern beherrscht unser Bewußtsein seit Jahrzehnten.

In den Nachkriegsjahren, als die UdSSR in Osteuropa eine dominierende Position hatte, erhielt sie die Möglichkeit, die dortigen Staaten nach eigenem Ebenbild umzumodeln. Ihnen war die wenig beneidenswerte Rolle von „Bundesgenossen und Kopien“ zugedacht, deren Hauptpflicht darin bestand, der führenden Kraft der sozialistischen Welt widerspruchslos zu parieren. Die Stalinsche „soziale Ingenieurwissenschaft“ vernichtete jahrelang und rücksichtslos Unbotmäßige und Andersdenkende, zerstörte Strukturen und Traditionen, die seit Generationen bestanden. Das ursprüngliche Modell der Beziehungen war jedoch nicht von langer Dauer.

Nach Stalins Tod wurde es durch ein flexibleres System des Zusammenwirkens – von Juniorpartner und Seniorpartner – abgelöst, wobei die Betonung auf dem Wörtchen „Senior“ lag (besonders deutlich trat das 1956 in bezug auf Ungarn und 1968 auf die Tschechoslowakei zutage; in beiden Fällen ging der „große Bruder“ davon aus, daß er sich besser in den Nöten und Erfordernissen seiner „Schutzbefohlenen“ auskenne als sie selbst).

Es hatte weitgehende Folgen, daß die staatlichen und sozialen Strukturen sowie die Innen- und Außenpolitik der osteuropäischen Länder von den Wünschen und Vorstellungen der sowjetischen Führung abgeleitet waren. Diese Länder wurden in der UdSSR beinahe nicht mehr als Gesellschaften betrachtet, die ihren eigenen einmaligen Weg hätten gehen können. Dieser Standpunkt wurde durch einen Strom von faden Publikationen und Fernsehsendungen mit Nachdruck propagiert und anezogen. Die plumpe Propaganda überwand sogar die Schranken des gesunden Menschenverstands. Während die in der UdSSR entworfenen rosa Bildchen der sowjetischen Wirklichkeit dennoch eine Konfrontation mit dem schnöden Alltag nicht vermeiden konnten, waren die „sozialistischen Partner“ – nahe gelegen, aber immer noch weit genug entfernt – ein ideales Objekt für die

Mythologisierung. Selbst die bessere als bei uns Qualität von Waren aus Osteuropa und die zu uns durchsickernde Information über einen höheren Lebensstandard in den verbündeten Ländern lösten beim Gros unserer Bevölkerung, darunter auch bei Fachkräften, eine recht eigenartige Reaktion aus: „Die haben diesen Lebensstandard, weil wir ihnen helfen!“ Beweise? Bitteschön: unsere billigen Rohstoffe, unsere F/E-Arbeiten, unser hoher Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung usw. usf. Aus irgendeinem Grund machte sich kaum jemand Gedanken darüber, daß unsere Hilfe, die tatsächlich viele Probleme lösen half, zugleich eine Art Lohn war für den Verzicht unserer Bündnispartner auf wahre Souveränität und aussichtsreichere Entwicklungsrichtungen.

Nur wenige wußten wirklich, wie es um die osteuropäischen Länder stand. Schutzfilter funktionierten beinahe störungsfrei. Neue Ideen fanden selbst auf höchster Ebene nur mit Mühe Eingang. Die sowjetische Führung jener Jahre schuf ein starkes System des Selbstschutzes vor „irrtümlichen Standpunkten“, das nur ein schwaches Echo des Lebens in den verbündeten Ländern durchließ.

Vorzeige-Modelle

Indessen waren die Anzeichen einer „Individualität“ der osteuropäischen Länder nicht zu übersehen. Obwohl durch die ihnen aufgezwungenen Beschränkungen behindert, führten sie die Fähigkeit zu selbstständiger Entwicklung vor Augen. In Polen z. B. nahm das Regime schon in den 50er Jahren Kurs auf eine Liberalisierung des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens der Gesellschaft. Eine Erweiterung der Schaffensfreiheit war u. a. daran zu erkennen, wie an Politik, Wirtschaft und Philosophie herangegangen wurde. Polnischen Fachkräften gelang es, die Abkapselung in einem engen Kreis ideologischer Schemata zu vermeiden; den verschiedensten Einflüssen, darunter dem amerikanischen und dem westeuropäischen, wurde Tür und Tor geöffnet. Die Erweiterung des Wissenschaftler- und Studentenaustausches mit anderen Ländern bildete einen wichtigen Bestandteil der Ausbildung. Da Polen erstklassige Fachkräfte bekam, war das eine wichtige Ausgangsbasis für unterschiedliche Experimente, die die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft steigern sollten. Wertvolle Erfahrungen, die die Perspektiven erkennen ließen, wurden gesammelt. So wurden noch vor Amtsantritt der heutigen Koalitionsregierung viele technokratische Lösungen von Wirtschaftsproblemen (u. a. mit weitgehender Heranziehung von

Auslandskapital) erprobt; das gilt auch für Modelle, die ein Versuch waren, die Marktorientierung mit direkter Wirtschaftsleitung zu verbinden.

Daß eine radikale politische Reform den logischen Abschluß sich hinziehender ökonomischer Veränderungen und Experimente bildet, bestätigen auch Ungarns Erfahrungen. Die Bevölkerung lebe im Wohlstand, dieses propagandistische Klischee wurde in West und Ost aufgegriffen. Für jene Sowjetbürger, die meinten, unser schwerstes Problem seien die leeren Geschäftsregale, müssen die Erfolge der USAP bei der Versorgung der Menschen mit erstklassigen Waren und Lebensmitteln attraktiv genug ausgesehen haben. Wie dann anders, das war eine so anschauliche Bestätigung für die Richtigkeit der uns ans Herz gewachsenen theoretischen Schemata und Postulate. Zudem bei der Unerschütterlichkeit der bestehenden Ordnung! Dabei richtete sich die Politik der ungarischen Führung auf die allmähliche Entwicklung der Marktmechanismen im Rahmen der bestehenden politischen Strukturen und der zentralisierten Wirtschaftsleitung. Auf die nicht zu vermeidenden halbherzigen Lösungen folgten halbfertige Resultate. Dennoch sammelte man Erfahrungen, bildete Fachkräfte aus und schuf die nötigen Strukturen. Die USAP behielt die Hebel der Kontrolle in ihrer Hand, bis die Möglichkeiten dieser Entwicklung erschöpft waren.

Vom Standpunkt der „Individualität“ nehmen die DDR und die Tschechoslowakei einen besonderen Platz ein. Sie blieben, was Experimente mit der Umsetzung der Marktwirtschaft angeht, lange Zeit hinter



Prag trifft seine Wahl

Foto: „New Statesman“ (Großbritannien)

Polen und Ungarn zurück. Zugleich erwies sich, daß ihre Variante der administrativen Kommandowirtschaft weit effektiver war als die sowjetische. Ein wichtiger Grund ist eine höhere Arbeitskultur in diesen Ländern im Vergleich mit der UdSSR. Diese Eigenschaft des „Faktors Mensch“ wurde in Generationen anerzogen. Nach allem zu urteilen, werden sich auch die demokratischen Strukturen in der DDR und der Tschechoslowakei viel leichter entwickeln. Auch in dieser Hinsicht können sie sich auf ein bemerkenswertes historisches Erbe stützen.

Rumänien steht in dieser Reihe abseits. Dort hat eines der schlimmsten Unterdrückungsregimes eben erst zu bestehen aufgehört. Die Fesseln zersprangen beinahe augenblicklich. Wie ist aber das Verhältnis zwischen den gesunden kreativen Kräften, die sich in der rumänischen Gesellschaft erhalten haben, und dem Erbe der superzentralisierten Diktatur, das leichter zurückzuweisen als zu überwinden ist?

Welchen Weg wird das Land weitergehen? Nur die Zeit kann auf diese Fragen antworten.

Muß kopiert werden?

Demnach wird die Rückkehr in die gemeinsamen Bahnen der Weltzivilisation bei uns langsamer als bei den Osteuropäern verlaufen. Das muß uns die Osteuropäer mit Notwendigkeit etwas entfremden. Sie werden nach neuen Ideen und Erfahrungen, schließlich auch nach Hilfe zunehmend im Westen und nicht im Osten suchen. Übrigens wird die „Mode“ für die UdSSR im Westen immer deutlicher von der „osteuropäischen Mode“ abgelöst. Mit Osteuropa ist leichter Kirschen essen als mit der UdSSR.

Hier sind zwei extreme Standpunkte über unsere Politik in Osteuropa und unsere Einstellung zu den dortigen Reformen möglich. Der erste ergibt sich aus einer gewissen Bestürzung. Schließlich hat die Sowjetunion das Banner der revolutionären Erneuerung gehißt und Wandlungen in den osteuropäischen Ländern angeregt, und nun wollen sie immer autonomer handeln? Obendrein schnappen sie uns gute Geschäfte mit dem Westen, Kredite und technische Hilfe weg. Besonders bitter aber sind die antisowjetischen Ausschreitungen. Letzten Endes könnten auch wir nur von unseren eigenen Interessen ausgehen! Der zweite Standpunkt ist Ausdruck der Ungeduld. Warum bleiben wir denn zurück? Wieso sind wir schlechter als die? Her mit dem Mehrparteiensystem, Privateigentum, der Börse und all dem anderen, was in Osteuropa bereits existiert! Besonders günstig

ist der Boden für eine solche Ungeduld in jenen Teilen unseres Landes, wo das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung und die kulturellen Traditionen denen in Osteuropa nahestehen: Baltikum, Belorussland, Westukraine.

Man müßte sich die größte Mühe geben, diese beide Extreme zu vermeiden. Die Hinwendung Osteuropas zum Westen ist als wirtschaftliche und politische Unvermeidlichkeit aufzufassen. Wir sind heute einfach nicht in der Lage, unseren Nachbarn jene Hilfe zu erweisen, die sie brauchen. Es wäre also zumindest naiv, damit zu rechnen, die UdSSR könne schon in absehbarer Zukunft die wirtschaftliche „Lokomotive“ Osteuropas werden.

Was den Antisowjetismus betrifft, so verdienen natürlich die Menschen in Osteuropa unsere tiefe Achtung und Dankbarkeit, die trotz aller Wechselfälle der Geschichte und aller Prüfungen, die ihnen zuteil wurden, in ihren Herzen Liebe zu unserem Land oder zumindest Anhänglichkeit bewahrt haben. Wir sind jedoch nicht berechtigt, jene zu verurteilen, die nicht so wohlwollend über die UdSSR denken. Sie haben nicht wenig historische Gründe dafür. Es bedarf der größten Geduld, Umsicht und des größten Taktgefühls, uns mit unserer Freundschaft nicht aufzudrängen und die negative Hinterlassenschaft der Vergangen-

heit allmählich, Jahr für Jahr zu bewältigen.

Offenbar ist eine gewisse Konkurrenz zwischen der UdSSR und Osteuropa auf westlichen Märkten nicht auszuschließen. Sie kann jedoch durchaus konstruktiv sein und zur Erhöhung der Effektivität der Produktion bei uns und bei ihnen beitragen. Außerdem versperrt eine solche Konkurrenz der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht den Weg.

Spricht man jedoch von der Idee, „alles so zu tun wie in Osteuropa“, so ist sie, so attraktiv sie für die sowjetischen Radikalen auch sein mag, mit Vorsicht zu genießen. Natürlich werden die osteuropäischen Erfahrungen für uns immer mehr an Wert gewinnen. Wahrscheinlich werden unsere führenden Politiker nach Prag und Budapest ebenso oft wie nach Tokio und Washington reisen müssen. Aber ein blindes Kopieren der Erfahrungen anderer Länder und das nur zu gut bekannte Streben, „einzuholen und zu überholen“, diesmal angewandt auf Osteuropa, birgt ernsthafte soziale Erschütterungen in sich. Das liegt wohl kaum im Interesse der sowjetischen Gesellschaft.

*Michail Besrukow,
Andrej Kortunow*



Einerseits ist die Lösung nah... Andererseits sind die Menschen fern...

Zeichnung: „Trybuna Ludu“ (Polen)

Im Oktober v. J. erhielt Irmgard Seidel, Leiterin der Gedenkstätte in Buchenwald, wo in den Jahren des Faschismus 56 000 Menschen umgebracht wurden, ein schweres Paket. Als sie es öffnete, entdeckte sie ein dickes Pamphlet, als dessen Autoren die Organisation „Untergrundbewegung Republikaner“ verantwortlich zeichnete. In diesem vom Geist des Rassismus und Nationalismus durchdrungenen Machwerk fanden sich unter anderem folgende Worte: „Haltet die Öfen offen“. Frau Seidel ließ damals diesen Vorfall nicht publik werden. Es war noch eine andere Zeit, am Vorabend des 40. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik, und ausschließlich positive Informationen waren gefragt...

Seitdem haben sich im Leben der Republik jähre Veränderungen vollzogen, die es erlaubten, viele Dinge beim Namen zu nennen. Zweifellos wurde im ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden viel getan, um den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen auszumerzen. Doch die positive Vorstellung, um alles in diesem Bereich sei es gut bestellt, sollte sich als trügerisch erweisen, wie es die Ereignisse der letzten Tage deutlich werden ließen.

... In der Nacht auf den 28. Dezember v. J. wurde die Gedenkstätte im Berliner Treptow-Park geschändet. Am 29. Dezember tauchten in Görlitz an einem Denkmal für Verfolgte des Nationalsozialismus sowie an anderen Stellen der Republik Hakenkreuze und Losungen „Juden raus“ auf. In der Neujahrnacht wurden Gräber sowjetischer Soldaten in Gera geschändet. In der Nacht zum 2. Januar schmierten Unbekannte in Pirna an Häuserwände und Schaufenster riesengroße Sprüche wie „Hitler lebt“ und „Wir sind da – Republikaner“...

Dieser Tage traf bei der Bezirksstaatsanwaltschaft in Rostock ein „Protestbrief“ gegen das Urteil eines hiesigen Gerichts ein, das im September 1989 den ehemaligen SS-Mann Holtze, der der Ermordung polnischer Bürger im zweiten Weltkrieg für schuldig befunden hatte. Man wolle all das erreichen, was Hitler ihnen befohlen habe, hieß es in diesem Brief vor dem Hintergrund einer Karte mit den Umrissen des ehemaligen deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Die Briefschreiber suchten ihren Forderungen durch Morddrohungen gegen die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Rostock Nachdruck zu verleihen.

Die Aufzählung derartiger Tatsachen ließe sich fortsetzen. Hierbei wird oft die Frage gestellt, wo denn die Wurzeln der rechtsradikalen Tendenzen zu suchen seien, ob sie hausgemacht oder aber importiert seien.

Die ersten dokumentarisch belegten Fälle des Auftretens von Ultrarechten in der DDR gab es am Beginn der 80er Jahre. Damals meldeten sich „Skinheads“ zu Wort, die aus einer Zusammenrottung von Fußball-Schlachtenbummlern zu einer von der Nazi-Ideologie geleiteten Bewegung wurden. Besonders aggressiv wurde das Verhalten der „Skinheads“ in den letzten zwei, drei Jahren. So inszenierten sie im Oktober 1987 eine

Falsche Schlachtenbummler u. a.

Unsere Korrespondenten Anatoli Kowrigin und Nikita Sholkwer berichten aus Berlin und Bonn

wüste Schlägerei bei der Berliner Zionskirche und vom Januar bis zum März 1988 zerstörten sie über 200 Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Berlin, an der Schönhauser-Allee.

Im Sommer 1989 entdeckten die zuständigen Organe der DDR die „SS-Geheimorganisation Wohlgast“. Angaben zufolge, die der Sprecher der Kriminalpolizei der DDR Oberstleutnant Bernd Wagner dieser Tage Journalisten mitteilte, wurden 1988 im Zusammenhang mit Nazi-Aktionen Verfahren gegen 185 Personen und in den ersten 11 Monaten v. J. gegen 296 Personen eingeleitet. Die Behörden verfügen über Angaben zu 1100 Personen, die in rechtsradikale Tätigkeit verwickelt sind. Wie Oberstleutnant Wagner sagte, besteht aller Anlaß zu der Vermutung, daß es in der Republik noch andere unbekannte Gruppierungen dieser Art gibt.

Wo liegen die Ursachen für diese gefährlichen Erscheinungen? Nach Meinung eines Mitarbeiters des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft Dr. Manfred Behrend erklären sie sich aus dem System, das viele Jahre in der DDR bestand. Die Stalinsche Variante des Sozialismus wirkte sich überaus negativ auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens aus. Sie führte zu einer Kluft zwischen Worten und Taten, Versprechungen und der Wirklichkeit, zur Ausbreitung einer doppelten Moral. All das mußte sich vor allem auf die junge Generation auswirken, von der ein Teil versucht, Ideale im rechten politischen Spektrum zu finden.

Doch auch der importierte Neokonserva-

tismus ist zu berücksichtigen. Besonders machte er sich in den letzten Wochen bemerkbar, was die hiesige Presse besorgt konstatiert. Mit dem Export dieses Erzeugnisses befaßten sich zwei Parteien der BRD – die CSU und die „Republikaner“.

Die „Republikaner“ nehmen erst seit kurzem einen festen Platz am rechten Flügel des politischen Lebens in der BRD ein. 1990 verabschiedeten sie ein neues Programm, das in einem merkwürdigen Durcheinander eine Ansammlung der verschiedensten Forderungen enthält – von einer Wiedervereinigung Deutschlands bis zu einer Streichung des Hafturlaubs für Schwerverbrecher. Obwohl sich die Partei und ihr Führer Franz Schönhuber verbal vom Hitlerfaschismus distanzieren, sind rassistische, ausländerfeindliche Forderungen Hauptthema der „Republikaner“. Nicht weniger laut ist im Programm auch der Ruf nach einer „starken Hand“, nach einer Wiederherstellung von „Recht und Ordnung“ zu vernehmen.

Im Januar 1989 hatten die „Republikaner“ einen großen Erfolg in Berlin (West), wo sie die 5%-Sperrklausel überwandten und in das Abgeordnetenhaus einzogen. Auf der nächsten Etappe, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Sommer v. J., erhielt Schönhuber 7,1 Prozent der Stimmen. Und bei Kommunalwahlen in der BRD votieren für die „Republikaner“ bisweilen bis zu 20 und mehr Prozent der Wähler.

Die außenpolitischen Ziele der „Republika-

ner“ sind noch alarmierender: die unverzügliche Wiedervereinigung Deutschlands (dem Programmtext wird eine Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 beigelegt). Nicht ausgeschlossen werden die Möglichkeit eines neuen Anschlusses Österreichs und eine Abwendung von der europäischen Integration.

Die dynamischen Veränderungen in der DDR kamen für die „Republikaner“ wie übrigens auch für die anderen bundesdeutschen Parteien überraschend. Lange genug war Schönhuber unentschlossen. Wie sollte er reagieren? Einerseits die schnell gewünschte „Wiedervereinigung“, andererseits die enorme Zahl von DDR-Bewohnern (mehr als 1000 täglich), die in die BRD umsiedeln, wodurch die Belastung des Arbeitsmarktes wächst, die Konkurrenz bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum stark zunimmt und sich gerade jene sozialen Probleme verschärfen, für die Schönhuber populistische Lösungen parat hielt, was ihm Wähler zutrieb.

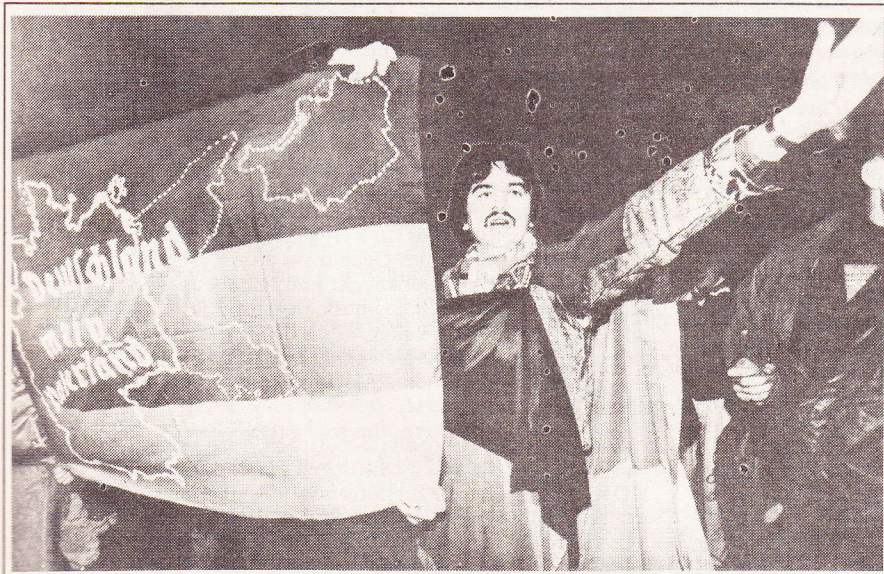
Einen Ausweg aus diesem Dilemma zeigte die weitere Entwicklung in der DDR, insbesondere die für Übergangszeiten so bezeichnende Aufwallung nationaler Emotionen. Schönhuber beschloß, die sich bahnbrechenden „großdeutschen“ Leidenschaften in der DDR aktiv auszunutzen.

Die bundesdeutschen „Republikaner“ machen kein Geheimnis aus ihrer Tätigkeit in der DDR. Vor einigen Tagen versuchte Schönhuber mit seinem Europaparlamentarier-Ausweis in die DDR zu gelangen, um persönlich an der Gründung von Ortsgruppen der „Republikaner“ in Berlin, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt teilzunehmen. Der „republikanische“ Ableger in der DDR soll, wie er hofft, an den für den 6. Mai angesetzten Wahlen zur Volkskammer teilnehmen.

Die „Republikaner“ rüsten ihre Stützpunkte in der DDR üppig mit allem Erforderlichen aus, darunter mit Kopier- und Drucktechnik aus dem inzwischen Bonner Hauptquartier der Partei und aus deren Vertretung in Berlin (West). Zwischen 80 000 und 100 000 Flugblätter wurden bereits in die DDR gebracht. Nach Schätzungen „republikanischer“ Politiker gibt es in der DDR an die 50 000 feste Anhänger Schönhubers.

Schwer zu sagen, wie weit diese Angaben stimmen. Doch wenn man bedenkt, wie aufgeheizt die nationalen Leidenschaften sind und wie populär die Losung einer „Wiedervereinigung“ als eines „Zaubermittels“ zur Lösung aller Probleme ist, dann stellen sich diese Zahlen als durchaus realistisch dar.

Schönhuber tut alles, damit die Tätigkeit der „Republikaner“ in den Medien der DDR beleuchtet wird – und das scheint ihm zu gelingen. Hierbei läßt er sich von dem Prinzip leiten, lieber überaus kritische Informationen als überhaupt keine. Diesem Ziel dienen diverse provokatorische Aktionen, Erklärungen und Forderungen.



Revanchisten auf dem DDR-Boden

Foto: „Stern“

„Der Feind steht rechts“

Das, worüber die NZ-Korrespondenten aus Berlin und Bonn auf den vorhergehenden Seiten berichteten, ist eine bittere Realität des heutigen Europa, eine Realität, die absolut nicht in den Kontext des gesamteuropäischen Prozesses zu passen scheint.

Lange Zeit verstanden wir unter dem gesamteuropäischen Prozeß etwas von vornherein Positives und Wünschenswertes. Die Konfrontation der beiden Teile Europas zu überwinden, wirtschaftliche Kontakte und menschliche Beziehungen anzuknüpfen – ist das nicht eine edle Aufgabe? Doch wie gefährlich ist eine einseitige Aufnahme, wie wir das früher so liebten! Jeder Prozeß trägt innere Widersprüche in sich (dafür ist es eben ein Prozeß!). Und das Ergebnis: In den europäischen Gesellschaften, die sich näherkommen, finden einander nicht nur positive, sondern auch destruktive Kräfte.

Daß es in Westeuropa (und insbesondere in der BRD) rechte und ultrarechte Gruppierungen gibt, ist eine seit langem bekannte Tatsache, derer wir schon fast überdrüssig geworden sind. Vielleicht ist daran auch die sowjetische Publizistik schuld, die nicht sonderlich wählerisch Etikette des „Neonazismus“ und des „Neofaschismus“ verteilte. Julius Fuciks unsterblicher Aufruf, wachsam zu sein, wurde oft als eine Art Ritual verstanden. Jedes Ritual aber trägt in sich die Gefahr, daß man sich daran gewöhnt, daß es zur Routine wird. Die Folgen sind betrüblich: Wenn schließlich eine reale Gefahr entsteht, ist das Publikum schon zu müde für eine Reaktion...

Fucik aber hatte recht! Die 1945 vernichtete entsetzliche Maschinerie der Nazi-Herrschaft – sie war zugleich eine entsetzliche Maschinerie der Massenverdrummung – hinterließ im europäischen Bewußtsein leider nicht nur ein Gefühl des Abscheus. Eine durchaus reale Trägheit des Denkens blieb, für dessen Anhänger sich viele Wahrheiten der Vergangenheit als bequeme Form für ein neues politisches Sein erweisen sollten.

Hier begingen wir einen weiteren Fehler. Gewohnt daran, seit dem 7. Kongreß der Kommunistischen Internationale im Faschismus die „offene Diktatur der aggressivsten Elemente des großen Monopolkapitals“ zu sehen, beobachteten die marxistischen Interpretatoren der Ereignisse etwas verlegen, daß in keinem westlichen Land das große Monopolkapital auch nur dann daran dachte, neofaschistische oder andere ultrarechte Gruppen zu unterstützen. Und während wir uns den Kopf über dieses Rätsel zerbrachen, erhielten die Ultrakonservativen zunächst schüchtern und dann immer selbstbewußter eine Grundlage. So formierte sich eine Ultrarechte in Westeuropa.

Und erst recht galt es als „nicht schicklich“, neonazistische Stimmungen in sozialistischen Ländern zu suchen! Jetzt ernten wir die Früchte dieser doktrinen Haltung. Wie sich herausstellt, gibt es Anhänger des Nazismus und der Hitler-Ideologie selbst in der Sowjetunion. Auch im sozialistischen Rumänien versuchte man eine SS aufzubauen. Und es gibt, wie wir jetzt erfahren, „Republikaner“ nicht nur in der BRD,

sondern auch in der DDR. Nicht nur den Bonner „Landmannschaften“, sondern auch einigen Gruppen, die in Leipzig demonstrieren, mißfallen die Westgrenzen Polens. In letzterem sehe ich weniger den verhängnisvollen Einfluß des Westens (er ist zweifellos vorhanden) als vielmehr ein Anzeichen für die Zählebigkeit einer Ideologie, die die Welt nur als Objekt der Gewalt, die Menschen als „Feindbild“ sieht. Vergessen wir nicht, daß es in der Welt nicht nur „Allgemeinmenschliches“, sondern auch „Allgemeinunmenschliches“ gibt...

Die erste Reaktion in Europa auf die hochkommenden „gesamtdeutschen“ Emotionen des Nationalismus ist verständlich: Die Angst davor, bei einer weiteren Annäherung der beiden deutschen Staaten könnten nationalistische (und sogar neonazistische) Stimmungen stärker werden, könnten bedeutenden Raum in den neuen deutsch-deutschen Beziehungen einnehmen und verhängnisvollen Einfluß, ja Druck auf die Haltung der Regierungen der BRD und der DDR ausüben. Wenn man nicht nur von Ideen, sondern von europäischen Grenzen zu sprechen beginnt, wird die Sache doppelt ernst. Mit anderen Worten: Ein weiteres Argument gegen eine mögliche Vereinigung der deutschen Staaten? Doch ein derartiges Verständnis der Ereignisse scheint mir persönlich etwas kurzsichtig, ja passiv zu sein. Im heutigen Europa geht es nicht darum, neue Hindernisse zwischen den Staaten aufzubauen (oder die alten zu bewahren). Laßt uns doch nicht immer aufs neue nach Argumenten dagegen suchen (in diesem Fall gegen die Möglichkeit einer Vereinigung, sollte das dem Willen der Bevölkerung in beiden Ländern entsprechen). Wir werden nicht zu Maßnahmen, um irgendeine Bewegung auszugrenzen, aufrufen, sondern uns an das Bewußtsein jener wenden, die diese Bewegung vollziehen. Die Öffentlichkeit in der BRD und in der DDR muß begreifen, daß ihre Staaten (und erst recht ein einheitlicher deutscher Staat) nur dann, wenn sie nicht zu einem „Unruhestifter“ werden, positiv im heutigen Europa aufgenommen werden.

Unsere Pflicht ist es, das offen zu sagen. Und das nicht nur, weil die Sowjetunion zu den Siegermächten gehört. Demokraten zu sein kann man nicht befehlen. Die Deutschen selbst müssen erkennen, wie gefährlich eine Rückkehr zur Vergangenheit wäre. In Berlin gingen am Tag des Gedenkens an die große Revolutionäre Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Zehntausende auf die Straße, in der BRD aber protestierten zur gleichen Zeit Antifaschisten gegen einen Parteitag von Neonazis in Rosenheim. Das ist eine deutsch-deutsche Gemeinsamkeit, die hoffen läßt!

Es ist Sache der Ehre aller Deutschen – ich denke da vor allem an die antifaschistischen Traditionen der DDR –, sich gegen die zerstörerischen Tendenzen zu wenden, die noch in Europas Schoß verborgen sind. Vor vielen Jahren erklärte Reichskanzler Dr. Josef Wirth, ein herausragender deutscher Demokrat: „Der Feind steht rechts!“ Wiederholen wir diese Worte, doch lassen wir seine Mahnung nicht ungehört verhallen!



Lew
Besymenski

Gibt es
einen
„gesamt-
deutschen
Revan-
schismus“?

Stunde der Reformen

Die 45. Tagung des RGW sprach sich für völlig neue Formen der Zusammenarbeit aus

Wohl keine Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in den letzten Jahren hatte schon vor ihrem Beginn so viele Prognosen und Prophezeiungen bezüglich des künftigen Schicksals dieser internationalen Gemeinschaft hervorgerufen wie die 45. Tagung, die unlängst in Sofia beendet wurde.

Selbst Mutmaßungen, ob das nicht die letzte Tagung des Rates in seiner mehr als 40jährigen Geschichte werden würde, wurden angestellt. Und, ehrlich gesagt, solche pessimistischen Prognosen waren nicht grundlos. Der RGW ist in einer tiefgreifenden inneren Krise in die 90er Jahre getreten. Der Mechanismus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der in den Nachkriegsjahrzehnten eine nicht geringe positive Rolle spielte, indem er die Bemühungen der Mitgliedsländer mobilisierte und vereinte, erwies sich unter den neuen Bedingungen als nicht effektiv. Die im Rahmen des administrativen Kommandosystems entstandene Praxis der bilateralen und multilateralen Beziehungen, der Festlegung der Preise und der gegenseitigen Abrechnungen geriet in Widerspruch zu den Erfordernissen der Dezentralisierung der Wirtschaft, der Einführung der Marktbeziehungen, der großangelegten Einbeziehung der Direktproduzenten in die internationale Arbeitsteilung, der Kooperation und die Außenhandelsoperationen.

Diese Widersprüche machten sich immer bemerkbarer, bremsen die Umbauprozesse und die Verwirklichung tiefgreifender Wirtschaftsreformen in den RGW-Ländern. Und nicht von ungefähr erklärte CSSR-Finanzminister Vaclav Klaus einige Tage vor der Begegnung in Sofia in einem Interview für die polnische Zeitung „Rzeczpospolita“, die Tschechoslowakei schlage überhaupt vor, diese Organisation aufzulösen. Zwar nahm der Minister einen Tag später seine eigene Erklärung zurück, doch dabei fügte er hinzu, daß der RGW trotz allem in seiner jetzigen Form nicht weiterbestehen könne und es keinerlei grundsätzliches Argument für dessen Weiterbestand gebe. Eine ähnliche Haltung nahm Zeitungsmeldungen zufolge auch der ungarische Außenminister Gyula Horn ein. Und Malgorzata Niezabitowska, Pressesprecherin der polnischen Regierung, erklärte, daß wenn Polen die Frage einer Auflösung des RGW jetzt auch nicht stelle, es doch sehr kritisch zu der Struktur

und den Mechanismen des Rates stehe. Kurz gesagt, Kritik gab es genug. Und diese Kritik hatte ihre Berechtigung.

Die Vorschläge, die der sowjetische Regierungschef Nikolai Ryshkow der Tagung unterbreitete, nahmen, wie einige Kommentatoren bemerkten, den radikalsten Kritikern des RGW den „Wind aus den Segeln“. Der sowjetische Delegationsleiter ging im Grunde weiter als die Kritiker, indem er nicht nur der jetzigen Situation im RGW eine objektive Einschätzung gab, sondern auch ein konstruktives Programm für die Zukunft vorlegte. Seine Einschätzungen der Lage liefen darauf hinaus, daß der RGW in seiner derzeitigen Form nicht weiterbestehen kann. Die RGW-Staaten stehen vor der Wahl, diese Wirtschaftsorganisation, die bei all ihren Mängeln für die Mitgliedsländer lebensnotwendig ist, aufzugeben oder aber die Organisation nach völlig neuen Prinzipien umzugestalten.

Was muß dieser Umgestaltung zugrunde liegen? Vor allem eine radikale Veränderung der bestehenden Praxis der Wirtschaftsbeziehungen der Ratsländer. Ab 1991 soll der stufenweise Übergang zum Einsatz konvertierbarer Währungen im gegenseitigen Zahlungsverkehr und zu Weltmarktpreisen im Außenhandel erfolgen. Ein solcher Schritt wird es erlauben, zu echten Marktbeziehungen im RGW überzugehen und die Effektivität der Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern, wird die Produzenten durch die Konkurrenz allmählich auf den Weltstand bringen, was Qualität, Energie- und Materialaufwand, die Selbstkosten ihrer Erzeugnisse angeht. Die Praxis soll nun der Vergangenheit angehören, daß der Warenaustausch zwischen den RGW-Ländern an den Handel zwischen Steinzeitstämmen nach dem Motto „Tausche drei Äxte gegen fünf Hammel“ erinnerte, die dabei entstehenden Ungleichgewichte als unvermeidliche Kosten der „Gemeinsamkeit der Ideologien und Ziele“ verbucht wurden und die von einem Produzenten erarbeiteten Transferrubel oder nationalen Währungen von diesem nicht nach eigenem Gutdünken in einem beliebigen Land, wo es das gesuchte Produkt gab, ausgegeben werden konnten.

Kurz gesagt, es geht um eine Rückkehr zu den in Jahrhunderten erarbeiteten zivilisierten Normen der Weltwirtschaft. Die Notwendigkeit einer solchen Rückkehr wurde von der 45. RGW-Tagung unterstützt, obwohl es natürlich auch Unter-



schiede in den Positionen gab. CSSR-Regierungschef Marian Calfa z. B. erklärte, sein Land werde erst Ende des kommenden Fünfjahrplans, nicht aber schon 1991, an einen solchen stufenweisen Übergang gehen können. Und zwar, weil die Tschechoslowakei große Lieferungen von sowjetischem Erdöl und Erdgas brauche, wofür man nach Weltmarktpreisen in Devisen zahlen müsse, während die Devisenpreise für die Erzeugnisse der tschechoslowakischen Industrie heute niedriger seien als die Weltmarktpreise, da diese Produkte einstweilen nicht den internationalen Qualitätsanforderungen entsprechen. Kuba würde es überhaupt vorziehen, alles beim alten zu belassen. Es gibt gewisse Zweifel und Meinungsunterschiede auch in den Haltungen anderer Mitgliedsländer. Doch insgesamt dominierte die Auffassung, daß die Stunde der Reformen gekommen ist. Der RGW braucht eine grundlegende Umgestaltung, um aus einer geschlossenen Struktur mit spezifischen inneren Regeln zu einer offenen Organisation zu werden, in der sich die Beziehungen auf die weltweit anerkannten Prinzipien der Kooperation, der Konkurrenz und auf den gegenseitigen Vorteil gründen.

Eine Sonderkommission wurde eingesetzt, die ein Dokument für eine solche Umgestaltung zu erarbeiten hat. Man erwartet, daß dieses Papier sehr durchdacht und ausgewogen sein und die Interessen aller Mitgliedsländer innerhalb wie außerhalb Europas berücksichtigen wird. Nichtsdestoweniger sollte die Erarbeitung des Dokuments nicht hinausgeschoben werden. Eine solche Gefahr aber besteht, wie die frühere Praxis des RGW zeigt. Und zwar, weil man im RGW, wie CSSR-Ministerpräsident Marian Calfa sagte, immer noch Monate, ja Jahre brauche, während es heute auf Tage und Stunden ankomme.

Alexander Didussenko

Das Land, das Bolivar einst als Vorbild für die Völker der Region bezeichnete, ist heute das Armenhaus der westlichen Hemisphäre

Auf der Suche nach einem Zuhause

In diesem karibischen Staat stürzte die Diktatur am 7. Februar 1986. Sie gehört jedoch immer noch nicht der Vergangenheit an. Duvalier ist nach Frankreich geflohen, aber der Duvalismus lebt weiter, in konkreten Personen, Ideen, Stimmungen. In der Angst

Das rote, angerostete Tor war angelehnt. Als wir unentschlossen vor dem Eingang stehenblieben, kam ein Mädchen zum Tor heraus. Sie balancierte einen Wassereimer auf dem Kopf.

„Kann man da rein?“ fragte mein Begleiter. Das Mädchen antwortete nicht, ging über die staubige Straße und verschwand auf der anderen Straßenseite, wo hinter verkümmerten Bananenbäumen halbzerstörte Elendshütten standen.

Wir gingen hinein. Auf der mit welken Rosenblättern übersäten Allee kamen uns eine Frau und ein kleiner Junge entgegen. Beide hatten diesen wiegenden Gang an sich, den hier in Haiti schon die Kinder annehmen, denn alle tragen alles auf dem Kopf. Die Frau und der Junge trugen ebenfalls Wassereimer.

Wir schritten die wohlriechende Allee entlang. Die Luft war erfüllt von dem Duft der Blumen, die man in der Hitze des Tages nicht bemerkt, jetzt aber, vor Sonnenuntergang, nahmen wir sie, wie auch die blühenden Büsche, wieder wahr. Uns kamen weitere Frauen und Kinder im wiegenden Schritt und mit Wassereimern auf dem Kopf entgegen. Die Sonne ging unter.

In der Ferne galoppierte ein Reiter über eine Wiese. Das hohe Gras verdeckte die Beine des Pferdes, so daß der Reiter vorbeizuschweben schien. Als er an der roten Halbkugel der sinkenden Sonne vorbeiritt, war er für einen Augenblick tiefschwarz.

Über diese Allee näherten wir uns der Residenz des gestürzten Diktators.

Vor uns hörten wir lebhaft Stimmen und Wasserplätschern. In einem seichten, zur Hälfte mit Wasser gefüllten Bassin badeten Frauen. Kinder hielten Plastikeimer unter einen Wasserstrahl, der sich aus einem durchlöchernten Wasserrohr ergoß. In der Nähe saßen Männer unter einem Baum und rauch-

ten. Ohne sich durch die Anwesenheit von Fremden beirren zu lassen, streifte eine junge Negerin ihr Kleid ab und begann sich gründlich einzuseifen.

Vom Baum her trat eine Gestalt auf uns zu. „Sie wollen sich wohl das Haus ansehen? Ich führe Sie.“

Der Alte, der uns seine Hilfe anbot, war der Wächter von Duvaliers Residenz. Genauer gesagt war er der ehemalige Wächter der ehemaligen Residenz des ehemaligen Diktators. Max, der uns seinen Nachnamen nicht nennen und sich partout nicht fotografieren lassen wollte, bewacht die verödete Villa übrigens immer noch, obwohl ihn niemand mehr dafür bezahlt. Er tut das aus jahrelanger Gewohnheit und weil er ansonsten keine Aufgabe mehr hat.

„Hier, sehen Sie, mehr ist nicht übriggeblieben.“ Mißbilligend schüttelt Max den Kopf. Wir sehen von Feuer beschädigte Mauern, ein Bassin, auf dessen Grund eine grüne, übelriechende Pfütze steht, die zerfallene Ballustrade, auf der einst Orchester Foxtrott intonierten, den von einem niedergetretenen Zaun umgebenen Tennisplatz. Durch die steinernen Bodenfliesen bricht Unkraut hervor.

„Deshoukay?“ fragt mein Begleiter.

„Deshoukay“, erwidert Max betrübt.

Während wir zurückgehen, teilt Max uns mit, daß in letzter Zeit viele Ausländer kommen, um so wie der „Monsieur“, wobei er zu mir herübernickt, Fotos zu machen. Außerdem kommen die Leute aus der Nachbarschaft, um Wasser zu holen, sich und ihre Wäsche zu waschen. Das verbiete ihnen jetzt keiner mehr.

Die Unterhaltung verläuft in der Kreolensprache. Ich bitte meinen Begleiter, Max zu fragen, was er von dem ehemaligen Hausherrn hält.

„Er sagt, Duvalier sei ein guter Mensch gewesen. Nur die Leute in seiner Umgebung seien schlechte Menschen gewesen, und das war auch der Grund für das ganze Elend.“

Diktaturen unter tropischem Himmel und in kühleren Regionen haben offensichtlich manches gemein.

Kolumbus und „Deshoukay“

Das Wort ist neu, genauer gesagt wird es in einer neuen Bedeutung verwandt. Deshoukay ist die Kraft, die ein Bauer aufwendet, wenn er einen Baum mit der Wurzel ausreißt. In letzter Zeit ist Deshoukay das meistgebrauchte Wort in der hiesigen Politik, sobald man auf die Notwendigkeit zu sprechen kommt, die Wurzeln der Diktatur auszureißen.

In der Praxis kann Deshoukay ganz verschieden aussehen.

An dem Tag, als ich in Port-au-Prince landete, zog die Menschenmenge ein Mitglied der Tontons-Macoutes aus dem Flugzeug, brachte ihn auf der Stelle um und verbrannte die Leiche. Tontons-Macoutes war die Bezeichnung für Duvaliers Geheimpolizei, die überall Angst und Schrecken verbreitet hat.

Über Zwischenfälle wie diesen wundert sich heutzutage in Haiti keiner mehr, obwohl sie die Phantasie ausländischer Korrespondenten stark beschäftigen.



Port-au-Prince. Denkmal des Sklavenaufstands Ende des 18. Jahrhunderts

Die internationale Presse berichtet über barbarische Exzesse in diesem mittelgroßen Karibik-Staat.

„Wie jeder normale Mensch kann ich Lynch-Justiz nicht billigen“, sagte mir ein einheimischer Kollege. „Aber ich verstehe diejenigen, die sich auf diese Weise an den Macoutes rächen. In den schlimmsten Tagen der Diktatur, als bestialische Morde verübt wurden und die totale Angst herrschte, haben diejenigen, die gegen die Diktatur kämpften, gewarnt: Niemand solle die Rache des Volkes an den Henkern Barbarei nennen.“

Mein Gesprächspartner, ein äußerst ruhiger Mann mit ausgewogenen Urteilen, hat unter Duvalier die Kerker von Fort Dimanche kennengelernt. Bei der Erwähnung dieses Gefängnisses läuft es jedem in Haiti kalt über den Rücken.

Wer die „Komödianten“ von Graham Greene gelesen hat, wird sich an den Kolumbusplatz in Port-au-Prince erinnern. Die Helden des Romans haben sich immer am Kolumbus-Denkmal verabredet. Auch ich wollte mir diesen Platz ansehen.

„Fahren wir!“ sagte mein Begleiter, ohne sich lange zu besinnen. Allerdings lächelte er dabei etwas merkwürdig.

Wir ließen die Brüstung der Uferstraße, auf der Straßenmaler äußerst interessante Bilder anbieten, hinter uns und fuhren zum Kai. Hinter einem niedrigen Zaun stand ein Sockel und auf diesem war mit frischer Farbe der Name Peralte geschrieben, des Nationalhelden von Haiti, der 1919 während der amerikanischen Okkupation sein Leben ließ.

„Und wo ist Kolumbus?“

„Fahren wir weiter“, sagte mein Bekannter mit demselben seltsamen Lächeln.

Wenige Minuten später stand ich vor dem Rathaus und verfolgte, ohne ein Wort zu verstehen, den erregten Wortwechsel zwischen meinem Begleiter und dem Wachposten. Zwischendurch sahen sie zu mir herüber, und dann konnte ich Worte wie „Monsieur“ und „Foto“ verstehen. Schließlich gab man mir mit einer geheimnisvollen Handbewegung zu erkennen, daß ich dem Posten folgen solle. Die Eisentore sprangen auf, und aus der Dunkelheit rollten Schubkarren, wie Bauarbeiter sie benutzen, ins Freie. Als ich durch das Tor trat, sah ich, daß der aufmerksame Wachposten mir auf diese Weise Gelegenheit geben wollte, Kolumbus zu fotografieren. Die Statue des großen Seefahrers stand in einer Garage mitten im Bauschutt neben einem verstaubten Lastwagen. Ich machte dem eilfertigen Unbekannten mit Zeichen verständlich, daß er seine nützliche Tätigkeit einstellen solle. Ich wollte den Kolumbus so fotografieren, wie er sich mir jetzt darbott, in der Garage des Rathauses, die Hand, in der er früher das Kreuz gehalten hatte, abgeschlagen. Der kniende Kolumbus bot einen erbärmlichen Anblick.

„Nach Duvaliers Flucht haben die Menschen auch an Kolumbus Deshoukay praktiziert“, erklärte der mich begleitende Ives

Medarde, ein in Haiti bekannter Theaterautor. „Im Volk hält man Kolumbus für den ersten Imperialisten, mit dem die Zeitrechnung unserer Not einsetzt. Kolumbus kam mit dem Kreuz, seine Soldaten kamen mit dem Schwert. Heute gibt es in Haiti keine Ureinwohner mehr. Wir sind Nachkommen afrikanischer Negersklaven. Also hat die Menge das Denkmal ins Meer gestoßen. Der neue Bürgermeister hat angeordnet, die Statue aus dem Wasser zu holen. Vorerst verwahrt er sie hier in der Garage.“

In Haiti und in der Dominikanischen Republik, zwei Nachbarstaaten auf ein und derselben Insel, streiten sich die Historiker schon seit Jahren darüber, auf welches dieser beiden Länder der Entdecker Amerikas seinen Fuß zuerst gesetzt hat. Noch komplizierter sind die Polemiken, die von lateinamerikanischen Wissenschaftlern zwischen Mexiko und Chile und von Lateinamerika-Wissenschaftlern zwischen Madrid und Tokio geführt werden. Die Untersuchungen sollen ein für allemal zeigen, was die Entdeckung des Kolumbus eigentlich war, eine Begegnung zweier Welten oder Völkermord. Dieweil haben die Einwohner von Port-au-Prince, ohne etwas von diesen Wortgefechten zu ahnen, Kolumbus vom Sockel gestoßen und ihm die Hand abgeschlagen, mit der er einst die heidnischen Ureinwohner getauft hat.

Hier hat nur einer unter vielen Deshoukay stattgefunden. Der Kolumbus-Platz heißt jetzt Peralte-Platz.

Um zu begreifen, warum das Wort Deshoukay heute in Port-au-Prince in aller Munde ist, muß man nicht unbedingt an die Verbrechen der Diktatur erinnern. Im Prinzip funktionieren alle Diktaturen gleich, auch wenn sich die Henker und Folterer technisch weiterentwickeln. Verschieden ist nur das Ausmaß des Irrationalen, in welches eine Diktatur das eine oder andere Land stürzt.

Haiti, das Simon Bolivar, der Befreier Lateinamerikas, einst als Vorbild für die Völker der westlichen Hemisphäre bezeichnete; Haiti, wo revoltierende Sklaven zum ersten Mal in Amerika eine antikoloniale Revolution vollendeten und wo 1804 die Republik ausgerufen wurde; Haiti, ein Land, in dem der eiserne Wille der ehemaligen Sklaven, ihre Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen, dazu geführt hat, daß 1000 Festungen gebaut wurden (was die Zahl der Festungen pro Kopf der Bevölkerung angeht, hat Haiti bestimmt den ersten Platz in der Welt): Dieses Haiti ist heute eines der ärmsten Länder der Welt. Und das ist eine direkte Folge der Diktatur.

Wenn man die entsetzliche Armut der Menschen von Haiti veranschaulichen will, benutzt man dazu gewöhnlich Zahlen wie diese: 800 000 Bauernfamilien, das sind etwa 4 Mio Menschen, leben mit einem jährlichen Einkommen von 150 Dollar. 80 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. 15 von 100 Neugeborenen sterben im ersten Lebensjahr.

Unter Duvalier war der Handel mit Blut-

plasma ein besonders einträgliches Geschäft. Die Hungernden spendeten einen Liter Blut für 3 Dollar. Derselbe Liter wurde in den USA für 25 Dollar verkauft.

Im Flughafen von Port-au-Prince stehen vorsintflutliche zweimotorige Douglas-Maschinen der Air Haiti. Als ich mir diese museumsreifen Ausstellungsstücke ansah, konnte ich mich nicht von dem Gedanken freimachen, daß in ihnen die Leichen von Obdachlosen nach Miami geflogen worden sind: Auch das ein von Duvalier entdecktes lukratives Geschäft. Haiti hat Leichen exportiert. Zu einem solchen Ausmaß an Zynismus hat es wohl noch keine Diktatur gebracht. Duvalier entwickelte die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit des Terrors zu einer irrsinnigen Perfektion. Die Diktatur produzierte Leichen, und die Diktatur exportierte sie. Ausländische Medizinstudenten seziierten Leichen von Menschen, die verhungert oder zu Tode gefoltert worden waren.

Das Schlimmste ist wohl, daß der Duvalismus das Leben zu einer sinnlosen Existenz hat werden lassen und die Vorstellungen vom Tod transformiert hat. Auf dem Weg von Port-au-Prince in die im Süden gelegene Stadt Jacmel gerieten wir in einen Stau. Vor uns zog sich fast über einen Kilometer eine Trauerprozession hin und strömte als schwarzer Fluß auf einen Dorfriedhof. Dazu spielte eine Band die heitere Melodie eines bekannten amerikanischen Schlagers.

Die Geisterstadt

Nirgendwo spürt man die irrationalen Folgen der Diktatorenherrschaft so stark wie in der Hauptstadt. Hätten Gegner des Urbanismus noch einen Beweis für die Idiotie des Stadtlebens gebraucht, dann würden sie hier in Port-au-Prince alle Beweise vereint finden.

In dieser Stadt kann jedes noch so bedeutungslose Ereignis zu unerwarteten und in der Regel tragischen Folgen führen.

Es regnet. Regen ist in den Tropen eine der verlässlichsten Erscheinungen überhaupt. Es regnet immer in denselben Monaten und zur selben Tageszeit. In Port-au-Prince aber ist jeder Regenguß etwas Außergewöhnliches, wie etwa in der Sahara.

Die Stadt liegt am Ausläufer des Kenscoff-Berges. Hier ist die soziale Geographie ganz einfach. Je niedriger sich eine Wohnung befindet, desto ärmer ist sie. In der Unterstadt liegen nichtendenwollende Elendsviertel. Auf dem Kenscoff-Berg liegt die reiche Satellitenstadt Petionville. Noch weiter oben sprechen die Teleskopantennen auf den Ziegeldächern der Villen vom millionenschweren Besitzstand ihrer Eigentümer.

Überall in Lateinamerika liegen extreme Armut und extremer Reichtum nah beieinander. Nirgendwo aber ist die Armut so provozierend wie in Port-au-Prince. Man kann ihr nicht aus dem Weg gehen. In

Panama braucht ein Bewohner des vornehmen Viertels Paitilla, wenn er will, für Monate keinen einzigen Armen zu sehen. In Port-au-Prince ist das praktisch unmöglich. Wann immer sie von ihrem Berg herabsteigen, sehen die Millionäre von Haiti ihre armen Landsleute. Und umgekehrt.

Jetzt also zum Regen. Als der Kenscoff-Berg noch nicht besiedelt war, versickerte das Regenwasser im Boden und die Stadt wurde nicht mehr als jede andere Stadt in den Tropen in Mitleidenschaft gezogen. Dann bebaute man den Berg mit Villen und verlegte Straßen. Jetzt versickert das Regenwasser nicht mehr im Boden, sondern ergießt sich über die Straßen in die Stadt.

Wir fuhren des Nachts, als es regnete, nach Petionville. Uns strömten Wassermassen entgegen, die hier und dort Strudel bildeten und größere Steine in die Dunkelheit mit sich rissen. Am Hang hinter einer Wende soff der Motor ab, und wir blieben in den tobenden Elementen allein.

Dabei handelte es sich um

den gewöhnlichen, nicht besonders starken Regen der bereits ausklingenden Regenzeit.

Für den nächsten Morgen hatte ich eine Verabredung in der Unterstadt. Meine Freunde versprochen, schon um 7 Uhr morgens vorzufahren. Warum so früh, wenn wir uns erst um 9 Uhr verabredet hatten? „Später kommen wir einfach nirgends mehr durch. Dann sind die Straßen verstopft.“

Kurz nach 7 fuhren wir vom Hotel ab, und ich begriff schlagartig, warum meine Freunde so früh wie möglich fahren wollten. Die ganze schmale Fahrbahn, wo gerade zwei Wagen aneinander vorbei paßten, war in beiden Richtungen mit Fahrzeugen verstopft, so daß man eine Schildkröte um ihre Geschwindigkeit hätte beneiden können.

Diese Unmenge von Automobilen in einer Stadt, die so arm ist wie Port-au-Prince, ist erstaunlich. Nur sind die meisten Fahrzeuge ein Mittelding zwischen Bus und Taxi, in denen je nach Tageszeit 10 und mehr Fahrgäste, ihre Zahl ist nach oben offen, Platz finden. Diese Minibusse heißen hier „Tap tap“ und sind aufgrund ihrer grellen Bemalung eine besondere Sehenswürdigkeit für Besucher der Hauptstadt. Sie sind außerdem das einzige städtische Transportmittel, was wieder nichts mit ihrer Bemalung zu tun hat.

In der Stadt der Widersprüchlichkeiten muß auch die Bezeichnung „Tap tap“ eine solche sein. In der Kreolsprache heißt „tap tap“ schnell, und zwar meint man damit Höchstgeschwindigkeit. Zu den Stoßzeiten gehen viele Bewohner der Stadt lieber zu Fuß, nicht nur, weil sie nicht über 1 Gourde verfügen, ein unglaublich speckiges Stück



Haitische Madonna

Papier, das etwa 20 US-Cents entspricht, sondern weil sie so schneller sind.

Überhaupt ist die motorisierte Fortbewegung in Haiti ein abenteuerliches Unterfangen, dessen Ausgang stets ungewiß ist. Wenn man die städtische Enge hinter sich hat und endlich auf die Schnellstraße darf, hat man den Eindruck, als fahre man eine Einbahnstraße in Gegenrichtung entlang. Dieses Chaos läßt sich kaum beschreiben. Jeder überholt jeden mit einer Geschwindigkeit, bei der man das Letzte aus dem Motor herausholt. Der eine oder andere mag diesen Fahrstil auf das Temperament der Bewohner von Haiti zurückführen. Mir scheint eine andere Erklärung naheliegender. Während der Diktatur, als jede Freiheitsregung unterdrückt wurde, war ein entfesselter Fahrstil fast die einzige Möglichkeit, sich frei zu äußern. Die Polizei war nicht dazu da, diese Raserei zu verhindern, und dient bis auf den heutigen Tag immer noch nicht dazu.

Was sich in Worten nicht mehr wiedergeben läßt, ist die unwahrscheinliche Enge, in der die Einwohner von Port-au-Prince leben. In entwickelten Ländern hält man eine Korrelation zwischen der Bevölkerung der größten Stadt und der Bevölkerung der zweitgrößten Stadt von 2 : 1 für normal. In Entwicklungsländern schwankt sie um das Verhältnis 5 : 1. Die Bevölkerungsdichte in Port-au-Prince übersteigt die der zweitgrößten Stadt Cap-Haitien 11mal. Der Grund dafür ist derselbe wie in den anderen Ländern der Region. Arme Bauern wandern in die Hauptstadt oder suchen sich Arbeit im Ausland. Das ist zum Beispiel auch in Mexiko der Fall. Deshalb ist Mexico City die größte Stadt des

Planeten, und deshalb schwimmen auch jeden Tag „nasse Rücken“, mexikanische Landarbeiter, die sich in den USA verdingen, von Süden nach Norden durch den Rio Grande.

Auch aus Haiti schwimmt man in die Vereinigten Staaten, und zwar in überfüllten, wenig seetüchtigen Kähnen. Diese sinken hin und wieder. Dann werden die Passagiere von Haien gefressen. Häufiger aber fangen Schnellboote der amerikanischen Küstenwache die Flüchtlinge ab und geleiten sie zurück an den Strand von Haiti. Unter Duvalier hätte das für die Flüchtlinge den Tod in den Gefängnissen der Diktatur bedeutet. Inzwischen werden Boat-People in Haiti nicht mehr erschossen. Sie erwartet der Hungertod, weil sie das wenige Geld, das sie besaßen, in die Überfahrt investiert und damit oft genug die Mafia bezahlt haben, die den Menschenhandel betreibt. In der Woche, die ich in Haiti war, wurden zwei Fluchtkähne unter Geleitschutz nach Port-au-Prince zurückgebracht.

Die Bewohner von Haiti gehen auch in die benachbarte Dominikanische Republik, die etwas „reicher“ als Haiti ist. Dort erwartet sie Sklavenarbeit auf den Zuckerrohrplantagen und eine armselige Bezahlung, von der sie sogar noch einige Dollar abzweigen, um ihre Angehörigen zu Hause zu unterhalten. Aus diesen schweißgetränkten Dollars bestehen die Millionen, von denen ein bedeutender Teil der 6-Millionen-Bevölkerung von Haiti lebt.

Außerdem gehen die Bauern von Haiti noch in die Hauptstadt.

Man braucht nur einmal einen Mahuli zu sehen, um zu wissen, wie so etwas aussieht. Mahuli sind Viehtreiber. Während der 2 Fahrtstunden von Jacmel in die Hauptstadt trafen wir überall ausgezehnte, von der Sonne verbrannte Menschen an, die ebenso ausgemergelte Kühe in die Hauptstadt treiben. In Port-au-Prince sagt man: „Das Fleisch bei uns ist so hart, weil es von weit her kommt.“ Sobald die Mahulis das Vieh in die Schlachthöfe im Süden der Stadt getrieben haben, machen sie sich auf den Rückweg.

Manchmal sieht man Frauen und Kinder mit den Mahulis ziehen. Sie werden schon nicht mehr an ihren Ausgangspunkt zurückkehren, sondern ihr Glück in Port-au-Prince versuchen.

Die Stadt ist ständig in Bewegung. Auf den ersten Blick kann man sich diese Bewegung nicht ganz erklären. Die Bewohner des einen Slumviertels ziehen in ein anderes um. Die Menschen wechseln ihren Arbeitsplatz, um nicht zu viel für die Beförderung auszugeben. In der Zeit, die sie brauchen, um eine neue Arbeit zu finden, hat man sie schon vor die Tür gesetzt. Dann suchen sie sich am anderen Ende der Stadt ein Zuhause, und alles fängt von vorne an. Es heißt, daß eine Familie nicht länger als 2 Jahre in einem Bidonville wohnt. Üblich ist auch, daß jemand, der Arbeit gefunden hat, nicht länger als 3 Jahre an diesem Arbeitsplatz verbleibt.

Michail Baklanow

APN-Korrespondent für die NZ
PORT-AU-PRINCE – PANAMA
Fotos des Autors und
aus „National Geographic“ (USA)

Jewgeni Ambarzumow:

Der Westen will uns nichts Böses

Demokratie jetzt: Diskussionen und Axiome

Als die internationale Konferenz zu Fragen der weltweiten Entwicklung (Rimini), an der auch der sowjetische Politologe Jewgeni Ambarzumow teilnahm, zu Ende war, bat ich ihn um ein Interview. Mit meiner ersten Frage wollte ich natürlich in Erfahrung bringen, wie seine westlichen Kollegen die Entwicklung in der UdSSR sehen.

„Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Westen unsere Perestroika ernst nimmt und sich von ihr Garantien für eine Beruhigung in den internationalen

Angelegenheiten verspricht. Ich kann nur vor einer deformierten Vorstellung über den Westen und seine Einstellung gegenüber den Vorgängen in der UdSSR warnen. Bei uns gibt es Leute, die glauben, der Westen sitze da und warte, daß die Sowjetunion möglichst schnell auf den Hund kommt und in einen Bürgerkrieg hineingezogen wird. Das ist ein gründlicher und gefährlicher Irrtum. Im Westen ist man daran interessiert, unvorhersehbare Situationen auszuschließen, und will in der Sowjetunion deshalb wirklich eine gedeihende und friedliche Großmacht sehen.“

Die Rede des italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti ist in der westlichen Presse ausführlich kommentiert worden...

„Giulio Andreotti hat einen prinzipiell wichtigen Gedanken geäußert, daß es nämlich jetzt darauf ankomme, die Beziehungen zwischen Ost und West nicht mehr nur auf der Grundlage von Zweckmäßigkeit, sondern auch von Solidarität zu gestalten. Der Begriff der Solidarität verträgt sich wunderbar mit dem des neuen Denkens in der Politik. Inzwischen findet eine Art Aufklärung statt, bei der geprüft wird, inwieweit sich das Solidaritäts-Konzept in den Ost-West-Beziehungen verwirklichen läßt.“

In der Sowjetunion spricht man inzwischen aber schon von einem dritten Weg für die politische und ökonomische Entwicklung.

„Die russische Geschichte weist in der Tat einige Besonderheiten auf. Von daher wird auch die Überzeugung abgeleitet, daß der russische Weg auch heute etwas Exklusives haben müsse. Der Demokratie wird zum Beispiel der Begriff der Versammlungs-Demokratie der vorrevolutionären Stände entgegeng gehalten. Dabei geht es, soweit ich sehe, darum, Volksinteressen miteinander abzustimmen und zum Ausdruck zu bringen, wie das in der Vergangenheit angeblich der Fall war. Man sollte

jedoch nicht vergessen: Als die Stände zusammentraten, haben sie nicht wirklich die Meinung des Volkes zum Ausdruck gebracht. Heute sollte man sich die Unterschiede zwischen Demokratie und den alten Ständerversammlungen noch einmal vergegenwärtigen. In ihrer modernen Auffassung ist Demokratie ein Ergebnis der Neuzeit und jüngsten Vergangenheit. Stände-Demokratie läßt sich dagegen nur auf die ferne Vergangenheit, als die russischen Lande herausgebildet wurden, und darüber hinaus wahrscheinlich noch auf äußerst kriegerische Zeiten anwenden. Außerdem wird Demokratie in jedem Land verschieden aufgefaßt. In Japan hat man ein anderes Demokratieverständnis als in Frankreich oder in Italien. Trotzdem würde kein Japaner daran zweifeln, daß seine Gesellschaft eine demokratische Gesellschaft ist.

Wir haben die westliche Demokratie mehr als genug gescholten. Wissen wir deshalb besser, was sie eigentlich darstellt? Im heutigen Europa, unter anderem auch in Italien, ist Demokratie Ergebnis eines jahrhundertelangen Kampfes von Kräften, die sich auf verschiedene Volksschichten stützen. Dabei wurde fast immer der Wunsch offenbar, das Volk so umfassend und so authentisch wie möglich zu vertreten.

Ich meine überhaupt, daß Demokratie nicht unbedingt sozial oder klassenmäßig eingefärbt werden muß. Sie ist vielmehr ein Ergebnis der menschlichen Kultur, angefangen bei der griechischen Antike.

Wir können von der westlichen Demokratie noch manches lernen. Wäre beispielsweise in Italien die Demokratie wirklich nur eine Fiktion, dann hätte man den Kommunisten nicht erlaubt, in vielen Provinzen und Städten die Regierung zu stellen und im Parlament der Republik stark vertreten zu sein. Wenn wir schon von einer Priorität der allgemeinen menschlichen Werte sprechen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß Demokratie einer dieser Werte ist.

In der UdSSR gibt es Kulturschaffende, respektierte Schriftsteller und Wissenschaftler, die der westlichen Demokratie mißtrauisch gegenüberstehen. Sie meinen, daß der Westen beabsichtige, die Sowjetunion mit ihrer Hilfe zu überrumpeln. Vergessen wir aber nicht, daß in der Stagna-

tionszeit der Kampf gegen die westliche Demokratie ein Mittel war, mit dem bestimmte führende Gruppierungen ihre Herrschaft sicherten und sich hinter ihrer ideologischen Panzerung der Kontrolle durch das Volk zu entziehen versuchten. Daß sowjetische Menschen heute so vorbehaltlos ihre Meinung sagen und sich in verschiedenen Organisationen, Vereinigungen und Gruppierungen zusammenfinden, ist ein Indiz dafür, daß Demokratie einen universellen Wert darstellt. Sie ist das Flußbett, in dem moderne politische Geschichte sich heute vollzieht. Es wäre allerdings ein Fehler zu meinen, Demokratie sei ein Allheilmittel. Dadurch, daß wir Demokratie einführen, und diesen Weg haben wir heute eingeschlagen, gibt es nicht automatisch mehr Fleisch oder andere Mangelwaren. Wird aber der Initiative jedes einzelnen freier Raum gegeben, kann Demokratie die Kräfte der Gesellschaft nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich freisetzen.

Demokratie hängt notwendigerweise mit Pluralismus zusammen. Im italienischen Parlament sind Katholiken, Kommunisten, Sozialisten, die Soziale Bewegung Italiens, sprich die Neofaschisten, Republikaner und Liberale, vertreten. In Italien gibt es drei nationale Gewerkschaftskonföderationen und autonome Gewerkschaften. Dieses ganze sozialpolitische Spektrum bringt unterschiedliche Weltanschauungen und ökonomische Interessen zum Ausdruck. Dennoch ist die italienische Gesellschaft hinreichend geeint, um in internationalen Angelegenheiten ein Wort mitzureden. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit sagen Italiener im Ausland stolz, daß sie Italiener sind. Ihr Pluralismus hindert sie nicht, italienische Patrioten zu sein. Sowjetbürger dagegen ziehen es oft vor, im Ausland keine Notiz voneinander zu nehmen.“

Vielleicht könnten wir im Westen auch lernen, was Pluralismus ist?

„Ich beschäftige mich seit Anfang der 60er Jahre mit Italien und war schon mehrfach hier. Ich kann mich noch gut erinnern, wie angespannt in den Jahren des kalten Krieges die Beziehungen zwischen Italienern, die verschiedenen politischen Parteien angehörten, waren. Nicht selten sahen sie im andern den Feind, dem man lieber aus dem Weg geht. Als Italien wirtschaftlich erstarkte und man davon sprechen konnte, daß dieses Land aufblüht, wurde die Spannung durch normale Koexistenz abgelöst, mehr noch, es ent-

stand ein sozialer Konsens, eine stillschweigende Übereinkunft darüber, daß einige grundlegende Prinzipien von allen übernommen werden mußten. Inzwischen haben zum Beispiel die Kommunisten Freunde unter den Christdemokraten, Sozialisten und sogar unter den Rechten. Ich kenne Fälle, da die politische Unvereinbarkeit ein kommunistisches Parlamentsmitglied nicht hindert, mit einem Abgeordneten der neofaschistischen Partei befreundet zu sein. In der Sowjetunion geht der interne politische Kampf leider ins Extreme und wird zum Selbstzweck. Dabei treten für diejenigen, der mit der Entlarvung seines Opponenten beschäftigt ist, die Interessen einer stabilen gesellschaftlichen Entwicklung nicht selten in den Hintergrund. Obwohl es sich um ein und dieselbe Partei handelt, ist eine Seite scheinbar bereit, die andere zu vernichten. Es ist gefährlich, so zu leben. Meine Gesprächspartner in Italien machten mich darauf aufmerksam, wie unkonstruktiv die Aktionen der sogenannten radikalen Opposition seien. Sie haben mir zum Beispiel gesagt: Die Kritik, die eure radikalen Politiker an der sowjetischen Regierung üben, wird zum Selbstzweck. Ich gebe diese Meinung wieder, weil ich glaube, daß es nicht schaden kann, sich einmal mit anderen Augen zu sehen.“

Ist alles, was man im Westen über die sowjetische Gesellschaft und über die Perestroika denkt, für uns brauchbar?

„Aus verständlichen Gründen können sich die Menschen im Westen die Schwierigkeiten im Alltag der sowjetischen Menschen nur schwer vorstellen. Deshalb kann man auch verstehen, daß der eine oder andere im Westen die Perestroika euphorisch überbewertet und ihre Schwierigkeiten und Widersprüche unterschätzt. Trotzdem ist es für uns äußerst nützlich, die westliche Sichtweise zu verstehen und zu berücksichtigen. Anfangs habe ich mich darüber gewundert, wie negativ progressive

italienische Kreise dem Phänomen von Jelzins Populismus gegenüberstehen. Hier meint man, daß die sowjetischen Intellektuellen unverantwortlich gehandelt hätten, als sie Jelzin unterstützten, weil eine populistische Politik das Land ins Chaos zu stürzen droht. Viele westliche Beobachter sind davon überzeugt, daß Jelzin in seinen politischen Aktionen unberechenbar ist. Das haben mir keine Konservativen, keine Dogmatiker gesagt. Weil ihnen sehr am Schicksal der Perestroika liegt, halten sie auch die Forderungen der baltischen Republiken, sei es nach Abtrennung oder einer eigenen Währung, für überzogen. Ich habe versucht, mit ihnen zu polemisieren. Ich habe keinen Zweifel daran gelassen, daß ein Staat wie unserer eine starke Regierung braucht, daß auch der führende Mann der Perestroika wichtige Vollmachten für ihre Verwirklichung braucht, meine aber dennoch, daß dieser erste Mann durch die mächtige demokratische Aktivität der sowjetischen Menschen gestützt werden muß. Ich habe seinerzeit für Jelzin gestimmt, weil ich in ihm eine gegen den Apparat gerichtete Kraft gesehen habe. Ich glaube, daß viele etwa dasselbe von ihm gehalten haben.“

Bei der Bewertung der Radikalen in der Sowjetunion sind Sie also mit Ihren westlichen Opponenten aneinandergeraten?

„Ich spreche hier ganz bewußt die Unruhe des Westens an, weil ich selbst über Konfliktsituationen beunruhigt bin, die man eindeutig hätte vermeiden können. Beobachter und Kritiker im Westen haben den Erfolg der Perestroika zu ihrem Kriterium gemacht. Alles, was gegen die Perestroika arbeitet, läßt sie aufhorchen. Ich kann einen solchen Ansatz verstehen. Eine Niederlage der Perestroika hätte nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für den Westen dramatische Folgen. Es ist bemerkenswert, daß selbst Politologen wie Zbigniew Brzezinski gegen jede Form von

Extremismus auftreten. In Krakow habe ich gesehen, wie er bei einer Diskussion mit Studenten diejenigen zurechtwies, die einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen oder einen polnischen Austritt aus dem Warschauer Pakt forderten. Ich habe den Eindruck, daß die Abneigung gegen jeden Extremismus der modernen westlichen Entwicklungskonzeption zugrunde liegt. Eine solche Konzeption schließt das Prinzip ‚Je schlechter für die, desto besser für uns‘ aus. Im Westen wollen höchstens extrem rechte Kräfte unser Land im Chaos versinken oder auf dem Müllhaufen der Geschichte sehen.“

Es gibt die Meinung, der Westen helfe der Sowjetunion nur, um uns dem Kapitalismus näher zu bringen.

„In der UdSSR streitet man sich schon manches Jahr mit der Frage herum, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben. Inzwischen wissen wir schon nicht mehr, ob wir uns auf den Sozialismus oder auf den Kapitalismus zubewegen. Im Westen macht man sich über den Namen der Gesellschaft die geringsten Sorgen. Wir gehen dagegen vom Primat der Ideologie aus und versuchen, unsere Einstellung zur Politik und zur Ökonomie aus ihr abzuleiten. Die Praxis hat erwiesen, daß so etwas nicht produktiv ist. In Pisa haben Studenten mir den Tip gegeben: Hauptsache, die sowjetische Gesellschaft wird im Verlauf der Perestroika keine Bourgeois-Gesellschaft. Da habe ich sie gefragt, ob die Hauptsache nicht eher darin besteht, daß die sowjetischen Menschen endlich besser leben. Und wie sie sich eine antibourgeoise Gesellschaft vorstellen, welche Eigenschaften sie hätte. Als Antwort hörte ich: Neben einem hohen Lebensstandard sollte sie die Demokratie hochhalten und die Freiheit der Kritik garantieren. Genau das wollen wir ja! entgegnete ich ihnen. Die jungen Leute waren leicht verwirrt.“

Jede gesellschaftliche Entwicklung bringt gewisse Anstrengungen mit sich. Es ist unmöglich, die Entscheidung vorher zu konstruieren. Das haben wir lange genug versucht. Wir wollten alles besonders gut machen, das Gegenteil ist dabei herausgekommen. Als Lenin sah, wohin der Kriegskommunismus das Land brachte, sagte er, daß der Wagen nicht dahin fährt, wohin die am Steuer meinen, daß er fährt.

Oft kann man in der sowjetischen Presse lesen: Bewahre uns Gott vor einem neuen Kapitalismus und der Entwicklung des Privateigentums. Bei unseren Erfahrungen, die wir mit der Unterdrückung jedes Keims von privater Initiative gesammelt haben, sind wir immerhin in eine Sackgasse geraten. Wäre es nicht besser, sich in diesem Fall über vielfältige Eigentumsformen Gedanken zu machen? Ausländischer Hilfe stehen wir genau so argwöhnisch gegenüber. Es ist durchaus möglich, daß die sowjetische Wirtschaft keine direkten Finanzspritzen braucht. Um so mehr, als die bereits gewährten Kredite noch nicht völlig in Anspruch genommen sind. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, daß wir



Zeichnung: Alexander Umjarow

westliche Erfahrungen brauchen. Viele begabte Wissenschaftler, Ingenieure und Erfinder, die gegen das staatliche System mit seiner Gleichgültigkeit und seinen Fallstricken für außergewöhnliche Persönlichkeiten angerannt sind, wurden moralisch gebrochen oder physisch vernichtet. Inzwischen werden die Hindernisse für eine freie Entfaltung von Initiative beseitigt, aber die verpaßten Chancen lassen sich nicht mehr aufholen. Im Westen müssen wir lernen, was Management und Marketing ist, und uns fortschrittliche Technologie aneignen. Wie viel können da gemeinsame Betriebe bringen, die schon Lenin für die beste Form für eine Transmission und Übernahme von Erfahrungen gehalten hat!“

Was halten Sie persönlich für unvollkommen in der sowjetischen Gesellschaft, besonders wenn Sie sie von hier, von der westlichen Seite Europas, betrachten?

„Die unermesslich niedrigere Lebensqualität im Vergleich zu dem, was die Menschen in so gut wie jedem Land des Westens gesichert vorfinden, und die unterentwickelte Selbstachtung und Selbstäußerung. Es tut mir weh, und ich ärgere mich darüber, weil so ein Volk wie unseres die in unserer Gesellschaft angehäuften Krankheiten ziemlich schnell überwinden und zivilisierte leben könnte. Man muß nicht unbedingt alles kopieren. Japan hat zwar amerikanische Erfahrungen übernommen, trotzdem die Besonderheiten seiner geschichtlichen und kulturellen Entwicklung beibehalten, und dabei den Westen noch in gewisser Hinsicht überholt, und das innerhalb von drei Jahrzehnten. Die vorrangige Aufgabe für unsere Gesellschaft sehe ich darin, die Versorgungslage zu regeln und das Problem von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zu lösen.

Noch etwas ist mir aus Gesprächen mit Menschen im Westen klar geworden: Unsere panische Angst vor Feinden hat uns in die politische Schizophrenie getrieben. Es wäre nicht richtig zu glauben, daß jetzt alle plötzlich unsere Freunde geworden sind. Trotzdem sind es Leute, denen etwas an uns liegt, mit denen wir zusam-

menarbeiten können und müssen. Heutzutage ist der Streit ein Bestandteil des normalen Lebens.“

Diese neue Sichtweise kann uns wahrscheinlich allen helfen, zuversichtlicher auf Ereignisse zu schauen, die sich in einigen sozialistischen Ländern schnell entfaltet haben.

„Ich sehe schon, wie sich viele an den Kopf fassen: Der Sozialismus ist am Ende, das Einparteiensystem bricht auseinander usw. Fragen wir uns doch einmal, ob damit die Welt untergegangen ist. Wohl kaum. Die Entwicklung wird freier und natürlicher. In den osteuropäischen Staaten wirft man endlich das stalinistische Sozialismusmodell, das wir ihnen aufgezwungen haben, über Bord. Heute sagen wir uns doch selbst davon los und versuchen, ein alternatives Modell zu entwickeln.

Mit der Perestroika wird auch die Einstellung zur Sowjetunion besser. Der Antisowjetismus, der sich besonders seit 1968, als die Truppen in die Tschechoslowakei einmarschiert sind, in den Ländern des Sozialismus angehäuft hat, verliert an Einfluß. Ich glaube, man muß nicht gleich Alarm schlagen, weil man sich in Polen oder Ungarn von einigen Beiworten verabschiedet hat. Das Wesen liegt nicht in den Beiworten. Vor einiger Zeit sagte ein Spitzenpolitiker, daß Polen inzwischen auf dem Weg vom Sozialismus zum Kapitalismus ist. Ich nehme mir die Freiheit, ihm nicht zuzustimmen. Die osteuropäischen Länder haben nämlich nicht nur negative Erfahrungen mit sozialistischen Werten gemacht. Wenn man die Lehre des Katholizismus nimmt, die in Polen starken Einfluß hat, dann finden sich auch in ihr sozialistische Elemente. Marx hat einst vom christlichen Sozialismus gesprochen. Heute sind möglicherweise viele in Polen, vielleicht sogar Papst Karol Wojtyla, christliche Sozialisten. Auf jeden Fall erleidet die Idee des Sozialismus durch neue Vorstellungen über ihre praktische Realisierung keinen Schiffbruch. Ich bin davon überzeugt, daß sie mit der Zeit neue Kraft gewinnen wird.

Nicht nur wir müssen uns von veralteten Vorstellungen über Sozialismus

befreien. Vor einigen Jahren sagte man in führenden Kreisen der DDR und der Tschechoslowakei ungefähr folgendes: Wer braucht so eine Perestroika, wenn die Geschäfte leer sind? Trotzdem haben die Demonstranten in diesen Ländern, die sich mehr Freiheit erkämpft haben, nicht von ungefähr den Namen Gorbatschows gerufen. Das Leben hat wieder einmal gezeigt, daß der Mensch nicht von Brot allein lebt. Dieses Beispiel zeigt doch, daß die Perestroika und die mit ihr zusammenhängende Reform des Sozialismus unvermeidlich sind.“

In letzter Zeit spricht man sich immer nachhaltiger für ein gesamteuropäisches Haus aus. Wie stellen sich, Ihren Beobachtungen zufolge, die Westeuropäer dieses Haus vor?

„Sie wünschen es mit geeinten Kräften zu bauen und wollen sich dabei gegenseitig nur das Beste. Jedes Volk bekommt seine eigene Wohnung garantiert, die nicht durch undurchlässige Mauern oder Geheimschlösser voneinander abgegrenzt ist. Was unseren Platz im gemeinsamen Haus Europa angeht: Bei all ihren Besonderheiten ist die russische Kultur ein Teil der Weltkultur und besonders der europäischen Kultur. Diese Gemeinsamkeiten müssen wir uns selbst vor Augen halten, damit wir uns nicht in die Besonderheiten eines russischen Entwicklungsweges verrennen. Andererseits scheint mir die Sichtweise derjenigen sehr gefährlich, die in den baltischen Republiken, in Polen oder Ungarn die Abgesondertheit hervorstreichen. Als sei alles, was östlicher liegt, nicht mehr Europa. Im Westen warnt man vor solchen irigen Auffassungen. Und nicht nur deshalb, weil so etwas in der Praxis eine unvorhersehbare Situation und eine Gefahr für die ganze Welt darstellen würde. Ohne die Kultur der russischen und anderen Völker unseres Landes würde die europäische Kultur verarmen. Sie ist ein Mittler zwischen europäischen und orientalischen Traditionen. An dieser kulturellen Nahtstelle zeichnet sich schon heute eine zukünftige Brücke zwischen Ost und West ab.“

Pawel Negoiza

Korrespondent für „Trud“ und „Neue Zeit“
ROM

„Neue Zeit“

ein aktueller Überblick über das neue Denken,
Glasnost und Perestroika

Von Kürbissen, Beziehungen zwischen den Nationalitäten und dem Prinzip der Konföderation

Land ohne Rand

Zu Allerheiligen geht das Geschäft weiter. Zwar kommt man maskiert nicht in eine Bank, denn unter der Maske könnte sich ein richtiger Gangster verbergen. Ein Bankangestellter aber muß, ob als Gangster oder als Pirat verumumt, immer einwandfrei zählen.

Wieder einmal wird das Gespräch, das ich mit dem Politologen und Publizisten Ilya Gerol führe, von einem Läuten an der Tür unterbrochen. Ich gehe jedesmal mit an die Tür, weil ich neugierig bin. Im Türhaken zeigen sich immer wieder neue Grüppchen von Kindern verschiedenen Alters. Die einen maskiert, die anderen in „angsteinflößender“ Henkerskluft mit scharfem Beil, als Pirat oder grell geschminkter Punk. Sie alle jagen dem Hausherrn routiniert Angst ein, woraufhin der sich „loskauft“, indem er aus einem rechtzeitig vorbereiteten riesigen Sack eine Handvoll Bonbons hervorholt und großzügig verteilt. Jedes von diesen jungen Schreckgespenstern trägt eine Tüte für die Beute, manche sind schon halbvoll, denn dies ist nicht das erste Haus, dessen Bewohnern sie „Angst einjagen“. Heute ist Halloween, ein fröhliches Fest vor Allerheiligen.

Schon zwei Tage vorher treiben karnevalistisch aufgemotzte Gestalten auf den Straßen ihr Unwesen. Nicht nur auf den Straßen übrigens. Die Mitarbeiterinnen einer solch soliden und nüchternen Einrichtung wie der Bank, in der ich mich einmal aufhielt, machten einen, gelinde gesagt, merkwürdigen Eindruck. Die Kassiererin, die meinem Begleiter das Geld vorzählt, hat das Erscheinungsbild einer Dame aus einer Hafenkneipe angenommen. Offenherzige Gewandung, Tätowierungen, wie der Anker auf ihrer Schulter, ein gewaltiges Veilchen unter dem linken, eine Art Spinnennetz unter dem rechten Auge, schwarzer Lippenstift, dazu passend schwarzer Nagellack. Zur Krönung hat sie ein Hundehalsband angelegt. Der Kürbis hinter ihr ist ihre Kollegin: Ein mächtiger Buckel rundet die künstlich aufgeblähte Vorderfront ab. Kürbisse sind ein wichtiges Halloween-Utensil. Sie werden in unvorstellbaren Mengen gekauft. Man entfernt das weiche Innenleben, schneidet Augen, Nase und Mund in die Schale, stellt brennende Kerzen hinein und postiert das Ganze am Hauseingang oder auf dem Balkon. Immer noch keine Angst? Dieses Spiel wird überall zelebriert. Später läuft Ihnen im Geschäftsviertel der City eine Dame in Abendtoilette über den Weg, die sich von einem wilde Sprünge vollführenden King Kong begleiten läßt. Oder noch besser: Durch die Menschenmenge schwebt ein dunkel gedeckter Tisch. Aus zwei darauf befestigten Tellern schauen die fröhlichen Köpfe zweier junger Leute heraus, die diesen Tisch tänzelnd tragen. Ich habe keinen einzigen Trunkenbold und auch nicht eine Spur von Aggressivität, wie sie leider für uns bezeichnend wären, gefunden. Wie würde Vergleichbares wohl zu Hause ablaufen?

Ein schwacher Trost: Das Fernsehen bringt Meldungen über nicht ganz so unbeschwerte Halloween-Feierlichkeiten südlich von Kanada. Im New Yorker Stadtteil Bronx gingen mehrere Häuser in Flammen auf. Verschiedentlich kam es zu Schießereien, bei denen eine minderjährige schwangere Frau schwer verletzt wurde. Soweit ich das in Erfahrung bringen konnte, lassen sich solche Leidenschaften in Kanada nicht beobachten.

Wieder klingelt es an der Tür. Die übliche Handvoll Bonbons für die weißen, schokoladenfarbenen und ganz schwarzen Kinder. Das zur Illustration unseres Gesprächs.

„Ein wichtiges Element der kanadischen Nationalitätenpolitik“, sagt Ilya Gerol, „ist der kulturelle Pluralismus, das Zusammenleben der Volksgruppen und Kulturen, das wir hier auch als kanadisches Mosaik bezeichnen. Jede Minderheit gilt bei uns als Volksgruppen, die nicht nur alle Rechte, sondern auch Vorrechte für den Bezug von staatlicher Unterstützung genießt, um sich als nationale Minderheit besser entwickeln zu können, mit eigenen Schulen, die vom Staat subventioniert werden, mit eigenen Kulturwerten und, was sehr interessant ist, mit ihrer eigenen einzigartigen Verbindung zur Urheimat, die ebenfalls vom Staat gefördert wird. Unsere Gesellschaft meint, je stärker beispielsweise die Verbindung der Libanesen zum Libanon und der Italiener zu Italien sind, desto fester sind auch die Verbindungen Kanadas zu diesen Minderheiten.“

„Verzeihung, wo ist denn da die Logik?“

„Kanada ist ein Land, das dich nicht nur als einen seiner Bürger liebt, sondern an dir liebt, daß du andere Wurzeln hast. Das hilft Kanada, dem Land, aus dem du stammst, näher zu sein. Sie sind die kanadische Brücke zu diesem Land. Wenn zum Beispiel der italienische Premierminister anreist, hält er nach den offiziellen Gesprächen eine Ansprache vor der italienischen Gemeinde, wo man ihn mit der italienischen Flagge begrüßt. Vertreter der Bundesregierung sind bei der italienischen oder jeder anderen Festveranstaltung dabei. Bei uns ist eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich. Wir wissen, daß man niemanden mit Gewalt zum Kanadier macht. Nur Liebe kann einen zum Kanadier machen.“

„Worin äußert sich das denn noch?“

„Nehmen wir zum Beispiel nur die feierliche Verleihung der kanadischen Staatsbürgerschaft. Man bekommt sie nach drei Jahren, wenn man eine ständige Aufenthaltserlaubnis hat. Während der Zeremonie leistet man einen Treueid auf Königin Elisabeth II. und Kanada. Dabei ist ein besonderer Staatsbürgerschafts-Richter anwesend, der unserer Tradition zufolge jeweils eine nationale Minderheit repräsentiert. Er wendet sich ungefähr mit folgenden Worten an den neuen Bürger Kanadas: Wir wissen, daß Sie das Land lieben, aus dem Sie hergekommen sind. Wir lieben Sie dafür, daß Sie Ihre Länder lieben, und wir möchten gerne, daß sich in Ihrem Herzen auch ein bißchen Platz für Kanada findet. Eigentlich geht es dabei um das Recht der Auswahl, und das festigt eine Gesellschaft immer.“

Hier noch ein anderes Beispiel. Wir haben hier diese fürchterliche ‚Nascha Gaseta‘, eine Zeitung der russischen Minderheit. Sie wird von niemandem gelesen, aber das Prinzip, daß man für die Herausgabe einer Minderheitenzeitung Beihilfen erhalten kann, wird eingehalten. Das ist ein Zeichen für die Stärke des Staates, ein Ausdruck derselben Politik der ‚Gemeinschaft der Gemeinden‘.“

„Was für eine Zeitung ist denn das?“

„Ein extremistisches, extrem rechtes und obendrein stümperhaft gemachtes Blatt. Die Regierung hilft allen Volksgruppen, ihre eigenen Zeitungen herauszubringen, auch den gespaltenen, wie zum Beispiel der portugiesischen Volksgruppe, die zur Hälfte aus Sympathisanten

Anfang siehe Nr. 2

der jetzigen Regierung und aus Salazar-Anhängern besteht.“

„Soviel ich weiß, gibt es ein eigenes Ministerium bei Ihnen, das die Beziehungen zwischen den Volksgruppen regelt.“

„Ja, es gibt ein Ministerium für Fragen der Nationalkulturen. Es achtet darauf, daß es nicht zu extremistischen Zusammenstößen kommt. Allerdings kann der Staat keine Schlichtungsstelle sein. Irgend jemand muß den Staat auf bestehende Fragen aufmerksam machen und gemeinsam mit ihm nach einem Kompromiß suchen. Hier ein Beispiel. Die große und geachtete armenische Gemeinde setzt durch, daß die türkische Regierung den Völkermord von 1915, als 2 000 000 Armenier ermordet worden waren, offiziell als Tatsache anerkennt. Dann gab es die Forderung, den Völkermord im Unterrichtsprogramm zu thematisieren. Die türkische Gemeinde erhob Einwände. Die kanadische Regierung hat zuerst geschwankt, neigt aber jetzt dazu, daß die Forderung, Nachforschungen anzustellen, zumindest legitim ist. Als dann die armenische Gemeinde in Toronto den Jahrestag des Völkermords beging, waren Regierungsvertreter dabei anwesend. Ich habe dort übrigens eine Rede gehalten.“

„Gehen wir noch etwas zurück. Soweit ich verstehe, ist man hier der Überzeugung, daß es nicht angeht, Menschen selbst mit demokratischen Mitteln zu einer Art Einheit zusammenzuschweißen, und daß man alles fördern muß, was für die Volksgruppen typisch ist. Beeinträchtigt eine solche regierungsamtliche besondere Schutzpolitik in Hinsicht auf Minderheiten denn nicht die Rechte der größeren Volksgruppen?“

„Das ist eine wichtige Frage. In den USA zum Beispiel ist ein System von Privilegien für schwarze Amerikaner eingerichtet worden. Jetzt kommt ein Weißer und erklärt: Machen Sie einen Schwarzen aus mir, sonst komme ich nicht an die Universität... Eine umgekehrte Diskriminierung? Darauf gibt es nur eine Antwort: Zwei Jahrhunderte historische Ungerechtigkeit müssen kompensiert werden, damit ein Ausgleich stattfindet. In Kanada haben die größeren Volksgruppen sich bewußt auf einige Einschränkungen

ihrer Rechte eingelassen, damit die Gerechtigkeit wiederhergestellt und infolgedessen die Rechtsebenen ausgeglichen werden.“

„Das heißt also, daß Menschen, die heute leben, zugunsten derer, die nach ihnen kommen, auf einen Teil ihrer Rechte verzichten?“

„Stimmt genau. Und das ist richtig so. Eine große Volksgruppe, die in jedem Staat als Nation dominiert, muß auf viele Vorrechte und häufiger sogar Rechte verzichten, um damit ausgleichend auf die Lage der Minderheiten einzuwirken und hier ein gemeinsames Haus auch für sie aufzubauen.“

„Also was jetzt, auf Privilegien oder auf Rechte?“

„In erster Linie natürlich auf Privilegien, die überhaupt inhuman sind, und zweitens auf Rechte.“

„Das sieht schon anders aus...“

„Das ist unverzichtbar, um der Minderheiten willen und um zu einem gemeinsamen Haus für alle zu kommen. Schließlich ist das auch im Interesse der größeren Volksgruppe, die den Grundstein zu diesem Haus gelegt hat. Das Problem ist in Kanada längst gelöst, und zwar ziemlich erfolgreich, aber inzwischen wird es wieder aufgerollt, nachdem wir einen gewaltigen Einwandererzustrom zu verzeichnen haben. Unsere Gesellschaft hat sich dazu bekannt, daß Kanada nicht länger ein weißes Land, ein christliches Land, sondern ein Land für alle Minderheiten und Religionen ist. Wir haben eine Sonderkommission für Menschenrechte bei der Regierung ins Leben gerufen, die darauf achtet, daß keine Menschenrechte verletzt werden.“

„Wir haben bisher mehr von der moralischen Seite des Problems gesprochen. Es gibt aber auch noch einen wirtschaftlichen Aspekt. Die Provinzen sind unterschiedlich entwickelt. Was unternehmen Sie, um wirtschaftlich bedingte Spannungen zu vermeiden?“

„Dasselbe wie in anderen Bereichen auch. Quebec zum Beispiel erhält mehr Kapitalinvestitionen als jede andere Provinz. Nach Quebec werden die größten Firmen aus anderen Provinzen verlagert, hier werden Betriebe von ausländischen Gesellschaften aufgemacht. Damit soll

die Provinz mehr integriert werden, damit soll ein Sonderstatus für Quebec zum Nachteil des übrigen Landes geschaffen werden. Damit wird zwar heftiger Protest wachgerufen, aber der philosophische Kern ist hier außerordentlich wichtig. Sie können nichts mit Gewalt erreichen, sondern Sie kommen nur weiter, wenn Sie besondere Fürsorge an den Tag legen, indem Sie einen Sonderstatus einrichten.“

„Gibt es hier keine Parallelen zu der Situation in der UdSSR?“

„Die Situation erinnert tatsächlich an das, was man heute bei Ihnen vorfindet. Wenn Sie in den Republiken nicht den moralischen, politischen und wirtschaftlichen Status von ‚privilegierten Gesellschaften‘ einrichten, kann Ihr Land auseinanderfallen. Inzwischen hört man: Was soll denn dann mit den Russen passieren? Denen geht's doch noch schlechter. Jetzt wird schon dazu aufgerufen, Rußland solle aus der Sowjetunion austreten. Die Menschen machen sich Sorgen um Rußland, und ihr Kummer ist gerechtfertigt. Dabei ist Rußland der größte Bestandteil innerhalb der Union, und die russische Mehrheit ist die dominierende Mehrheit im Land. Auch wenn es sich brutal anhört, aber es wäre vernünftig, etwas zu opfern, um die übrigen zu erhalten. Vereinfachend gesagt, müßten Sie jetzt zeigen, daß Sie die andern mehr lieben als sich selbst. Allzu lange haben die Minderheiten gelitten. Man muß Sonderbedingungen für sie schaffen, Rahmenbedingungen für besondere Fürsorge, Vertrauen und Autonomie. Das ist, worauf in Kanada die Politik des kulturellen Pluralismus beruht.“

„Wir gehen die Frage nach dem staatlichen Aufbau von verschiedenen Seiten an. Kanada ist eine Konföderation. Mein Land ist eine Föderation. Die Idee eines freieren Verbunds der Republiken, die die UdSSR ausmachen, kommt vielen Leuten immer noch wie eine Gotteslästerung vor. Ich kann mir, ehrlich gesagt, auch nicht besonders gut vorstellen, wie unsere Union morgen aussehen soll. Was denken Sie als Fachmann für nationale Fragen?“

„Ich habe bemerkt, daß im Verlauf der Diskussion, die jetzt bei Ihnen geführt wird, sowohl in den Reden der Volksdeputierten und der Mitglieder des Obersten Sowjets, als auch in Veröffentlichungen, unter anderem auch in wissenschaftlichen Publikationen, die Idee einer Konföderation gewöhnlich schroff zurückgewiesen wird. Dabei hört man immer dieselbe merkwürdige Argumentation: Wir können nur eine Föderation oder ein unitarischer Staat sein, denn eine funktionierende Konföderation gibt es nirgends. Vielleicht wäre es ganz nützlich, sich einmal die kanadische Konföderation mit ihren eindeutig föderativen Zügen genauer anzusehen?“

„Laut Definition ist eine Konföderation doch ein Verband von souveränen Staaten, die sich zusammenschließen, um ihre Tätigkeit in Teilbereichen zu koordinieren.“

„Das ist die wissenschaftliche Definition. Solche Vereinigungen gibt es wirklich nicht in der Praxis. Höchstens die Beneluxländer oder die Europäische Gemeinschaft nach 1992. Ein solches Gebilde eignet sich nicht für die Sowjetunion, nicht für Kanada. In einem Land, das sich vom Atlantik bis zum Pazifik erstreckt, kann man sich keine lockere Konföderation mit schwacher Zentralregierung leisten. Unseren westlichen Provinzen könnten dann etwa die



Besondere Nachfrage nach Kürbissen vor Halloween. Mit zwei Dollar sind Sie dabei



Der Kurs heißt Konföderation

USA näher sein als Kanada, wenn es diese Macht nicht gibt. Wir hatten schon mehrere sowjetische Delegationen hier, die sich darüber Gedanken gemacht haben, ob die UdSSR mit unseren kanadischen Erfahrungen etwas anfangen könnte. Jemand hat die Idee aufgebracht, in Moskau ein Symposium zu diesem Thema durchzuführen, bei dem Vertreter Ihrer Republiken und unserer Provinzen, Abgesandte der sowjetischen und kanadischen Völker des Nordens, Wissenschaftler, Soziologen und Politologen diese Frage diskutieren und zumindest einen Modelltyp prägen könnten. Dabei könnte man die Modelle vergleichen.“

„Wie sehen denn unter den Bedingungen einer föderalisierten Konföderation die Vorrechte der kanadischen Provinzen aus?“

„In gewisser Hinsicht sind die Provinzen souverän. Sie befinden selbst über ihre industrielle Entwicklung, ihr Gesundheitswesen, ihr Bildungssystem, ihre Einwanderungs- und Arbeitsgesetzgebung.“

„Das heißt, in verschiedenen Regionen Ihres Landes gelten unterschiedliche Arbeitsgesetze?“

„Wir haben maßgebliche Bundesgesetze. Zum Beispiel haben wir den Mindeststundenlohn auf vier Dollar fünfzig Cents festgelegt. Die eine Provinz kann diese Untergrenze auf sechs Dollar fünfzig Cents anheben, die andere auf, sagen wir, vier Dollar fünfundsechzig, aber in keiner darf eine Entlohnung unter dem Bundesmindestsatz zugelassen werden. Die Bundesgesetze werden übrigens vom Unterhaus, in dem alle Provinzen vertreten sind, und vom Senat verabschiedet, dessen Mitglieder auf Vorschlag der Provinzen ernannt werden.“

„Woraus werden die Provinzhaushalte gespeist?“

„Aus den internen Kapazitäten und aus Bundesgeldern. Wer soll beispielsweise die nördlichen Territorien entwickeln? Welche Gesellschaft übernimmt es, an der Eismeerküste etwas Ernsthaftes aufzubauen? So etwas kann nur der Staat machen. Für so etwas haben wir bei uns ein System von Staatskonzernen, die ihre Mittel aus dem Bundeshaushalt beziehen.“

„Können Ihre Provinzen außenwirtschaftliche Beziehungen herstellen?“

„Kommerzielle oder wirtschaftliche Abkommen mit einem anderen Staat werden üblicherweise auf Regierungsebene geschlossen. Sobald aber irgendeine Gesellschaft im Rahmen dieses Vertrages aktiv wird, mischen sich die Bundesbehörden nicht mehr ein. Es bleibt ihnen überlassen, ob sie sich unterstützend einschalten. Allerdings können auch die Provinzen selbst wirtschaftliche Vereinbarungen mit anderen Staaten treffen und ihre eigenen Delegationen entsenden. Die Provinzen haben eigene Ministerien für außenwirtschaftliche Beziehungen. British Columbia hat zum Beispiel mit der chinesischen Regierung einen solchen Vertrag abgeschlossen. Umfassende politische Verträge sind dagegen ein Vorrecht der Regierung.“

„Die Provinzen haben also zwei Möglichkeiten, internationale Wirtschaftsbeziehungen herzustellen: mittelbar über Regierungsorgane oder selbständig?“

„Ja. Wie gesagt, dabei geht es nur um wirtschaftliche, nicht um politische Vereinbarungen. Obwohl die Provinzen im wirtschaftlichen Bereich souverän sind, gehen sie, wenn sie Auslandsverbindungen herstellen, natürlich von der Interessenlage des ganzen Landes aus. Ich meine damit das Prinzip ‚Starke Provinzen machen ein starkes Zentrum‘.“

„Folgt das eine aus dem andern?“

„Das würde ich nun nicht gerade sagen, immerhin ist es ein Prinzip, das nicht so leicht in die Praxis umzusetzen ist. Hier herrscht der Konflikt als Dauerzustand.“

„In der UdSSR halten sich die meisten an eine von folgenden zwei Konzeptionen: ‚Starke Republiken machen ein starkes Zentrum‘, beziehungsweise ‚Ein starkes Zentrum macht starke Republiken‘.“

„In Kanada ist nur die erste Variante möglich. Hier hat man keine Angst vor starken Provinzen. Wir meinen, je stärker sie sind, desto besser steht Kanada insgesamt da. Was die permanenten Konflikte angeht, die daraus entstehen, so werden die im Rahmen der bestehenden Gesetze beigelegt.“

„Wir haben schon einen solchen Streitpunkt angesprochen, nämlich daß einige Provinzen die Meech-See-Vereinbarung nicht unterschreiben wollen...“

„... und sie dazu zwingen können wir auch nicht.“

„Und wenn sie das Dokument nun nicht unterzeichnen?“

„Dann ist die Meech-See-Vereinbarung gestorben und wir müssen neue Verhandlungen aufnehmen. Hier noch ein etwas anders gelagerter Konflikt. Seinerzeit hat die Provinz Saskatchewan, die damals die erste sozialdemokratische Regierung des Landes hatte, die unentgeltliche medizinische Versorgung eingeführt. Das stieß auf seiten der Bundesregierung auf heftigen Widerstand. Sie wollte das mit allen Mitteln unterbinden und legte ihr Veto ein. Doch die Provinz blieb bei ihrer Entscheidung, und mit der Zeit praktizierten andere Provinzen etwas Ähnliches. Danach führte die konservative Regierung das kostenlose Gesundheitswesen in ganz Kanada ein.“

„Soviel ich weiß sind die Differenzen in Zusammenhang mit der Meech-See-Vereinbarung nicht der einzige Konflikt zwischen den Provinzen.“

„Richtig. Da ist noch das Erdöl in Alberta. Auf welcher Grundlage sollen andere Provinzen es beziehen? Sie sind gezwungen, es zu kaufen. Ein anderer Streitpunkt ist der Strom, den Quebec produziert und dann plötzlich an die Vereinigten Staaten verkauft hat. Oder nehmen Sie die Auseinandersetzungen zwischen Ontario und Quebec, weil den Einwohnern von Ontario die Benutzung des kostenlosen Gesundheitswesens in Quebec versagt worden war. Es gibt noch viele andere Konfliktsituationen. Sie werden aber alle auf dem Weg von Verhandlungen zwischen den Provinzregierungen gelöst.“

„Ohne Hilferuf nach oben?“

„Die Bundesbehörden haben keine rechtliche Grundlage, auf der sie für die Provinzen Entscheidungen fällen könnten. Die Rechte sind klar voneinander abgegrenzt. Letzten Endes gibt es noch das Bundesparlament oder die königlichen Kommissionen, die die Probleme prüfen und Empfehlungen vorlegen. Diese werden von den Provinzen gewöhnlich ernst genommen.“

„Sie kennen sich im staatlichen Aufbau der UdSSR aus und verfolgen von Berufs wegen die Lage in unseren Unionsrepubliken. Könnte Ihrer Meinung nach ein solches System der Beziehungen zwischen Zentrum und Provinzen und zwischen den Provinzen selbst auf unsere Verhältnisse übertragen werden?“

„Natürlich haben die kanadischen Provinzen ihre eigenen Interessen, trotzdem lassen sie sich nicht mit Ihren Republiken vergleichen, wo es immerhin noch die nationale Frage gibt. Man sollte die kanadische Praxis nicht mechanisch übertragen. Was jedoch meiner Meinung nach nützlich sein könnte, wäre, jede Republik zu einer Art Quebec zu machen, zu einer ‚distinct society‘, einer Gesellschaft mit Sonderstatus.“

Wladimir Shitomirski

OTTAWA--MOSKAU

Fotos: der Autor

Vertrauensmangel bei zu viel Initiative

Im Nahen Osten gab es im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von Friedensinitiativen: palästinensische Vorschläge, Shamir-Plan, Mubaraks 10-Punkte-Programm, Schewardnadse's Vorschlag, Baker-Plan usw. Der dadurch bedingte Prozeß ist nicht nur eine abermalige Aktivierung der Diplomatie. Es wird zielstrebig nach Methoden gesucht, den Konflikt beizulegen, wobei sich alle interessierten Seiten darüber einig sind, daß die sich in die Länge ziehende „Weder Krieg noch Regulierung“-Situation heute bereits die Gefahr einer Explosion von unvorhersagbaren Ausmaßen in sich birgt, was nur durch die Aufnahme eines Dialogs abzuwenden ist. Der Konsens zu diesen Schlüsselfragen bedeutet noch nicht, daß die größten Hindernisse beseitigt wären. Fragen grundsätzlichen Charakters – Zusammensetzung der Teilnehmer am Dialog, seine Stadien und Endziele – sind noch nicht gelöst.



Wladimir
Nossenko

Israel weigert sich nach wie vor, mit der PLO zu verhandeln, und lastet ihr „Hinterlist“ an, obwohl PLO-Vorsitzender Arafat bereit ist, alle Mißverständnisse und Probleme mit Tel Aviv zu besprechen. Offensichtlich ist ferner, daß es eine Zeitbombe für das künftige Friedenssystem wäre, die PLO und zugleich mit ihr Hunderttausende palästinensische Flüchtlinge

auszuklammern. Außerdem kann der Dialog nur dann konstruktiv sein, wenn seine Teilnehmer einander vertrauen.

Israel sollte garantieren, daß die von ihm vorgeschlagene Etappe der „Autonomie“ für die Palästinenser nicht zu einer endgültigen Regulierungsform ausartet, die durch das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes einen dicken Strich macht. Die palästinensische Seite muß ihrerseits garantieren, daß die Schaffung eines eigenen Staates keine Vorbereitung auf eine „Befreiung von ganz Palästina“ bedeuten würde. Beide Seiten verkündeten wiederholt, sie hätten schon alle möglichen Erklärungen über ihre Absichten abgegeben, es habe also keinen Sinn, wieder damit zu kommen. Diesem Standpunkt ist schwer beizupflichten. In den langen Jahrzehnten des Konflikts hat sich zwischen beiden Völkern enorm viel Mißtrauen, Argwohn und Feindseligkeit angestaut. Es ist nicht so leicht, sich von dieser Last zu befreien. Deshalb wäre jede Erklärung, die darauf zielt, dem Opponenten mehr Vertrauen abzurufen, sehr angebracht.

Folgendes ist noch zu berücksichtigen. Die gegenseitige Verständigung ist mit Erklärungen allein nicht zu schaffen, erst recht nicht, wenn ein Kurs eingeschlagen wird, der zur Abschwächung der gegen die Regulierung wirkenden Faktoren keineswegs beiträgt. Israels Spitzenpolitiker mögen die Intifada noch so oft einem Ausbruch extremistischer Stimmungen gleichsetzen, fest steht jedoch, daß gewaltsame Methoden zu ihrer Abstel-

lung den Frieden nicht näherbringen. Viele in Israel machen sich inzwischen Gedanken darüber, welchen Einfluß die Teilnahme an solchen „Kampfoperationen“ auf die moralische Verfassung der in Uniform gesteckten jungen Menschen ausübt. Ferner machen die Gerichtsprozesse gegen Israelis, die „verbotene“ Kontakte mit der PLO aufnehmen, der israelischen Regierung keine Ehre.

Man kann nicht sagen, daß die andere Seite schon alles, was in ihren Kräften steht, getan hätte, um den friedlichen Prozeß voranzubringen. In einigen PLO-Kreisen hört man, die Organisation habe „das Limit an Kompromissen erschöpft“, nun sei es an der Zeit, erneut „Härte“ zu demonstrieren. Einige Anhänger dieser „Härte“ suchten sogar ihre Aufrufe durch entsprechende Schritte zu bestärken. Das kann jedoch ihre Absichten nicht verbergen, Arafats Kurs auf gegenseitig annehmbare Entscheidungen zu ändern. Inzwischen ist die Palästinensische Nationalcharta von 1968, die mit extremistischen Sätzen gespickt ist, noch nicht offiziell revidiert worden.

Infolge des mangelnden Vertrauens zwischen den unmittelbaren Konfliktparteien kommt es auf vereinbarte friedensdienliche Schritte der USA und der UdSSR ganz besonders an. Das Vertrauen zwischen diesen beiden Mächten kann u. a. dann voll gesichert werden, wenn jede von ihnen in ihrer Nahostpolitik Handlungen vermeidet, die den Eindruck erwecken könnten, sie wolle die Kontrolle über den friedlichen Prozeß monopolisieren.

Meines Erachtens spielt die UdSSR heute endlich eine konstruktive Rolle bei der Regelung. Freilich gibt es noch ungelöste Fragen, darunter eine so heikle wie die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Israel. Der offizielle Standpunkt ist bekannt und hat seine Logik. Es lohnt sich jedoch, die Frage auch unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Die Beziehungen wurden 1967 abgebrochen, um die Politik Israels im Konflikt zu beeinflussen. In den 22 Jahren seitdem hat das keine Ergebnisse gezeitigt. Vielleicht wird sich ein anderer Weg, der auch die Bewegung zu politischen Kontakten einschließt, den Friedensprozeß positiv beeinflussen? Was eventuelle negative Folgen betrifft, so ist folgendes in Betracht zu ziehen. Erstens hat die UdSSR Beziehungen zu zahlreichen Staaten, was jedoch noch nicht bedeutet, daß sie mit dem politischen Kurs eines jeden von ihnen einverstanden ist. Zweitens hatten verschiedene arabische politische Kräfte, die sich jahrzehntelang auf die UdSSR stützten, die Möglichkeit, sich von unserer aufrichtigen Freundschaft zu überzeugen. Wer von ihnen wirklich einen festen und gerechten Frieden anstrebt, würde einem solchen Schritt wahrscheinlich Verständnis entgegenbringen. ■

**Warum ist
die Situa-
tion
„Weder
Krieg noch
Frieden“
gefährlich?**

In Erwartung einer Lösung

Die Kongresse und Konferenzen der Verbände der Kommunisten in den Republiken und Regionen der SFRJ sind abgeschlossen. Die Positionen verschiedener Teile des BdKJ wurden dabei zum Ausdruck gebracht. Wenn diese Positionen endgültig sind, dann kann man sich nur schwer vorstellen, daß sie auf dem 14. Parteitag des BdKJ zu einem Dokument vereint werden können

Einstweilen kann man mit Gewißheit nur sagen, daß der bevorstehende Parteitag zum vorgesehenen Zeitpunkt, vom 20. bis 22. Januar, stattfinden wird. Der Vorschlag des BdK von Kroatien, ihn zu verschieben, fand keine Mehrheit. Die Meinung dominierte, daß eine Verschiebung eine negative Reaktion in der Gesellschaft auslösen und als Eingeständnis der Unfähigkeit des BdKJ, ein konkretes Programm für Veränderungen vorzuschlagen, aufgefaßt werden würde.

Nichtsdestoweniger bleiben Zweifel daran, daß es dem BdKJ gelingen wird, die bestehenden Gegensätze zu überwinden. Und diese Zweifel sind nicht unbegründet, wenn man die Plattformen vergleicht, mit denen die Kommunisten der jugoslawischen Republiken dem 14. (außerordentlichen) Parteitag entgegengehen.

Der Bund der Kommunisten Sloweniens spürt jetzt vielleicht mehr als die anderen Organisationen des BdKJ eine Opposition im Nacken. Das Tempo zu verringern oder sich auch nur weiter mit der früheren Geschwindigkeit fortzubewegen, würde für ihn bedeuten, in der Republik nur noch die zweite Geige zu spielen. Die Opposition in Slowenien, die in letzter Zeit ihre Reihen bedeutend gefestigt hat, ist entschieden gestimmt. Ihr Ziel ist ein Sieg bei den im Frühjahr bevorstehenden Wahlen und die Entfernung des Bundes der Kommunisten von der Macht.

Die slowenischen Kommunisten sehen sich vor ein Dilemma gestellt: sich mit der unvermeidlichen Niederlage abzufinden oder der Gesellschaft attraktivere Ideen als die Opposition vorzuschlagen. Der BdK Sloweniens hat seine Wahl getroffen, indem er ein radikales Programm und eine neue Perspektive für die weitere Entwicklung der Republik präsentierte.

Zum Emblem ihres Parteitages wählten die slowenischen Kommunisten eine hellblaue Flagge mit einem goldgelben Stern – die Farben des vereinigten Europa. Entsprechend hieß das programmatische Dokument des Parteitages „Für ein europäisches Lebensniveau“. Und statt der „Internationale“ ertönte vor Beginn des Parteitages Schillers Ode „An die

Freude“ aus Beethovens 9. Sinfonie. In diesen äußeren Anzeichen kamen auch bedeutendere Veränderungen in der Haltung der slowenischen Kommunisten zum Ausdruck.

Der BdK Sloweniens verzichtete auf die führende Rolle in der Gesellschaft, sprach sich für eine Beschränkung seines Einflusses entsprechend der Wählerstimmen, die er bei den Wahlen erhält, aus. Die slowenischen Kommunisten unterstützten einhellig ein Mehrparteiensystem und erklärten ihre Bereitschaft, zu gleichen Bedingungen wie die Opposition in den Wahlkampf zu gehen.

Dabei wurde betont, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern breite Bevölkerungsschichten jetzt die gesellschaftliche Grundlage des BdK von Slowenien sind. Jetzt können auch Gläubige in die Partei aufgenommen werden. Die Partei trennte sich vom Prinzip des demokratischen Zentralismus und erklärte sich bereit zum Rückzug aus den Betrieben, wo sie die Parteikomitees auflöste.

Die slowenischen Kommunisten plädierten ferner für eine größere Eigenständigkeit der Parteiorganisationen der Republik, nicht für eine einheitliche, geschlossene Partei, sondern im Grunde für eine Vereinigung von Bündnissen.

Es gab Vorschläge, auch die Bezeichnung „Bund der Kommunisten“ zu verändern, doch die Mehrheit meinte, die Zeit dafür sei noch nicht gekommen. Also geht die Partei, wie mir der neue Vorsitzende der slowenischen Kommunisten Ciril Ribicic sagte, zwar mit dem früheren Namen, doch einem

völlig neuen Programm in die Wahlen.

Auf einer Plattform, die der slowenischen ähnlich ist, steht auch der Bund der Kommunisten von Kroatien, auf dessen jüngstem Parteitag sich eine sehr radikale Veränderung der Positionen vollzog. Der BdK von Kroatien sprach sich einmütig für eine Legalisierung der Opposition aus. Eine wichtige Rolle bei der Annahme dieses Beschlusses spielten die alternativen Organisationen, von denen es mehr als ein Dutzend in der Republik gibt. Während des Parteitages der kroatischen Kommunisten organisierte die Opposition eine Unterschriftensammlung für eine Petition mit der Forderung, alle Parteien zu legalisieren, die politischen Häftlinge freizulassen und vorfristige Wahlen durchzuführen. Der Bund der Kommunisten von Kroatien stimmte all diesen Forderungen zu.

Die Plattform des Bundes der Kommunisten von Serbien, der größten jugoslawischen Republik, unterscheidet sich merklich von der slowenischen und der kroatischen. In Serbien ist man damit nicht einverstanden, daß der BdKJ zu einer Koalition von Parteien wird, und tritt für eine feste Einheit der Partei ein. Was einen politischen Pluralismus angeht, so sprechen sich die Kommunisten Serbiens nicht direkt für ein Mehrparteiensystem aus und erklären, nur Organisationen, die für eine bundesstaatliche Ordnung des Landes, für Demokratie und Sozialismus eintreten, hätten eine Existenzberechtigung. Nicht akzeptabel ist für Serbien auch die Idee einer „asymmetrischen Föderation“, in der die Rechte der Republiken Vorrang vor den Befugnissen der Föderation hätten.

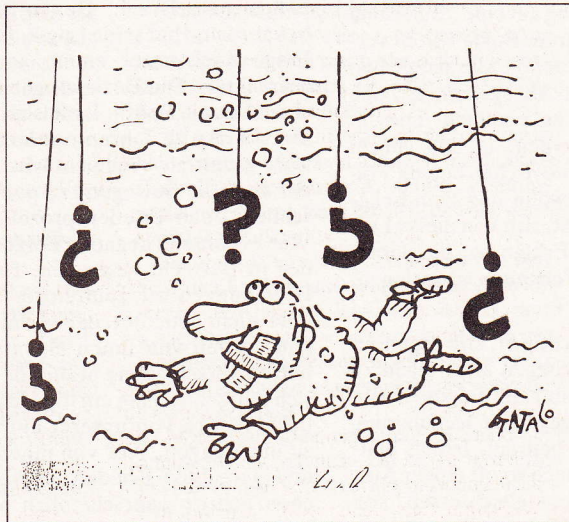
So sind vor dem 14. Parteitag im BdKJ zwei Konzeptionen, zwei Haltungen zu Reformen in der Partei und der Gesellschaft deutlich geworden. Die eine Haltung deckt sich mit der Sloweniens und Kroatiens, die zweite mit der Serbiens. Die Plattformen der Kommunisten der übrigen jugoslawischen Republiken nehmen weitgehend eine Zwischenstellung ein.

Zweifelloos wird es für den BdKJ nicht einfach sein, Berührungspunkte in Streitfragen zu finden und erst recht ein gemeinsames Programm zu erarbeiten. Einige hiesige Journalisten meinen, der 14. Parteitag könne zum letzten Parteitag des BdKJ werden: Kommt es zu einer Spaltung, wird es keine einheitliche Partei mehr geben. Wenn aber ein radikales Programm verabschiedet wird, dann wird die Partei anders und dem alten BdKJ nicht mehr ähnlich sein.

Schon bald werden wir die Antwort wissen. Meiner Meinung nach erfolgt in den letzten Wochen vor dem Parteitag eine gewisse Radikalisierung der Positionen des BdKJ insgesamt. In vielem läßt sich das durch die in der Partei der jugoslawischen Kommunisten herrschende Überzeugung erklären, der BdKJ müsse entschiedene Umgestaltungen selbst einleiten, ohne abzuwarten, bis dies die Menschen auf den Straßen verlangen werden.

Gennadi Syssojew,
NZ-Korrespondent

ZAGREB – LJUBLJANA – BELGRAD



Fragen... Fragen...

Aus: „Interview“ (Jugoslawien)

Öffnung zur Welt?

Im zweiten Jahr des 5. Jahrzehnts ihrer Existenz bleibt die Koreanische Demokratische Volksrepublik den Prinzipien treu, die ihrem wirtschaftlichen und politischen System bei ihrer Entstehung zugrunde gelegt worden sind. Die Linie des Aufbaus eines „staatlichen Sozialismus“ brachte eine Wirklichkeit hervor, welche die KDVR heute merklich von anderen sozialistischen Staaten unterscheidet. Was hat das dem Volk gebracht? Welche Probleme beschäftigen das Land heute?

Das von zwei Kriegen verwüstete Land mußte bei Null anfangen. Hier sollten nicht nur schon bestehende Bergwerke und Fabriken wiederhergestellt, sondern neue Wirtschaftsbranchen erschlossen werden, die den internen Bedarf vollständig abdecken konnten. Die damals von der Partei der Arbeit gestellte Aufgabe, sich nur auf die eigenen Kräfte zu stützen, ist auch heute nicht von der Tagesordnung verschwunden. Die extensive Entwicklung machte eine spürbare Steigerung des Produktionspotentials möglich: Heute kann die KDVR stolz auf eine starke Bergbauindustrie, Metallurgie, Elektroenergetik, Chemie und einen Maschinenbau mit universeller Bandbreite verweisen. Was die Pro-Kopf-Produktion von Stahl, Zement, Zerspanungsmaschinen und mehrere andere quantitative Kennziffern angeht, hat die KDVR viele europäische sozialistische Länder überholt. Die Besonderheit besteht allerdings darin, daß die gesamte technologische Kette von der Förderung des Rohstoffs bis zur Produktion von fertigen Erzeugnissen im engen nationalen Rahmen zu einer Verringerung der Endproduktion geführt, die Verbindung zum Weltmarkt geschwächt und letzten Endes zu einem niedrigen Konsumeffekt der Wirtschaft geführt hat. Dafür sprechen auch die statistischen Angaben: Bei einem im Verhältnis zu europäischen sozialistischen Ländern 2- bis 3mal niedrigeren Nationaleinkommen steht die KDVR ihnen in nichts nach, sondern übertrifft sie bisweilen noch, was den Anteil der Industrie am Nationaleinkommen betrifft, der bei 60% liegt, wobei in der Industrieproduktion selbst etwa zwei Drittel auf die Schwerindustrie entfallen.

Weil die Basis der Produktion von Konsumgütern schwach ist, muß man, um die soziale Gerechtigkeit zu wahren, auf eine gleichmacherische und normierende Verteilung von Waren des Massenbedarfs zurückgreifen. Bislang ist es noch nicht gelungen, dem Ernährungsproblem aus eigener Kraft endgültig beizukommen: Grundnahrungsmittel werden auf Lebensmittelkarten verteilt. Ursache dafür ist nicht etwa der mangelnde Fleiß der koreanischen Bauern, denn in Jahrhunderten hat der Bewässerungsanbau von Reis hier seine höchste Effektivität erreicht. Es mangelt eher an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Viehzucht hat hier überhaupt keine Tradition. Auf dem Tisch des Koreaners sieht man kein Fleisch, sondern überwiegend Meeresprodukte.

Ihr bescheidener und beinahe asketisch anmutender Lebensstil hindert die koreanischen Arbeiter keineswegs, Beispiele von Arbeitsheldentaten zu bieten. Zu Helden taten der Arbeit inspiriert die Menschen, daß, wie Kim Il Sung sagt, „ihre persönlichen Interessen und die Interessen der Gesellschaft völlig übereinstimmen“. In Berichten über wirtschaftliche Themen tauchen nicht von ungefähr Worte wie „Front“, „Kampf“ und „Stoßbrigade“ auf. Die Aufrechterhaltung von Arbeitsenthusiasmus in friedlichen Schlachten ist, wie man in der KDVR meint, eine unverzichtbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt. Damit die



Bei einem Arbeitseinsatz in der Ortschaft Chonsan nimmt der herzengute Genosse Kim Chen Il seine leitende Position ein

Foto und Bildtext aus der Zeitschrift „Korea“ (KDVR)

ser Enthusiasmus nicht zum Erliegen kommt, muß ständig die Erinnerung an den äußeren Feind, den Imperialismus, wachgehalten werden, der eine tödliche Bedrohung für das Volk darstellt. Unter Bedingungen der mit dieser Gefahr verbundenen Anspannung leuchtet es ein, daß die Arbeitsanstrengungen nicht so sehr materiell als vielmehr moralisch stimuliert werden müssen. Entsprechend muß bei der wirtschaftlichen Leitung ein starrer Zentralismus herrschen, der Erinnerungen an den sowjetischen administrativen Kommandostil aus der Zeit der Industrialisierung nahelegt.

Natürlich ist der heutige Entwicklungsstand der Produktion in der KDVR nicht mit dem der kolonialen Vergangenheit zu vergleichen. Allerdings setzt die technologische Revolution, die in der Welt vor sich geht, und das stürmische Wachstum eines neuen asiatischen Industrialismus die qualitative Vervollkommenung auf die Tagesordnung der Wirtschaftsentwicklung in

der KDVR. Darunter versteht man nicht nur die Beseitigung von Unausgewogenheiten, einer zurückgebliebenen, Rohstoffe, Brennstoffe und Energie produzierenden Industrie und des Transports, die insgesamt die Ursache für Engpässe in der Produktion darstellen, sondern auch eine radikale technische Umrüstung der Wirtschaft. Die „technische Revolution“ wird als „wichtigste Aufgabe des laufenden Siebenjahrplans“ bezeichnet. Hintereinander haben zwei ZK-Plenen der Partei der Arbeit ausschließlich unterschiedliche Aspekte der Verbindung von Wissenschaft und Produktion behandelt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen Elektronik, Automatisierung, Biotechnologie und die effektivere Nutzung von Energiequellen.

Vordringlich wurde auch die „Verbesserung des Lebens des Volkes“ auf die Tagesordnung gesetzt. Konkret sei erforderlich, „das Problem der Ernährung, Bekleidung und Wohnraumversorgung zu lösen“.

In der KDVR denkt man immer häufiger darüber nach, wie die Ökonomie Anschluß an die Außenwelt finden könnte. Man will den Export erweitern, nicht nur jedoch von traditionellen Rohstoffen, Schwarzmetallen, Mineralien, Baumaterialien und Feuerfeststoffen, sondern auch von fertigen Industrieerzeugnissen wie Textilien, Maschinen und Ausrüstungen. Internationale Marktpositionen zu erobern ist nicht leicht. Deswegen knüpft man hier gewisse Hoffnungen an Gemeinschaftsbetriebe. Ein 1984 verabschiedetes Gesetz bietet ausländischen Unternehmen die Möglichkeit, in die Wirtschaft der KDVR zu investieren. Wegen unzureichender Informationen über die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes und seiner Devisenverschuldung sowie eines gewissen Mißtrauens fanden sich jedoch nicht allzu viele ausländische Kapitalgeber. Sehr aktiv zeigten sich japanische Unternehmer koreanischer Abstammung. Mit ihnen aufgezogene Gemeinschaftsunternehmen spielen in der Wirtschaft der KDVR eine wichtige Rolle. Ihnen ist zu verdanken, daß innerhalb des zentralisierten, durch Direktiven geleiteten wirtschaftlichen Systems praktisch ein neuer, nach Marktp Prinzipien funktionierender Sektor entstanden ist. Zaghafte Schritte zu einer stärkeren Nutzung von Waren-Geld-Beziehungen lassen sich auch auf anderen Gebieten beobachten: Märkte und Kommissionsgeschäfte werden wieder aktiviert, und es ist ein Netz von Devisengeschäften eingerichtet worden, in denen Waren nicht verteilt, sondern verkauft werden. Tschollima, das legendäre geflügelte Roß und Symbol der KDVR, korrigiert also seinen Kurs. Es scheint, daß der Prozeß von Veränderungen im Bereich der Produktionsleitung, bei Austausch und Verteilung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen der Produktivkräfte des Landes in Gang kommt.

Georgi Toloraja
PJÖNGJANG-MOSKAU

Die Preise steigen, die Löhne sind jedoch „eingefroren“. Ist ein Aufschwung zu erwarten?

Zeit und Geld

Valentina Janischewskaja, Dr. oec.

Um die Inflation zu überwinden, sind nicht gute Wünsche wichtig, sondern die Kenntnis der realen Bedingungen, exakte Vorstellungen über den Funktionsmechanismus der Wirtschaft.

Die galoppierende Inflation in unserem Land wurde zur schlimmen Realität. Die Regierung und einige führende Wirtschaftswissenschaftler meinen, daß die Ursachen der Inflation vor allem im übermäßigen Wachstum der Geldeinkünfte und dem Mangel an Waren und Dienstleistungen liegen. Daher auch die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation: Steigerung der Produktion und des Imports von Waren, Erweiterung der Dienstleistungen einerseits und die Begrenzung des Lohnwachstums andererseits. Es bestehen große Zweifel an der Effektivität dieser Maßnahmen.

Die Warenknappheit und die überschüssige Kaufkraft, die abwechselnd als Ursache bzw. als Folge der Inflation angesehen werden, sind ein Teufelskreis, aus dem kein Weg herauszuführen scheint. In dieser Situation erinnern die Vorschläge zur Beseitigung des Defizits und der Begrenzung der Einkünfte der Beschäftigten und Betriebe an eine Situation, wo man hofft, schnell und gefahrlos mit einem defekten Auto auf einer ausgefahrenen, aber richtig und übersichtlich beschilderten Straße vorwärts zu kommen.

Was wir vom Defizit wissen

und was nicht

Defizite sind ein Fluch unseres Lebens. Der Mensch ist helle und findet aus jeder Situation einen Ausweg. Auch an das Defizit hat sich der sowjetische Mensch gewöhnt. Die einen harren in Warteschlangen aus, andere bauen ein System von Sonderverteilung und Extraservice auf. Die dritten knüpfen Bekanntschaften im Handel an. Wieder andere können für eine Ware jede beliebige Summe zahlen. Zum Beispiel für Strumpfhosen, auf denen Äffchen laufen, oder Schuhe, die die Farbe entsprechend der Kleidung ändern, tausend oder auch anderthalbtausend Rubel.

Da stellt sich die Frage: Welches Defizit bekämpfen wir eigentlich? Es existiert nur in der ersten, der offiziellen Wirtschaft. Die zweite, die Schattenwirtschaft kennt kein Defizit, weil hier eines der wichtigsten Marktprinzipien herrscht: Die Ware kostet soviel, wie der Käufer dafür bezahlt. In der ersten Wirtschaft ist die Wirksamkeit dieses Prinzips jedoch von den Monopolen eingeschränkt, auf die

extra eingegangen werden muß.

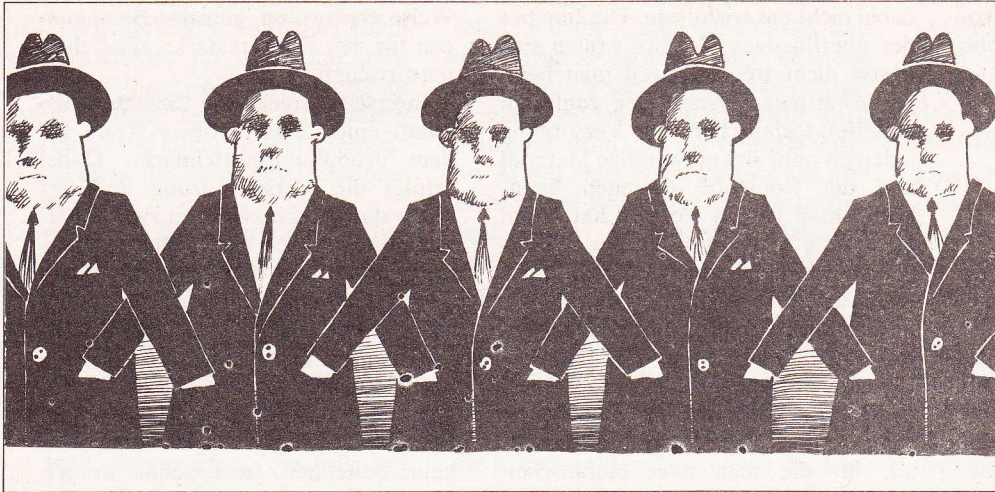
Es herrscht die weitverbreitete Meinung, daß die Herstellerbetriebe bei uns die Monopolisten sind. Das ist ein Irrtum oder eine vorsätzliche Verzerrung der Wahrheit. Es soll also jeder ein Monopolist sein, der defizitäre Waren verkauft. Das heißt also, wenn jemand im Winter frische Erdbeeren verkauft, dann ist er ein Monopolist. In Wirklichkeit bedeutet das Wort „Monopol“ die vorsätzliche, organisierte Beschränkung, manchmal auch die Beseitigung der Konkurrenz. Schon Lenin nannte Anfang des Jahrhunderts die wichtigsten Methoden der Realisierung einer Monopolherrschaft. Darunter: Dem Konkurrenten werden die Rohstoffe, die Arbeitskräfte, Absatzmöglichkeiten und Transportmittel entzogen, die Preise gedrückt. Diese und andere Methoden sind auch in unserer Wirtschaft weit verbreitet. Nicht die Betriebe wenden sie an, sondern der zentrale Apparat: die Staatskomitees für Planung, Beschaffung, Preise, die Ministerien und andere Organe. Sie haben die Möglichkeit zu diktieren, wer, was und wieviel erzeugt, zu welchen Preisen und wem verkauft werden soll. Sie sind es, die nach eigenem Dafürhalten materielle und finanzielle Ressourcen sowie die fertigen Erzeugnisse verteilen. Sie diktieren auch Höhe der Löhne, organisieren die Abhängigkeitsverhältnisse von Lieferanten und Verbrauchern.

Was die Betriebe angeht, so lassen sie keine neuen Monopole entstehen, sondern nutzen die Ergebnisse der Monopolherrschaft des Zentrums, die die Wirtschaft und die Ware-Geld-Beziehungen deformiert. Eines dieser Ergebnisse ist das Defizit in der ersten, offiziellen Wirtschaft.

Das Defizit, das in der offiziellen Wirtschaft wütet, und sein Fehlen in der Schattenwirtschaft sind interdependente Prozesse, die die Theorie und Praxis vor eine Reihe von Fragen stellen. So z. B. woher kommen die Waren auf dem Schwarzmarkt?

Ein wichtiger Warenlieferant für den Schwarzmarkt ist die illegale Produktion, die die von den „Schatten-Betrieben“ hergestellten Waren sowie die nichterfaßte Warenproduktion in den staatlichen Betrieben einschließt. Das Vorhandensein einer illegalen Produktion erklärt aber nicht die Herkunft und die Erweiterung des Schwarzmarktes und der Spekulation, weil man noch Antwort auf die Frage finden muß, aus welchen Quellen die illegale





Zeichnung: Nikolai Tscherkassow

Produktion mit Rohstoffen, Material, Ausrüstungen und Arbeitskräften versorgt wird. Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich offensichtlich – aus der ersten, der offiziellen Wirtschaft.

Um die Produktionsmittel und fertigen Erzeugnisse von der ersten in die zweite zu verschieben, werden sowohl illegale (Diebstahl, Bestechung von Amtsinhabern) als auch legale Kanäle (Festlegung entsprechender Normen und Kontingente) genutzt. Die unbegrenzten Möglichkeiten für die Abwanderung von Waren in die Schattenwirtschaft werden von allen Formen der zentralen Verwaltung geschaffen, dabei sind wohl die zentrale Planung, die materiell-technische Versorgung, die Preisbildung und die Normierung die wichtigsten.

Um reale oder herabgesetzte Pläne, ausreichende oder überhöhte Ressourcen, vergünstigte Normative zu bekommen oder überhöhte Preise für seine Erzeugnisse festzulegen, sind die Betriebe oft bereit, die übergeordneten Organe zu bestechen. Bestechung mit Geld ist längst nicht die einzige Form von Korruption. Die Betriebsleitung stellt, um sich das Wohlwollen des Ministeriums oder der jeweiligen Hauptabteilung zu sichern, deren Mitarbeitern das betriebseigene Sanatorium zur Verfügung, übernimmt die Reparatur der Autos, die Renovierung der Wohnungen, den Bau von Wochenendhäusern... Die Beschaffer, die das Prinzip der zentralen materiell-technischen Versorgung in die Tat umsetzen, sind ein integrierendes Glied, das die offizielle und die Schattenwirtschaft miteinander verbindet.

Der Warenfluß aus der ersten in die zweite Wirtschaft birgt in sich kolossale

Verluste. Oftmals zerstören die Beschäftigten mutwillig Waren, um unbestraft zu stehlen. Nach Angaben der Hauptverwaltung der Feuerwehr des Ministeriums des Innern der UdSSR betrugen 1988 allein die Verluste im Handel durch Brandstiftung in Lagerräumen, Großhandelslagern und Verkaufsräumen 47,8 Mio Rubel. Aus diesem Grunde wird auch eine Riesensmenge Fleisch, Gemüse, Obst und anderer Landwirtschaftserzeugnisse vernichtet. Zu Tausenden und Zehntausenden kommt jährlich Vieh um. In den Betrieben der Lederverarbeitung verfaulen Bälge, in der Holzverarbeitenden Industrie wird Holz vernichtet.

Innerhalb von ca. zwei Jahren wurden von den Organen des Ministerium des Innern der UdSSR 450 000 Wirtschaftsverbrechen festgestellt. Fast 14 000 in großen und besonders großen Dimensionen. Nach Angaben des Staatskomitees für Statistik der UdSSR erlitt der Staat aufgrund von Verderben, Manko und Diebstahl Verluste in Höhe von 4,1 Md. Rubel. Diese Liste ist unendlich. Die Ursachen sind die gleichen – der in die Illegalität gezwungene, deformierte Markt.

Während über die Anerkennung oder die Nichtanerkennung der Marktwirtschaft gestritten wird, wobei der Markt in der Größenordnung des ganzen Landes durch den Markt innerhalb der Betriebe ersetzt wird, sind alle Anstrengungen, die Schattenwirtschaft einzuschränken und abzurängen, zum Scheitern verurteilt und werden damit enden, daß die zweite Wirtschaft nur noch flexibler wird. So hat der Übergang vom freien Handel in den Geschäften zu ihrer Verteilung über die

Betriebe noch günstigere Bedingungen für die massenhafte Abwanderung von Waren auf den Schwarzmarkt geschaffen. Wenn früher die Spekulanten ihre Waren in kleinen Mengen im Einzelhandel erwerben mußten, so geschieht das jetzt großhandelsmäßig.

Das wird auch durch die Angaben des Ministeriums des Inneren bestätigt, die im Ergebnis der dreitägigen Operation „Ring“ erhalten wurden, die durch die Posten bei den Abfahrten von der Moskauer Ringautobahn durchgeführt wurde. Im Ergebnis der Kontrollen

von LKWs wurden zur Ausfuhr aus Moskau bestimmte Waren im Wert von 250 000 Rubel sichergestellt, die in großen Partien aufgekauft worden waren. Allein in einem der angehaltenen Autos wurden ca. 6000 Päckchen Importtee, 3000 Beutel Bonbons, 230 Dosen Kaffee sowie 200 kg Zucker entdeckt. In Leningrad wurden bei einem Spekulanten 330 Eheringe sichergestellt, die bekanntlich nur auf Bezugsscheine für angehende Eheleute verkauft werden.

In der Region Chabarowsk gingen 1988 80% der japanischen Videorekorder, die gegen Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen angeboten werden sollten, an Leute, die kein Gramm dieser Produkte verkauft haben.

Man kann natürlich nicht sagen, daß dagegen nicht angekämpft wird. Im Gegenteil. Aber das führt zu keinem Ergebnis. Mehr noch, die Verschärfung des Kampfes mit administrativen Methoden begünstigt nur die Preissteigerungen auf dem Schwarzmarkt und das Ansteigen der Verbrechensrate als Preis für das größer werdende Risiko. Im Ergebnis leiden darunter weniger die Verkäufer als die Käufer. Man bekommt den Eindruck, daß wir in dieser Frage beharrlich die Erfahrungen anderer Länder ignorieren. In den USA kontrolliert die Regierung z. B. die Preissteigerungen für alkoholische Getränke, wohl wissend, daß eine Preissteigerung von 20% das berechnete Risiko der Schwarzbrennerei in sich birgt. Und das würde dazu führen, daß die Einkünfte vom Verkauf der alkoholischen Getränke nicht in den Staatshaushalt gelangen, sondern in die Hände der illegalen Geschäftsmacher.

Mit dem gleichen Ziel und außerdem, um nicht schwere Trunksucht zu provozieren, sind auch übermäßig hohe Preise für alkoholische Getränke in Cafés und Restaurants nicht erlaubt.

Stagnationsgesetz:

Milliarden in den Wind

Haben die Betriebe viel oder wenig überflüssiges Geld? Nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Nikolai Schmeljow befinden sich auf den Konten der Betriebe 150 Md. Rubel ohne Warendeckung. Diese Ziffer ruft schon an sich ersten Widerspruch hervor. Man darf nämlich, wenn man die Kaufkraft von Betrieben charakterisiert, die objektiven Bedingungen der Realisierung dieser Kaufkraft nicht ignorieren, was sich in der Möglichkeit oder Unmöglichkeit, Produktionsmittel zu erwerben, ausdrückt. Wenn man davon spricht, daß auf den Konten der Betriebe nicht gedecktes Geld angehäuft ist, muß man dieses mit den Vorräten von warenmäßigen und materiellen Werten vergleichen, deren Umfang Anfang 1989 478 Md. Rubel betrug. Es gibt natürlich Grund genug anzunehmen, daß die wirkliche Summe aufgrund von Verfälschungen und Unzulänglichkeiten der Erfassung geringer ist. Besonders betrifft das die nichtvollendete Produktion (einschließlich der Bauproduktion). Außerdem ist ein Teil der Werte verdorben, gestohlen.

Wahrscheinlich sind 350 Md. Rubel der mehr oder weniger reale Wert der Vorräte an warenmäßigen und materiellen Werten in der Volkswirtschaft. Für praktische Ziele ist es natürlich wichtig, den Inhalt, die Struktur, die Inhaber, die Standortverteilung und die Preise für Rohstoffe, Material und Ausrüstungen zu kennen. Wie dem auch sei, bei einem Nationaleinkommen von 625 Md. Rubel und einem Bruttosozialprodukt von 866 Md. Rubel sind materielle Vorräte in einem solchen Umfang zu groß.

Bei uns herrschen Bedingungen, unter denen die einen Betriebe und Einrichtungen die überflüssigen Werte nicht verkaufen wollen und die anderen diese nicht erwerben können. Das Vorhandensein oder Fehlen von Geld hat

damit nichts zu tun, oder genauer, ist dabei nicht das wichtigste. Die Inhaber der überflüssigen Vorräte wollen sich davon nicht trennen, weil man beim gegenwärtigen System der zentralen materiell-technischen Versorgung jederzeit ohne das notwendige Material und die Rohstoffe dastehen kann. Wenn man jedoch Vorräte hat, kann man diese in die Produktion stecken oder gegen etwas dringend Benötigtes eintauschen. Natürlich werden so die besten Bedingungen für die Schattenwirtschaft geschaffen. Ein solches Erzeugnis wie Walzgut wurde z. B. zu einer Art Valuta des halblegalen „grauen“ Marktes der Produktionsmittel, für die man alles eintauschen kann.

Die übermäßigen Vorräte an warenmäßigen und materiellen Werten sind ein Ergebnis der entstandenen Lage im Land, da man bei der Wahl zwischen der Planerfüllung um jeden Preis und der Materialeinsparung dem ersten den Vorzug gibt.

Folglich liegt die Ursache dafür, daß die einen Betriebe auf ihren Konten ungedecktes Geld haben und die anderen überflüssige materielle Werte anhäufen, oft nicht im Fehlen dieser Werte, sondern darin, daß sie gemäß den Regeln der marktfeindlichen bürokratischen Kommandobeziehungen verteilt werden. Diese Beziehungen schaffen, indem sie verhindern, daß diese Produktionsmittel auf den offiziellen Markt, zum freien Erwerb und Verkauf gelangen, indem sie die Aus-

gabe des Geldes auf offizielle Art und Weise erschweren, günstige Bedingungen für den Schwarzmarkt, die Schattenwirtschaft.

Ihrerseits spielt die Schattenwirtschaft eine immer größere Rolle auf dem Produktionsmittelmarkt. Dabei erfolgt die Verschmelzung und der Naturalaustausch zwischen zwei Schattenmärkten – dem der Produktionsmittel und dem der Konsumgüter. Fälle, wo die Betriebe Baumaterial, Maschinen und Metall gegen PKW, die aus den Fonds für einen anderen Betrieb bestimmt sind, gegen in eigener Verfügungsgewalt befindliche Wohnungen, Ferienschecks usw. eintauschen, sind keine Seltenheit. Im Ergebnis werden die Vorräte an warenmäßigen und materiellen Werten zu einer Quelle der eigennützigen Bereicherung von so manchem Wirtschaftsleiter. Ein solches System begünstigt in jedem Falle die Inflation.

Geld: „überflüssig“

oder „heiß“?

So manch einer behauptet, daß die Bevölkerung über überflüssiges Geld verfüge. Wollen wir auch dieses Problem untersuchen. Auf den persönlichen Konten in den Sparkassen haben sich 320 Md. Rubel angehäuft. Außerdem hätten nach den Berechnungen einiger Wirtschaftswissenschaftler die Leute noch ca. 50-70 Md. Rubel zu Hause liegen. Andere Autoren behaupten, daß 100 Md. Rubel im Umlauf seien und daß, nach Meinung von P. Korotkow, diese Mittel vom Finanzministerium und von der Staatsbank der UdSSR bis zur letzten Kopeke berücksichtigt würden. Ein bewundernswerter Glaube an die Allmacht des Apparats!

Bei der Schätzung der Menge des überflüssigen Geldes muß man beachten, daß hier verschiedene Faktoren wirken. Einer davon ist das Preisniveau. Je höher die Preise, umso mehr Geld wird benötigt. Die künstliche Eindämmung des Preisanstiegs bedingt einen geringeren Geldbedarf, gleichzeitig wirken aber die realen Prozesse in die entgegengesetzte Richtung. Das provoziert eine verdeckte Inflation, ihr Abwandern in den Bereich des Schwarzmarktes.

Beim Hinweis auf die großen Summen auf den Konten in den Sparkassen, darf man aber folgenden Umstand nicht ignorieren. Erstens ist die Bevölkerung



Zeichnung: V. Bogorad

aufgrund der geringen Renten, Einkünfte und der unterentwickelten Sozialversicherung gezwungen, einen Teil des Geldes für das Alter, den „schwarzen Tag“, die Beerdigung zu sparen. Diesen Teil der Ersparnisse kann man wohl kaum zu dem „heißen“ Geld zählen, das einer der Inflationsfaktoren ist.

Zweitens ist es unbegründet, zu diesem „heißen“ Geld die Spareinlagen zu zählen, die durch das Fehlen von Verbraucherkrediten verursacht sind, was die Leute zwingt, erst eine bestimmte Summe zusammenzusparen, ehe man sich dann teure Waren kaufen kann.

Trotzdem ist bei der Ausarbeitung von Maßnahmen gegen die Inflation nicht die Auszahlung des sich im Umlauf befindlichen überflüssigen Geldes das Wichtigste, umso mehr, als daß man die Inflation nur nach dem Verbrauchermarkt bemessen kann. Viel wichtiger ist es, die Einkommensquellen und die Struktur der Bevölkerung nach der Einkommenshöhe zu kennen. Hier kann man die Antworten auf die Fragen nach den Inflationsquellen auf dem Verbrauchermarkt finden.

Das erste, was bei einer solchen Sichtweise hervorgehoben werden muß, ist, daß mindestens ein Drittel der Bevölkerung keine Ersparnisse hat. Diese Menschen machen sich nicht über das Defizit Gedanken, sondern darüber, wie sie einigermaßen über die Runden kommen von Lohn-tag zu Lohn-tag. Wenn man die Kaufkraft nicht nur als Faktor, als Konsumvoraussetzung sieht, sondern als Produktionsfaktor, kann man mit gutem Grund davon sprechen, daß für die Wirtschaft, den Markt und für den Ausweg aus der Krise die Kaufkraft der meisten Käufer nicht ausreichend ist. Dieser Teil der Bevölkerung, der geringe und mittlere Einkommen hat, befürchtet am meisten selbst die aller-kleinste Preiserhöhung, die in vielen Fällen objektiv unumgänglich ist. Diese Menschen treten aktiv gegen die Genossenschaftler auf, weniger wegen der unbefriedigenden Qualität der Waren und Dienstleistungen als vielmehr wegen der hohen Preise. Diese Käufer sind auch gegen die von den Betrieben festgelegten Preisaufschläge. Der Versuch, den Konflikt zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern zu lösen, indem man die Preise oder die Löhne einfriert, scheint unbegründet und ist zum Scheitern verurteilt.

Man kann den Wunsch einiger Leiter verstehen, alle Mißstände der Wirtschaft auf die Genossenschaftler und den Gruppenegoismus der Betriebe schieben zu wollen. Wenn man sich das Problem jedoch genauer ansieht, wird man entdecken, daß die Wurzeln unserer Armut nicht in der Perestroika und nicht in der Preissteigerung zu suchen sind. Der Kasernenhofsozialismus wird praktisch immer von Armut begleitet. Die wichtigste Bedingung für die Entwicklung der Produktion von Konsumgütern, die ausreichende und dynamische Kaufkraft der Bevölkerung, hat im Laufe vieler Jahrzehnte gefehlt. Daher die niedrigen Preise für die Konsumgüter. Doch auch die Einkünfte sind bei einem Großteil der Bevölkerung niedrig. Deshalb waren selbst bei solchen Preisen viele Waren für die Mehrzahl der Bevölkerung unerschwinglich. Die niedrigen Preise waren ihrerseits nicht das Ergebnis des technischen Fortschritts, nicht des Warenüberflusses, sondern der unerbittlichen Ausbeutung von Arbeitskräften, die man fast umsonst hatte.

Die kleinste Belebung auf dem Arbeitsmarkt, die Befreiung der Arbeit, der Übergang zu Ware-Geld-Beziehungen und als Folge davon das Vorhandensein von Geld unter der Bevölkerung haben zu Preissteigerungen geführt: 1961 für die Erzeugnisse der Landwirtschaft, vor allem tierischer Herkunft, 1967 für die Produktionsmittel. Seit dem Ende der 50er Jahre läuft ständig entweder offen oder in verdeckter Form der Prozeß der Preiserhöhung.

Gleichzeitig ist die Regierung beharrlich bestrebt, eine Lohnstopp-Politik durchzuführen, was außerordentlich gefährliche Folgen haben kann. Außer der bei dem niedrigen Verdienst nur natürlichen Uninteressiertheit an der Arbeit der Beschäftigten und der Ineffektivität des Einsatzes neuer Maschinen (die Arbeitskraft ist ja so billig) nehmen der Schattenmarkt der Arbeitskräfte und die Schatteneinkünfte immer größere Ausmaße an.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit der Höhe des Lohns, die Unmöglichkeit aufgrund der Verbote, auf ehrliche Weise viel Geld zu verdienen, stoßen die Menschen oft in die Schattenwirtschaft oder sogar in Verbrecherguppen. Der niedrige Lohn brems nicht nur die Steigerung der

Warenproduktion, sondern behindert auch die Realisierung solcher Programme wie den Erwerb von staatlichen Wohnungen als persönliches Eigentum, den Erwerb von Aktien, den Übergang zu Pachtformen, die Erweiterung der kostenpflichtigen Dienstleistungen für die Bevölkerung, darunter die im medizinischen Bereich. Diese Programme sind bis jetzt nur auf die zugeschnitten, die überflüssiges Geld haben.

Die Feststellung der Tatsache, daß ein bedeutender Teil der Bevölkerung überaus geringe Einkünfte hat, verdrängt nicht die Frage nach dem Bezug nichterarbeiteten Geldes aus der verdeckten Wirtschaft. In bezug auf die verdeckten Einkommensquellen muß unbedingt die äußerst wichtige Rolle hervorgehoben werden, die der Kredit, genauer die Kreditfinanzierung spielt, wenn die Kredite nach Plan vergeben werden, um nicht selten Schlamperie oder auch Diebstähle zu vertuschen.

Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise, die Herausbildung eines zivilisierten Marktes, der objektiv erfordert: die Selbständigkeit der Betriebe bei der Entscheidung darüber, was und wieviel produziert werden, bei wem man kaufen und wem verkaufen soll; ausgewogene Preise; Ablösung der Kreditfinanzierung durch Kredite; Antimonopolgesetz. Die Schattenseiten der Marktwirtschaft werden nicht von den Marktgesetzen verursacht, sondern dadurch, daß das administrative System durch die Vertreibung des Marktes in die Illegalität die Forderungen der Marktgesetze ignorierte.

Die Marktwirtschaft negiert nicht das zentrale Leitungssystem, sondern setzt es voraus. Dieses System muß sich aber grundsätzlich von dem gegenwärtig existierenden unterscheiden: Erstens müssen die Funktionen des Zentrums definiert und ausgefeilt werden; zweitens müssen unbedingt spezielle Methoden der Einwirkung des Zentrums auf die Betriebe gefunden werden, die direkte Befehle und Anweisungen auf ein Minimum reduzieren (Empfehlungen usw.); drittens muß wirklich die Unvermeidlichkeit der Verantwortung des Zentrums für alle seine Entscheidungen garantiert, d. h. das wichtigste Prinzip, die Goldene Regel jedes Systems – die adäquate Rückkopplung, realisiert werden.

Geöffnete Türen

Freizügigkeit im gemeinsamen Haus Europa

Igor Chalewinski,

erster stellvertretender Leiter der Konsularverwaltung des Außenministeriums der UdSSR

Das Experiment mit dem visa-freien Verkehr begann im Norden von Westeuropa. Im Juli 1954 trat ein Abkommen zwischen Schweden, Dänemark, Island, Norwegen und Finnland über die Abschaffung der Paßkontrolle an den Grenzen in Kraft.

Aufgrund dieses Abkommens können die Signatarstaaten nur Menschen die Einreise verweigern, die keinen gültigen Paß bzw. kein anderes gültiges Dokument bei sich haben, denen die Einreiseerlaubnis oder Arbeitszulassung fehlen, die ferner keine ausreichenden Mittel für den Aufenthalt in einem dieser Staaten haben; ferner Vorbestrafte oder Personen, gegen die der Verdacht besteht, daß sie Sabotage, Spionage o. ä. beabsichtigen. Nicht einreisen dürfen schließlich Personen aus Listen, in denen aus einem der genannten Staaten ausgewiesene Ausländer aufgeführt werden.

Übrigens haben die Teilnehmerstaaten das Recht, an den zwischen ihnen verlaufenden Grenzen eine stichweise Paßkontrolle durch- und in einigen Fällen sie überhaupt einzuführen. Zur Lösung von Fragen aus dem Bereich der gemeinsamen Paßkontrolle in den Nordländern wurde eine Kommission für Zusammenarbeit (Nordkommission für Angelegenheiten von Ausländern) eingesetzt.

Das nächste europäische Experiment war das Abkommen von 1960 über die allgemeine Einreise- und Ausreiseregulation in den Benelux-Ländern (Belgien, Niederlande und Luxemburg). In Weiterentwicklung dieses Abkommens wurde am 14. Juni 1985 in Schengen (Luxemburg) ein Vertrag unterzeichnet, an dem sich neben den Benelux-Ländern auch die BRD und Frankreich beteiligen. Der Vertrag sollte die Freizügigkeit aller Bürger der Teilnehmerländer innerhalb des betreffenden Territoriums gewährleisten, die Kontrolle über den Grenzverkehr abschaffen und den Austausch von Waren und Dienstleistungen erleichtern. Die Prinzipien sind provisorisch in Kraft. Zu seiner vollen Gültigkeit muß eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet werden, die den Verfassungsartikeln der Teilnehmerländer entsprechen müssen und zugleich in

keinem Widerspruch zueinander stehen dürfen.

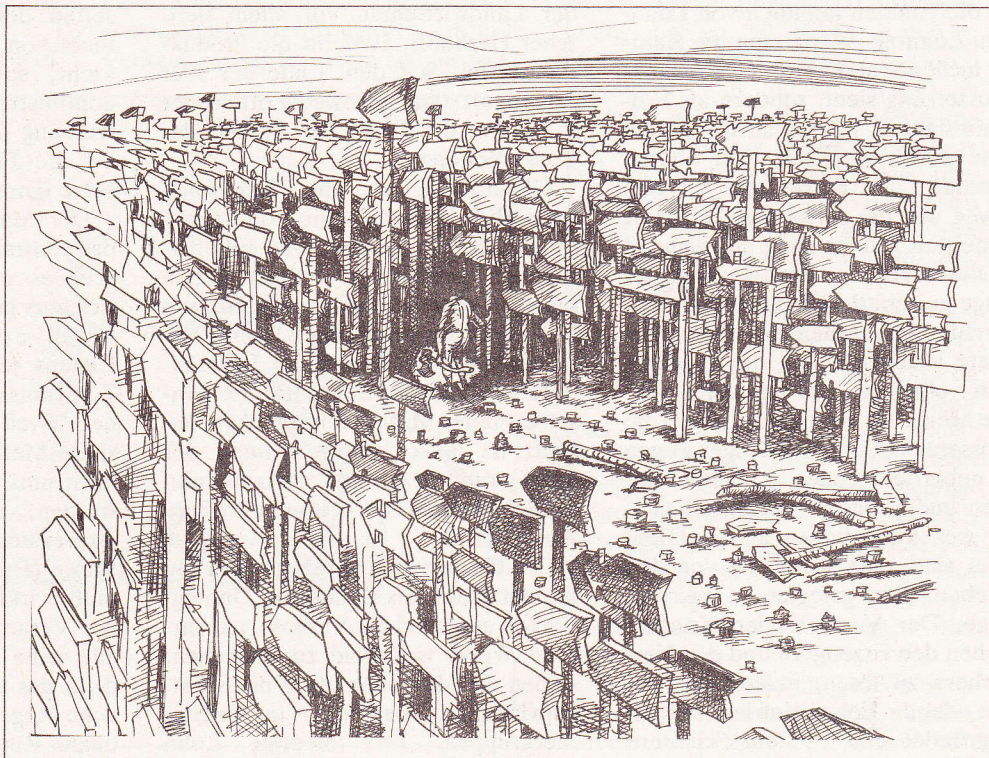
Inzwischen stehen die Aufgaben für die nächste Zukunft schon fest: Abstimmung der Einreise- und Ausreiseregulation in den Teilnehmerländern, Formulierung einheitlicher Gesetze über Rauschgiftmittel, Waffen und Sprengstoffe; Erweiterung des Informations- und Datenaustausches zwischen Zoll und Polizei zur besseren Bekämpfung der Kriminalität, des Schmuggels, des gesetzwidrigen Kapitaltransfers, der illegalen Einreise bzw. des illegalen Aufenthalts; Verzicht auf zahlreiche Kontrollmaßnahmen beim Gütertransport und vereinfachtes Verfahren zur Erteilung der Erlaubnis, die Grenze zu überqueren. Es gibt einen Paragraphen über die nur visuelle (pausenlose) Kontrolle der individuellen Verkehrsmittel, die die gemeinsamen Grenzen mit vernünftiger Geschwindigkeit zu passieren haben. Selbstverständlich ist eine Stichprobekontrolle zugelassen.

An langfristigen Maßnahmen ist folgendes vorgesehen: Abschaffung der Kontrolle beim Überqueren der gemeinsamen Grenzen, Regelung des Zusammenwirkens von Polizisten, das Suchen nach den Mitteln zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens usw.

Es geht also darum, bis zu 300 Doku-

mente auszuarbeiten und zu vereinbaren. Sie alle betreffen die Regeln der Gültigkeit des Vertrags. Besonders schwierig sind Probleme der einheitlichen Kriterien in der Visapolitik, darunter in bezug auf die Transitpassagiere aus Drittländern, die Zoll- und Steuerregeln und Fragen des Informationsaustausches. In den Niederlanden z. B. wird der Verkauf von Marihuana und Haschisch nicht bestraft, in anderen Ländern ist er verboten. Die Teilnehmer des Vertrags von Schengen haben natürlich ihre spezifischen Beziehungen zu anderen Ländern, darunter auch bilaterale Abkommen über visafreie Reisen. So hat die BRD eine solche Regelung mit Österreich und Dänemark. In Frankreich dagegen gilt jetzt eine viel striktere Einreiseregulation, besonders für die Bürger der Staaten, die nicht zur EG gehören.

Dennoch gaben am 13. November 1989 fünf Länder ihre Absicht bekannt, eine Konvention über das Inkrafttreten des Vertrags von Schengen zu unterzeichnen. Das hätte schon am 15. Dezember getan werden sollen. Die Unterzeichnung würde die Abschaffung der Grenzkontrolle an den Grenzen zwischen betreffenden Ländern und ihre Verlegung an ihre äußeren Grenzen bis 1990 bedeuten. Das hätte, schrieb die französische „Liberation“, ein „Prüffeld“ des Europa von 1993 werden sollen. Der entsprechende Wortlaut des Vertrags, insgesamt 137 Artikel, war fertig, aber zur Unterzeichnung kam es nicht. Im Grunde forderte man die Parlamente lediglich auf, das Abkommen zu bestätigen



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

bzw. abzulehnen, auf jeden Fall keine Korrekturen an ihm vorzunehmen. Die Abgeordneten aber bestehen gerade darauf. Leider hörte man auch Klischees wie „die Angst vor einem Zustrom von Flüchtlingen“ aus der DDR. Begründet erklärte der Minister für nationale Wirtschaft von Luxemburg Robert Goebbels: „Wenn wir den Vertrag von Schengen zwischen den Fünf nicht unterzeichnen, kann ich mir nicht vorstellen, wie ihn alle 12 EG-Länder unterzeichnen.“ Mit bitterer Ironie betonte er: „Nach dem Lauf der Dinge zu urteilen, wird es 1993 Waren und Kapitalien besser gehen als den Menschen.“

In der Europäischen Gemeinschaft beobachtet man aufmerksam, wie der Vertrag von Schengen verwirklicht wird. Die Pläne der Vereinigung Europas bis 1992 erfordern gemeinsame Standpunkte auch zu Fragen der Freizügigkeit. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Länder im Dezember 1988 wurde ein Beschluß gefaßt, dem zufolge jedes Land einen Koordinator stellte, damit Fragen über den visafreien Verkehr innerhalb der EG erörtert wurden. Man bildete ein spezielles Komitee, dem Vertreter der Innenministerien und Immigrationsbehörden angehören. Das Komitee bereitet Empfehlungen für die Vereinheitlichung der Einreise- und Ausreisebestimmungen der EG-Länder vor. Eine solche Annäherung ist nicht leicht, weil sie souveräne Rechte der Staaten angreift. In diesem Zusammenhang werden die Vorschläge des Komitees der Koordinatoren wahrscheinlich Empfehlungen bleiben. Die EG-Länder behalten sich das Recht vor, den Umfang der Formalitäten mit der Einreisebewilligung für Bürger aus Drittländern zu bestimmen. Für sie soll ein entsprechendes Einreiseverfahren für die EG-Staaten festgelegt werden. Auf diese Weise wird man Lösungen für Fälle finden, in denen einige EG-Staaten Sonderbeziehungen zu Drittländern unterhalten.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft können die Bürger der Mitgliedsländer visafrei reisen. Diese Regelung wirkt auch in den Beziehungen zwischen anderen westeuropäischen Staaten. Das abschließende Stadium war der Einschluß von Ländern wie z. B. Zypern in diese visafreie Familie in Westeuropa. Einige Besonderheiten gibt es in den Einreise- und Ausreisebestimmungen zwischen den westeuropäischen Ländern und den USA. In der Hauptsache führen sie den visafreien Verkehr ein, aber während z. B. ein US-Bürger nach Finnland für eine Dauer bis zu drei Monaten visafrei einreist, darf ein Finne (bzw. ein Belgier) in die USA nur mit einem Visum einreisen, unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Das gleiche gilt auch für Belgier und die Bürger einiger anderer Länder.

Das Wiener Schlußdokument, unter dem die Unterschriften der europäischen Län-

der sowie der USA und Kanadas stehen, verpflichtet dazu, die Regelungen im Grenzverkehr zu vereinfachen. Das europäische Haus braucht dynamische zwischenmenschliche Kontakte. Westeuropa bietet gemeinsam mit den USA und Kanada interessante Erfahrungen an. Sie korrelieren mit der einschlägigen Zusammenarbeit in den osteuropäischen Ländern. Ungarn z. B. ist sehr energisch in seinem Fremdenverkehr. Das Land hat bilaterale Vereinbarungen mit Finnland, Schweden, Österreich, Malta und Zypern über visafreie Reisen bei allen Auslandspässen; mit der BRD, der Türkei, mit Griechenland und Spanien darüber, daß sich die Inhaber diplomatischer Pässe auf gegenseitiger Grundlage bis zu 30 Tagen aufhalten können; eine Vereinbarung mit Großbritannien über die gegenseitige Ausstellung der Einreisevisa für Inhaber diplomatischer Pässe innerhalb von 48 Stunden.

Wie arbeiten wir mit den westeuropäischen Partnern zusammen? 1989 konnten wir einen beträchtlichen Fortschritt verzeichnen. April: sowjetisch-britisches Memorandum über die gegenseitige Verständigung in Fragen der Einreisebewilligungen; Mai: Abkommen mit Zypern über visafreie Reisen mit diplomatischen Pässen; Oktober: Memorandum mit Finnland über Einreisefragen; November: ein umfassen-

des Abkommen mit Italien. Mit der BRD und mit Spanien wird in dieser Frage aktiv verhandelt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der westeuropäischen konsularischen Erfahrungen ist die Ernennung von mehr Honorarkonsuln. Diese sind begeisterte Anhänger der freundschaftlichen bilateralen Beziehungen zwischen Völkern und Menschen; sie verrichten ihre Obliegenheiten ehrenamtlich, sind jedoch in der Lage, realistisch zu den menschlichen Kontakten und zur gegenseitigen Verständigung beizutragen. Unsere Partner haben Hunderte von Honorarkonsuln. Wir beleben diese interessante Einrichtung wieder. So wurde der bekannte bolivianische Maler Lorgio Vaca Duran der erste Honorarkonsul der UdSSR in der Stadt Santa Cruz (Bolivien).

Im vorigen Jahr schlug die UdSSR-Delegation beim Pariser Treffen der KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension eine Sonderberatung über die Humanisierung des gesamten Bereichs der Konsularbeziehungen vor. Dort könnten die Fragen um die Freizügigkeit ein solides Paket bilden. Selbstverständlich würde ein gesamteuropäisches Forum zur konsularischen Thematik sowohl Probleme ans Licht fördern als auch die Wege zu ihrer raschen Lösung weisen.

Die Genossenschaft „WREMJA“

bietet Wohnungen und Zimmer in
Moskau für die Unterbringung sowjetischer und
ausländischer Bürger sowie für Vertretungen
ausländischer Firmen an, stellt hierfür ihre
Telefone und Telefax-Geräte zur Verfügung.

**Den ausländischen Gästen wird die einmalige Möglichkeit
geboten, Leben und Alltag einer sowjetischen
Familie kennenzulernen.**

Die Genossenschaft ist an der Bildung
von Gemeinschaftsunternehmen im Bereich
des internationalen Tourismus interessiert.

Auf gegenseitige Vereinbarung vertritt die Genossenschaft
Ihre Interessen bei der Vermarktung von Erzeugnissen und
Dienstleistungen in der Sowjetunion, organisiert Werbung in Fernsehen,
Rundfunk und Presse.

Angebote sind zu richten an:

Genossenschaft „WREMJA“, Strastnoi Bulwar 8

127412, Moskau, UdSSR

Telefax: 2293511

Telefone: 229 90 89, 229 11 69, 905 27 52



Was ist überflüssig im Gesetz?

An diese Worte mußte ich mich erinnern, als ich in New York war, im Zentrum für den Schutz der Menschenrechte, oder, wie man es dort noch nennt, für die Einhaltung der Verträge von Helsinki. Es war in den ersten Oktobertagen, als bei uns das Pressegesetz in Arbeit war. Also erörterten wir auch seine möglichen Varianten. Meine Gesprächspartner waren über die Einzelheiten dessen, was im Obersten Sowjet vor sich ging, hervorragend informiert. Es war somit ein Gespräch unter Sachkundigen.

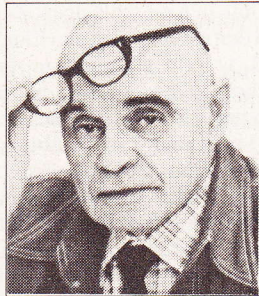
Der Standpunkt der einen, übrigens nicht rein amerikanischen, sondern gemischten Seite lautete, das Gesetz solle äußerst karg gehalten sein und nichts Überflüssiges enthalten. Der erste Zusatz zur Verfassung der USA verkündete die Freiheit insbesondere des Wortes. Das war schon das ganze Gesetz. Es gab keinerlei Einschränkungen, die in diesen Zusatz aufgenommen worden wären. „Wir haben kein Pressegesetz. Das macht nichts, damit können wir leben.“

Der andere Standpunkt, den ich unterstützte: Wie ihr das in den USA macht, ist eure Sache. Wir dagegen brauchen unbedingt ein Pressegesetz, in dem alle Kleinigkeiten festgeschrieben sind. Sie werden schon nicht überflüssig sein. Man muß dem bürokratischen System direkt und eindeutig vorschreiben, was es einem Journalisten verweigern darf und was nicht, sonst wird er gar nicht erst über die Schwelle einer Behörde gelassen. „Was nicht verboten ist, ist automatisch erlaubt“: Für einen Bürokraten ist das Schall und Rauch. Das Gesetz soll beispielsweise direkt vorschreiben: Mit einem Redaktionsausweis ist der Zugang zu Behörden, ausgenommen sind nur genau bezeichnete Einrichtungen, zwangsläufig zu gewähren. Dann gibt es immerhin die Hoffnung, daß man hineingelassen wird. Wir verwiesen auf internationale Erfahrungen. In England zum Beispiel sind Sicherheitsgurte durch ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz vorgeschrieben. „Kleinliche“ Regelungen?

Natürlich fanden die Seiten keinen Konsens. Er hätte auch keinen besonderen Sinn gehabt. Unsere rein private Diskussion ist dagegen, wie mir scheint, Ausdruck des Gesetzgebungsprozesses, der im Obersten Sowjet, seinen Ausschüssen und Unterausschüssen, so lebhaft und widersprüchlich verläuft.

Übrigens ist dies nicht nur ein Leiden unserer noch nicht ganz flügge gewordenen Gesetzgeber. Es ist vielmehr die Dialektik des Gesetzes an sich. Auf der einen Seite soll es eine bestimmte Sphäre des Lebens maximal reglementieren, um der Willkür der Exekutive keine Hintertür offen zu lassen. Andererseits ist es unmöglich, alles bis ins kleinste vorzuschreiben. Für uns ist dieser natürliche Widerspruch besonders schmerzhaft, weil wir genau wissen, wie routiniert das amtliche Kommandosystem oder dezentrale Behörden ein Gesetz verfälschen können.

Ich hatte die Ehre, in dem Team zu arbeiten, welches das Gesetz über die Genossenschaften in der Abschlußphase ausgearbeitet hat. Damals kam die Frage auf: Müssen die Genossenschaften unbedingt jemandem zugeordnet sein, oder können sie selbständig auftreten, nachdem sie ihre Satzung im Exekutivkomitee des jeweiligen Sowjets haben registrieren lassen? Im Entwurf ist das nicht genau festgelegt worden. „Wenn also nicht gesagt wird, daß



Auf die Frage, wie Meisterwerke der Bildhauerei geschaffen werden, soll ein großer Meister der Vergangenheit geantwortet haben: „Man nimmt einen Gesteinsbrocken, meißelt alles Überflüssige weg und erhält ein vollendetes Kunstwerk.“

sie unbedingt jemandem zugeordnet sein müssen, heißt das, daß es ihnen anheimgestellt ist“, sagten die einen. Die anderen bestanden trotzdem darauf: „Dann laßt es uns doch so festschreiben, damit es keine Mißverständnisse gibt.“ Der Passus wurde also hineingeschrieben und das Gesetz verabschiedet. Örtlichen Behörden und Amtsstellen kam das ungelegen. Sie „korrigierten“ das Gesetz: Jetzt muß man also wieder unbedingt eine übergeordnete Instanz vorweisen.

Mißverständliche und verschwommene Rechtsnormen, nicht garantierte Rechte sind für viele Gesetzesakte bei uns bezeichnend. Sehen wir uns nur die Wohngesetzgebung an, auf die wir seinerzeit so stolz waren, oder die Gesetze zum Schutz der Natur oder zum Schutz der Denkmäler unserer Geschichte und Kultur, oder unsere Gesundheitsgesetzgebung. Als Deklarationen sind sie vortrefflich. Nirgendwo in „der anderen“ Welt ist das Recht auf Wohnraum gesetzgeberisch fixiert. Bei uns ist es das. Mit diesem „Recht“ aber wohnen Menschen über Jahre dort, wo das Wohnen im Grunde unmöglich ist. Die Wohngesetzgebung garantiert noch lange nicht ihre Realisierung. Im Exekutivkomitee hat man gesagt: „Es gibt keine Wohnungen“, und es gibt niemanden, bei dem man Beschwerde einlegen könnte. Vor Gericht bekommt man sein Recht auch nicht. „Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.“

Überflüssiges, Deklaratives und nicht durch Rechtsgarantien Absichertes findet sich in unseren Gesetzen, das Grundgesetz eingeschlossen, allzuviel. Das untergräbt den Glauben an die Rechtsverbindlichkeit. Vor einiger Zeit trat beispielsweise das Gesetz über die Gerichtsbarkeit in Kraft. Darin ist klar festgelegt, daß ein Bürger, der einer Straftat verdächtigt wird, das Recht hat, vom Zeitpunkt seiner Verhaftung an einen Rechtsanwalt in Anspruch zu nehmen. Wie soll das aber in der Praxis aussehen? Es gibt nicht genug Rechtsanwälte, das Geld, sie zu bezahlen, ist nicht da, und es gibt kein System für ständige Bereitschaft. Hätte man das alles im Gesetz selbst berücksichtigen sollen? Ich glaube nicht. Man hätte nur gemeinsam mit dem Gesetz eine entsprechende Durchführungsbestimmung verabschieden müssen. Andernfalls läuft man Gefahr, eine humane und zivilisierte Rechtsnorm zu kompromittieren. Ich denke, das administrative Kommandosystem hat solche Gesetze ganz bewußt hervorgebracht. Es wußte im voraus, daß es alle deklarierten Rechte in der Hand hatte. Es konnte sie gewähren, es konnte sie beschneiden, sie selektiv bewilligen oder ganz einfrieren. Dem Bürger blieb nichts anderes übrig, als zu bitten, Beschwerdebriefe zu schreiben oder Bestechungsgelder zu zahlen.

Inzwischen werden Gesetze von unseren erstmals gewählten Volksdeputierten formuliert. Auf ihren Schultern liegt jetzt ein gewaltiges Stück Arbeit. Es ist schwer, hier den Rat zu geben: Überstürzt nichts, überarbeitet den Entwurf noch einmal und meißt lieber siebenmal ab, wenn das Leben die unverzügliche Verabschiedung des nächsten Gesetzes erforderlich macht. Doch auch der berühmte Artikel Lenins wurde nicht in einer besonders ruhigen Situation geschrieben. Er hieß: „Lieber weniger, aber besser.“

J. Feofanow

Präsentation: Dr. jur. habil.
Valeri SORJKIN

Die Aufgabe des denken- den Teils von Rußlands Gesellschaft „besteht darin, sich im voraus auf eine bessere Ordnung der Dinge vorzubereiten. Man muß sich über die wirkliche Sachlage klarwerden, muß wissen, was man zu wünschen und worauf man sich zuzubewegen hat.“ Das sind Worte des hervorragenden russischen Philosophen und Staatswissenschaftlers Boris Nikolajewitsch Tschitscherin.

Die nachstehenden Auszüge aus seinem Buch „Rußland am Vorabend des 20. Jahrhunderts“ haben wir so ausgewählt, daß sie einen geschlossenen und innerlich zusammenhängenden Text bilden, der in komprimierter Form die Grundidee des ganzen Werks darstellt.

Übrigens wurde das Buch in Rußland kein einziges Mal veröffentlicht. Dagegen erschien es zu Lebzeiten des Autors Anfang unseres Jahrhunderts mehrmals in Berlin, und zwar unter dem Pseudonym „Russischer Patriot“.

Boris Tschitscherin gilt als Nestor des russischen Liberalismus des 20. Jahrhunderts. Mit seinen Büchern wuchsen viele glänzende Vertreter der liberalen Intelligenz Rußlands auf: Nikolai Berdjajew, Jewgeni Trubezkoi, Pawel Nowgorodzew, Iwan Iljin u. a. Leider wurde der Liberalismus, dieser lebendige, breite und vielgesichtige Strom der russischen Freiheitsbewegung, der für allgemeine menschliche und humanitäre Werte besonders empfänglich war, von einer anderen Strömung, der sozialistischen, getrennt.

Das Geschlecht der Tschitscherin reicht in Rußland auf Afanassi Tschitscherin zurück, der in die Rus im Gefolge der byzantinischen Kaiserstochter Sophia Paläolog, der Frau Iwans III., kam, und einer Familiensage nach stammt die Dynastie von Cicero ab. Es kam so, daß in diesem uralten Geschlecht Vertreter beider Strömungen waren, die schließlich einander antagonistisch gegenüberstanden. Boris Tschitscherins Neffe Georgi wurde Sozialdemokrat, Bolschewik, später Volkskom-

missar Sowjetrußlands für auswärtige Angelegenheiten. Boris Tschitscherin dagegen, der nicht einmal die erste russische Revolution erlebte, hatte den Sozialismus nicht akzeptiert.

Er lehnte ihn in jenen Formen ab, die der russische Sozialismus im 19. Jahrhundert annahm: mit seinem Nihilismus, seiner Orientierung auf Gewalt und den Aufforderungen, „zur Axt zu greifen“. Der Extremismus indes sei, meinte Tschitscherin, dazu angetan, noch so hochsinnige Absichten und noch so edle Ziele zugrunde zu richten, und führe unvermeidlich nur zur Ablösung der einen Form der Tyrannei durch eine andere.

Boris Tschitscherin sah Rußlands Zukunft als Ablösung der Alleinherrschaft und des absolutistisch-bürokratischen Systems durch eine verfassungsmäßige, auf dem Vorrang des Rechts und auf garantierten Bürgerrechten beruhende Ordnung. Ihm schwebte ein friedlicher, Gewalt und Blutvergießen ausschließender Übergang dazu vor.

Der tragische Bruch zwischen verschiedenen Strö-

**POLITISCHE
GEDANKEN DES
20.
JAHRHUNDERTS**

mungen in der Freiheitsbewegung führte zur Isolierung des Liberalismus, der zwischen Reaktion und extremem Nihilismus eingequetscht war. Das Schicksal des Liberalismus und des russischen Sozialismus zu Beginn unseres Jahrhunderts läßt an Kain und Abel denken. Letzten Endes ging Rußland nicht den Weg, den Boris Tschitscherin, seine Gesinnungsfreunde und Nachfolger bahnten, sondern einen anderen – und fand auf ihm weder Freiheit noch Wohlergehen. Heute, kurz vor Beginn des 21. Jahrhunderts, stehen wir wieder vor Aufgaben, die einst die besten Geister Rußlands, darunter Boris Tschitscherin, formulierten.

Rußland am Vorabend des 20. Jahrhunderts

Boris Tschitscherin (1828 – 1904)

Das 19. Jahrhundert war ein Wendepunkt in der russischen Geschichte... Große Umwälzungen folgten aufeinander und brachten dem russischen Land eine neue Einrichtung. Vor allem mußte das Leibeigenenrecht abgeschafft werden. Das war eine längst gereifte und ihrer Lösung harrende Frage. Während die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten von schrecklichen Bruderkriegen begleitet und um den Preis der Ströme von Blut gekauft wurde, vollzog sie sich in Rußland durch einen wohlurchdachten und vernünftig ausgeführten Legislativakt, der die gegenseitigen Interessen der Stände miteinander in



Einklang brachte und eine neue, auf der Bürgerfreiheit aufbauende Ordnung der Dinge fest untermauerte. Ein in höchstem Maße schwieriges Werk wurde friedlich und richtig, durch einträchtiges Handeln der Regierung und der besten gesellschaftlichen Kräfte vollbracht. Aber das war erst der Anfang. Auf ihn folgte eine ganze Reihe von Wandlungen, die auf dem Boden der Bürgerfreiheit eine neue gesellschaftliche Ordnung schufen. Wie auf den Wink eines Zauberstabs erschien ein Gericht mit allen Garantien, die die Gesetzgeber der gebildeten Völker Europas ausgearbeitet hatten, mit der Unabsetzbarkeit der Richter, mit der Öffentlichkeit, der Transparenz und dem Schöffenge-

richt. Den neuen Semstwo-Strukturen wurde eine unabhängige Haltung gesichert, die Vorzensur abgeschafft. Bücher erschienen nun ohne Hindernisse; in den Zeitschriften wurden alle öffentlichen Fragen erörtert. Eine der größten Taten Alexanders II. war schließlich seine Armereform. In der Armee selbst zog ein neuer Geist ein; der Soldat, früher eine Maschine, war nun Mensch...

Selbst in materieller Hinsicht wurde das Land erneuert. Ein Eisenbahnnetz überzog es; die Industrie erlebte einen beispiellosen Aufschwung. Das war der größte Umbruch in der russischen Geschichte. Die bis dahin fröhen herrliche Gesellschaft wurde wie durch ein Wunder frei und gewann mit einem Schlag alle Bedingungen für eine aufgeklärte Lebensweise.

Die Reformen Alexanders II. veränderten die ganze Natur des russischen Landes so schnell, daß sich die Gesellschaft in diesem Strudel nur mühsam zurecht fand. Vielen mag scheinen, daß sie übereilt vorgenommen wurden, daß man die Gesellschaft hätte allmählich an die neue Ordnung heranzuführen sollen. Es geht jedoch darum, daß sie viel zu lange hinausgeschoben worden waren. Wenn eine Regierung, statt das Volk den Weg allmählicher Verbesserungen zu führen, jede Bewegung zum Stehen bringt und jede Freiheit unterdrückt, führt das unvermeidlich zur Notwendigkeit eines tiefen Einschnitts. Die versäumte Zeit muß auf einmal eingeholt werden. Die Köpfe sind schon so reif, daß sie sich mit Halbheiten nicht mehr begnügen. Alexanders II. Reformen waren das mindeste davon, was man der russischen Gesellschaft gewähren konnte; mit ihrer schnellen Aneignung zeigte diese, daß sie auf die Veränderungen vorbereitet war. Sie wäre mit ihnen, trotz der Schnelligkeit der Wandlung, auch fertig geworden, wären nicht Erscheinungen eines anderen Art dazwischengekommen.

Eine natürliche Folge der Unterdrückung des Denkens ist, daß es die extremsten Richtungen einschlägt. Ein Extrem zieht immer ein anderes nach sich. Werke sozialistischen und materialistischen Inhalts gingen als Handschriften und Broschüren um. Der Mittelpunkt dieser Propaganda war der Petersburger Journalistenkreis, der sich das Ziel setzte, jede Autorität zu untergraben, er predigte offen sozialistische und materialistische Ideen als das Zukunftsideal, das mit allen Mitteln anzustreben sei. Für die in diesem Kreis führenden Schriftsteller waren Ordnung, Recht und politische Freiheit leerer Schall bzw. Instrumente zur Erreichung anderer Ziele. Ihr einziges Ideal war ein in der Gemeinde versklavter Bauer und ein Arbeiter, dem in einem staatlichen Artel die Hände gebunden waren.

Während sich die russische Gesellschaft die für sie neuen sozialen Prinzipien, die eine vernünftige Auffassung von der Wirklichkeit und eine umsichtige Einstellung zu Freiheit und Recht erforderten, aneignen mußte, wurde ihr eingeredet, all das sei Unsinn und die gesamte bestehende Ordnung dem Untergang geweiht. Die sozialistische Propaganda, die auf den Petersburger Journalistenkreis zurückreichte, vergiftete und vergiftet bis heute einen beträchtlichen Teil der russischen Jugend. Sie rief Erscheinungen ins Leben, die Rußland vom richtigen Entwicklungsweg abbrachten und der Reaktion Tür und Tor öffneten.

Man sollte meinen, die Regierung hätte an den gesunden Kräften einen Halt gegen diese Bestrebungen finden können. Hier bestand jedoch eine Schwierigkeit anderer Art, ebenfalls durch das System der früheren Herrschaft hervorgebracht. Diese Schwierigkeit war jenes tiefe Mißtrauen gegen die Regierung, das in der russischen Gesellschaft unter dem Druck der Nikolai-Despotie so tiefe Wurzeln geschlagen hatte. Nicht nur die Träger extremer Ansichten, sondern auch der ganze denkende Teil der Gesellschaft war gewohnt, in der Regierung einen Feind zu sehen. Weder Verfechter noch Gegner der Neuerungen glaubten an die Festigkeit und Konsequenz der herrschenden Macht. Dazu trugen in hohem Maße jene Schwankungen, denen die Reformbestrebungen ausgesetzt waren, und die Intrigen der einander gegenüberstehenden Parteien um den Thron bei. Als die Umbildungen endlich auf dem festen Boden des Gesetzes standen, wurde ihre Ausführung Menschen aufgetragen, zu denen die Gesellschaft nicht das geringste Vertrauen hatte. Begreiflicherweise fand die Regierung, die die größten Umgestaltungen vollbrachte, unter solchen Umständen nicht die gebührende Unterstützung in der Gesellschaft.

Angesichts dieser Gesinnung stieß die sozialistische Propaganda natürlich auf keinen Widerstand. Während vom Thron herab 20 Millionen russischen Menschen die Freiheit gewährt wurde und die größte Umwälzung in der russischen Geschichte stattfand, wurden illegale Flugblätter gedruckt, die zur Vernichtung nicht nur der ganzen Zarenfamilie, sondern auch des gesamten Adels und der höchsten Beamten-schaft aufforderten.

Zu den inneren Schwierigkeiten kamen noch äußere. Der polnische Aufstand brach aus. Die Polen verstanden es nicht, Alexanders II. huldvolle Bestrebungen zu nutzen. Man machte ihnen große Zugeständnisse. Aber die Polen wollten alles oder nichts. Sie hatten vor, mit Gewalt zu entreißen, was der langsame Prozeß des sozialen Lebens ihnen ohnehin gewährte. Murawjow wurde nach Litauen entsandt, setzte den Regierungsterror dem revolutionären entgegen und schlug die Erhebung nieder. Auch der Aufstand in Polen wurde ohne besondere Mühe unterdrückt. Leider setzte die russische Regierung hier nicht den Schlußpunkt. Sie hielt es für nötig, die Selbständigkeit des Polnischen Reichs endgültig zu löschen, und gliederte es dem Russischen Reich ein. Das war ein schwerer politischer Fehler. Man darf

aber nicht ein Gliedmaß, das nicht mit dem Körper organisch verbunden ist, ihm rein mechanisch aufsetzen. Polen war schon immer und ist weiter eine wunde Stelle Rußlands; eine äußere Krankheit ist jedoch weniger gefährlich als eine, die ins Innere getrieben wird. Die Vernichtung der Selbständigkeit des Polnischen Reiches und alles Streben nach der Russifizierung dieses Landes fördern keineswegs seine

Annäherung an Rußland; im Gegenteil, sie erregen in der Bevölkerung nur noch mehr Haß gegen die Fremdherrschaft. Mit ihrem unvernünftigen Aufstand rückten die Polen die Möglichkeit einer richtigen Lösung der Frage in weite Ferne; aber auch die von der russischen Regierung getroffenen Maßnahmen bringen uns diesem Ziel nicht näher. Am Ausgang des 19. Jahrhunderts bleibt das eine dräuende Frage der Zukunft.

Es war nicht so leicht, der geistigen Gärung im Land Herr zu werden. Von der sozialistischen Propaganda berauscht, ging ein Teil der russischen Jugend unter Volk... All das verfolgte offenbar das Ziel, die unwissende Masse gegen die Regierung und die obersten Klassen aufzubringen. Maßnahmen, die die Regierung ergriff, verschlimmerten das Übel noch mehr. Selbstverständlich waren sie nur dazu angetan, den Grimm zu verstärken. Verbannte trugen die revolutionären Ideen in jede noch so entfernte Gegend Rußlands. Die Nihilisten bildeten eine festgefügte Organisation... Eine ganze Serie von Morden setzte ein. Ähnlich dem, wie ein Verrückter manchmal eine erstaunliche List entwickelt, um seine sinnlosen Ziele zu erreichen, schienen die russischen Nihilisten ihren ganzen Verstand und Willen darauf zu richten, Rußland vom richtigen Weg abzudrängen, es in ein vollständiges Chaos zu stürzen und so letztendlich die härteste Reaktion auszulösen. Die Regierung, die eine Zeitlang den Kopf verlor, dachte daran, sich an die Gesellschaft zu wenden und ihren Beistand zu fordern. Es gab sogar das Projekt, eine Konferenz von gewählten Personen einzuberufen und über legislative Fragen zu beraten. Aber die wahnsinnigen Nihilisten hatten das Projekt verhindert. Die Ermordung des Zaren setzte allen liberalen Initiativen ein Ende.

Die Übelthat vom 1. März veranschaulichte das abgrundtiefe Übel, das sich in der russischen Gesellschaft angestaut hatte. Wenn die Leichtigkeit, mit der die großen Umgestaltungen Alexanders II. vollbracht und angeeignet wurden, darauf hinwies, daß diese Gesellschaft auch gesunde Kräfte hatte, die fähig waren, den Weg von Aufklärung und Fortschritt zu gehen, deckte die nihilistische Bewegung jene verfaulten Säfte auf, die, von der vergangenen Unterdrückung hervorgebracht und zusammengepreßt, zu inneren Eiterbeulen ausgewachsen waren und nun den ganzen Organismus infizierten. Rußland mußte die Strafe dafür tragen; sie nahm die Form der Reaktion an. Der Wahnsinn trug seine Früchte: Anstatt die Freiheit erweitern zu helfen, zwang er die Bewegung zum Krebsgang.

Führend (in der öffentlichen Reaktion – d. Red.) war ein Journa-

list, der recht viel Geist, Bildung und Talent hatte, aber allen moralischen Motiven fremd und nur auf seine persönlichen Ziele – Macht und Einfluß – aus war. Die Rolle, die er (gemeint ist Michail Katkow – d. Red.) in der polnischen Frage gespielt hatte, verhalf ihm zu einer herausgehobenen Stellung. Er sah, daß man, auf Patriotismus spekulierend, sowohl auf die Regierung als auch auf die Gesellschaft erfolgreich einwirken konnte. Das patriotische Banner, das er schwenkte, wurde jedoch in seinen Händen beschmutzt. Es hörte auf, der Inbegriff heiliger Gefühle und edler Bestrebungen zu sein; vielmehr wurde es zu einem Synonym der Kriecherei und Bedrängnis. Das war eine gehässige Hetze gegen alle angegliederten Völkerschaften, denen das Streben nach Separatismus zu Last gelegt wurde. Jede Äußerung der Unabhängigkeit wurde verteufelt; alles mußte sich der omnipotenten Staatsmacht fügen, die alle auf einen einheitlichen Stand reduzierte...

Die Behauptung einer Macht, die fähig gewesen wäre, die revolutionären Bestrebungen, die sich in so erschreckenden Ausmaßen offenbart hatten, zu unterdrücken, war nach dem Ereignis vom 1. März zweifellos ein Gebot der Zeit. Es genügt jedoch nicht, die Macht stärken zu wollen; man muß noch wissen, worin ihre wahre Stärke liegt. Sie besteht nicht nur in mechanischen Mitteln allein; daran mangelte es nicht. Die Stärke einer Macht erschöpft sich nicht in materiellen Mitteln. Dazu gehört außerdem ein geistiges Element: jene moralische Autorität, die der Regierung das Vertrauen und den Respekt des Volkes einbringt. Um aber die moralische Autorität zu erlangen, muß man sich auf die gesunden und stabilen Kräfte der Gesellschaft stützen. Besonders notwendig ist das, wenn eine seit langem verschleppte Krankheit kuriert werden muß. Indessen handelte die Reaktion, die nach dem tragischen Tod des Zaren und Befreiers begann, gerade umgekehrt. Sie wandte sich nicht nur gegen die verfaulten Säfte, sondern auch gegen die gesunden Elemente der Gesellschaft. Jede unabhängige Kraft, jede öffentliche Aktivität galten als gefährlich. Die Behauptung der Macht wurde einer alten, zu nichts tauglichen Bürokratie ohne jede Autorität anvertraut...

Von allen Produkten der Epoche der Reformen blieben die allgemeinen Gerichte allein unangetastet, aber dort kam ein neuer Geist auf, der völlig entgegengesetzt war jenem uneigennütigen und hohen Wahrheitsdrang, der diese Gerichte in der Anfangszeit inspiriert hatte. Einer allmächtigen Regierung fällt es nicht schwer, jede Spur von Unabhängigkeit in den Gerichten zu vertilgen und nur deren äußere Hülle zu belassen...

Auf all das sah die gedemütigte russische Gesellschaft mit stumpfer Gleichgültigkeit. Aus Angst vor unvermeidlicher Strafe wagte niemand, den Mund aufzumachen. Für jedes halbwegs unabhängige Wort fiel ein Mensch sofort in Ungnade und fand nirgends Unterstützung. Die edlen Bestrebungen der Epoche der Umgestaltungen schienen in eine nebelhafte Ferne entrückt.

In Literatur und Gesellschaft gewannen extreme Richtungen die Oberhand. Der reaktionären Partei gehörten neben der herrschenden Bürokratie ruinierte bzw. so gut wie ruinierte Adlige an, die eigennützig zur Regierung als zu der Quelle aller materiellen und karrieremäßigen Wohltaten beteten. In dieser Partei drängte sich ferner die von Katkow geformte Generation, die auf den Namen junge Schufte hörte, nur Willkür und Kriecherei kannte und gemeinsam mit ihrem Abgott Lobgesänge auf die Regierung anstimmte, wobei besonders die Tatkraft und Weisheit Alexanders III. gepriesen wurden. Schließlich gehörte zu dieser Partei jene Masse von trivialen Personen, von denen es in jeder Gesellschaft wimmelt, besonders einer so obskuren Gesellschaft wie der unsrigen, die mit dem Strom schwimmt und jeder Macht zu huldigen bereit ist. Man kann sagen, daß das die schlimmsten Elemente der russischen Gesellschaft waren, die jedoch unter der Herrschaft der Reaktion in besonderer Gunst

standen, besonders wohlwollend erhört wurden und sich emporzudringen durften.

Die entgegengesetzte Richtung umfaßte dagegen die ganze in Bewegung geratene Jugend, die von edlen Bestrebungen erfüllt war, aber keine vernünftige Leitung hatte. Diese Kräfte konnten noch weniger als die ersten zur richtigen Entwicklung des russischen gesellschaftlichen Lebens beitragen. Eher waren sie das größte Hindernis für dieses Leben. Der Sozialismus ist eine sinnlose Negation der gesamten bestehenden Gesellschaftsordnung um einer phantastischen Zukunft willen; was konnte er also der sozialen Ordnung anderes als Zerstörung geben? Wegen der sozialistischen Propaganda wurde die russische Gesellschaft um die Früchte der großen Umgestaltungen Alexanders II. gebracht. Gerade diese Propaganda löste die Reaktion aus und diente dieser sogar als die wichtigste Stütze. Wenn unfertige junge Leute Geheimorganisationen bildeten und das Volk in den Fabriken aufwiegelten, war das für die Polizei ein gefundenes Fressen. Eine bessere Rechtfertigung hätte sie selbst nicht erfinden können.

In der russischen Gesellschaft mangelte es nicht an gesunden Kräften, aber sie waren erniedrigt und unter den extremen Richtungen verirrt.

Rußland tritt in das 20. Jahrhundert. Was ist aus dem Aufschwung des Geistes, aus den großen Hoffnungen geworden, mit denen es die Umbil-

dungen des Zaren und Befreiers aufgenommen hatte? All das hat sich verflüchtigt. Zum Glück kann die Leibeigenschaft nicht zurückkehren; nur das allein läßt auf eine bessere Zukunft hoffen. Aber selbst wenn Rußland nicht mehr das Schandmal der Leibeigenschaft trägt, ist es doch, genauso wie in der Zeit vor den Reformen, „von gottloser Heuchelei, verderblicher Lüge, toter und schändlicher Faulheit und allem Greuel gezeichnet“ (A. Chomjakow – d. Red.):

Armes Rußland! Dabei hatte es so viele gute Kräfte! So viele edle Bestrebungen! Wie leicht könnte im Grunde eine Regierung, die ihre Berufung versteht, dieses herzensgute, kluge, gefügige, zugleich aber energische und begabte Volk lenken! Sie müßte lediglich nicht das Schlechteste an ihm, sondern das Beste, nicht die Sklaverei und Heuchelei, sondern das Gesunde und Unabhängige fördern. Unsere gegenwärtige Politik ist eine Wiederholung der Politik aus der Vorreformzeit; sie wird unvermeidlich gleiche Resultate zeitigen: zuerst ein geistliches und moralisches Absinken des gesellschaftlichen Niveaus, was schon eingetreten ist, dann eine Katastrophe, die Rußland aus der falschen Bahn, in der es steckengeblieben ist, schleudern und wieder auf den richtigen Weg der gesetzmäßigen Entwicklung bringen wird.

Eine Katastrophe ist aber auf jeden Fall Sache des Zufalls. Sie kann nahe oder fern sein; inneren Unruhen oder äußeren Ereignissen entspringen; all das ist ein Geheimnis der Geschichte. Aufgabe des denkenden Teils der russischen Gesellschaft besteht darin, sich im voraus auf eine bessere Ordnung der Dinge vorzubereiten.

In der Vorreformzeit umrissen die besten Köpfe schon das ganze Programm künftiger Umgestaltungen; deshalb kamen diese so leicht zustande. Heute ist es Pflicht der denkenden Menschen, genauso sich selbst und der Gesellschaft die herangereiften Aufgaben des russischen Lebens vorzustellen.

Diese Aufgaben stellen sich schon anders als in der Zeit vor den Reformen. Was damals geplant wurde, ist heute Wirklichkeit. Es wäre nicht besonders schwer, die Entstellungen zu beseitigen und zur normalen Sachlage zurückzukehren, doch muß man sich genau die Rechenschaft darüber abgeben, unter welchen Bedingungen das möglich ist. Dazu aber muß man wissen, wo die Wurzel des Übels liegt.

Für jeden denkenden Beobachter des heutigen russischen Lebens ist es offensichtlich, daß das größte Übel, das uns zerfrißt, in jener uferlosen Willkür besteht, die überall herrscht, und auch in jenem Lügennetz, in dem sich die russische Gesellschaft von unten bis

oben verfangen hat. Die Wurzel des einen und des anderen liegt in der bürokratischen Leitung, die, von niemandem behindert, alle unabhängigen Kräfte unterdrückt und durch immer größere Machtkonzentration in ihrer Hand das ganze russische Leben demoralisiert. Das ist unser altes Übel, doch schien es, daß wir einen Ausweg daraus gefunden haben. Die überaus große Bedeutung der Reformen Alexanders II. bestand eben darin, daß sie dem russischen Staat das für ihn neue Fundament von Freiheit und Recht gaben und den öffentlichen Kräften auf die Beine halfen. Diese Umgestaltungen erstreckten sich jedoch nicht auf alle Seiten des staatlichen Lebens. Früher oder später mußte sich der Widerspruch zwischen alt und neu auswirken: Entweder mußte die Bürokratie die unabhängigen gesellschaftlichen Kräfte unterdrücken, oder diese letzteren mußten die Methoden und Gewohnheiten der bürokratischen Verwaltung verändern. Die nihilistische Bewegung spielte der Bürokratie in die Hände, und sie nutzte das aus, um die gesellschaftlichen Kräfte niederzuschlagen und die von der Reform ins Leben gerufenen Institutionen zu unterwandern. Es ist klar, daß man zur normalen Ordnung nur über die Einschränkung der bürokratischen Willkür kommt.

Es ist jedoch unmöglich, die Bürokratie zu beschränken, wenn man jene Macht unangetastet läßt, der die Bürokratie als Werkzeug dient und die noch häufiger der Bürokratie ein Werkzeug ist: die uneingeschränkte Macht des Monarchen. Solange diese besteht, wird die grenzenlose Willkür auf dem Gipfel immer eine ebensolche Willkür in den untergeordneten Bereichen bewirken. Die gesetzliche Ordnung kann nie dort gefestigt werden, wo alles von einem persönlichen Willen abhängt und wo jede mit Macht ausgestattete Person sich unter Vorschützen der allerhöchsten Weisung über das Gesetz stellen kann... Gegen eine solche Auffassung werden zweifelsohne alle theoretischen und praktischen Verehrer der Selbstherrschaft ein Geheul erheben, da sie in ihr etwas sehen, was unzertrennlich mit dem Leben des russischen Volks selbst zusammengewachsen sei... Von all diesen Ausführungen läßt sich herzlich wenig in Betracht ziehen. Das kriecherische Gerede von einer mystischen Verschmelzung von Zar und Volk, die angeblich nur bei uns existiert, sonst nirgends, obwohl die Geschichte der westeuropäischen Länder höchst lehrreiche Beispiele dafür liefert, sollten offiziellen Grußadressen, Beamtenberichten und Zeitungsartikeln bestimmter Art überlassen werden. Ernsthaft läßt sich diese Frage nur vom politischen Standpunkt aus betrachten.

Es ist politisch absurd, sich einzubilden, für ein leibeigenes Volk eigne sich die gleiche Regierungsform wie für eine soziale Lebensweise... Solange der ganze unterste Stand in Sklaverei lebt, kann es keinen anderen Staat geben als den Staat der Aristokratie oder der Monarchie in Reinkultur. Dieweil aber die Leibeigenschaft unten beseitigt ist, muß sie auch oben beseitigt werden. Dann wird sich das Volksleben vor anderen Aufgaben sehen und die Freiheit ihr Recht fordern. Bedenkt man, daß ein einziger Wille einer gar nicht darauf vorbereiteten Person, eines Menschen bisweilen ohne besondere Fähigkeiten (sie sind immer eine Ausnahme) und ohne die gebührende Erfahrung in den staatlichen Angelegenheiten, nach eigenem Güttdünken Millionen Menschen mit all den sich aus der Freiheit ergebenden, unendlich komplizierten Beziehungen lenken muß, stellt man sich die ganze Unvernunft dieser Zustände erst richtig vor. Die Selbstherrschaft der russischen Zaren ist jetzt ein Schauplatz persönlicher Interessen der niedrigsten Art. Sie kann diese Lage nur überwinden,

wenn sie nach all den Umgestaltungen, die sie im Lande vollbrachte, auch sich selbst umgestaltet. Sie hat die allgemeine Freiheit eingeführt und der Gesellschaft auf die Beine geholfen, jetzt muß sie sich selbst beschränken und so ihr Werk vollenden. Das ist ihre wirkliche Aufgabe. Nur auf diese Weise kann sie ihre zersetzende Umgebung durchbrechen; nur auf diesem Weg kann in Rußland die gesetzliche Ordnung eingeführt und die uns überall niederdrückende Willkür gezähmt werden.

Besteht die Hoffnung, daß eine solche Umgestaltung in mehr oder minder naher Zukunft zustande kommt? Man muß zugeben, daß diese Wahrscheinlichkeit gering ist.

Zu glauben, ein Monarch würde seine Macht aus eigenem Antrieb, von seiner Großmut dazu bewogen, einschränken, bedeutet, die menschliche Natur nicht zu kennen. Gewiß, er mag die ganze Schwere seiner Bürde empfinden, aber die Anziehungsmagie der Macht ist dermaßen groß, daß sie allein alle unvorteilhaften Seiten der Macht aufwiegen kann. Hinzu kommt

der Einfluß der Umgebung, von Menschen, deren persönliche Interessen durch und durch mit der Aufrechterhaltung dieser Macht verbunden sind, weil sie in deren Schatten ihre eigennützigen Ziele erreichen. Einen sehenswerten Vorwand für die Aufrechterhaltung der Macht findet sich immer: das Volksempfinden, eine historische Mission, der angebliche Nutzen des Vaterlandes, ein möglicher Zerfall des Staates,

kurzum, all jene Merkmale, die bemüht werden, wenn eine Einschränkung der Willkür verhindert werden soll...

Bei uns kann eine von außen kommende Katastrophe den Prozeß des gesellschaftlichen Selbstbewußtseins beschleunigen. Sie kann völlig überraschend passieren. Die heutige gespannte Lage in Europa liefert genügend Anlässe zu Zusammenstößen. Die Großmächte stehen, schwer bewaffnet, einander gegenüber und bauen ihre Heere fortwährend aus, so daß jeder Funke einen Brand auslösen kann...

Rußland muß seinen Volksgeist wachrütteln, das aber ist nur bei einer völligen Umkämpfung der gesamten Innenpolitik möglich. Das russische Volk kann zu einem neuen Leben aufgerufen werden, wenn sich darin die Prinzipien von Freiheit und Recht durchgesetzt haben. Die uneingeschränkte Macht, diese Quelle jeder Willkür, muß einer auf dem Gesetz fußenden verfassungsmäßigen Ordnung den Platz abtreten... Wird das Wissen um diese hohe Berufung in Rußland erwachen? Die Zukunft wird zeigen, ob dieses Wissen sich aus einer richtigen inneren Entwicklung ergibt oder aber um den Preis der Ströme von Blut und des Untergangs vieler Generationen erkaufte wird. Vielleicht wird auch bei uns ein Staatsmann hervortreten, der die Aufgaben der Zeit begreift und Rußland auf den ihm von der Geschichte zugedachten Weg zu bringen vermag. Auf jeden Fall ist es unmöglich, bei der heutigen kurzsichtigen Despotie zu bleiben, die alle Volkskräfte lähmt. Damit Rußland vorwärtsmarschieren kann, ist es notwendig, daß die Macht der Willkür durch eine Macht abgelöst wird, die vom Gesetz begrenzt und von unabhängigen Institutionen umzäunt ist. Die Bürgerfreiheit muß durch politische Freiheit untermauert und gefestigt werden. Früher oder später, auf diesem oder anderem Wege wird das vollzogen werden, auf jeden Fall kommt das mit Notwendigkeit, weil das von der Notwendigkeit diktiert wird. Die Macht der Ereignisse wird unausweichlich zu diesem Ausgang bringen. Das eben ist die Aufgabe des 20. Jahrhunderts.

Die englische Zeitschrift „Detente“, Untertitel: „Vierteljahrszeitschrift für das Verständnis der Sowjetunion“, brachte in ihrer Nr. 15 1989 einen größeren Artikel von Alexander Sinowjew, „Der ausgebliebene dritte Weltkrieg, die Krise des Kommunismus und die Offensive der Demokratie“. Der Artikel ist gehaltvoll und interessant. Der dritte Weltkrieg, schreibt Sinowjew, ist vorübergegangen, ohne stattgefunden zu haben. Er ist nicht aufgehoben, sondern an uns vorbeigegangen, indem er sich in regionalen Kriegen und einem erbitterten kalten Krieg „aufgelöst“ hat.

Warum gehört er der Vergangenheit an? In diesem Artikel wird eine überzeugende Antwort gegeben. Für diesen Krieg war alles gerüstet. Die Waffen standen bereit. Doch sie blieben ungenutzt. Für einen zukünftigen Krieg taugen sie nichts mehr, deshalb werden sie jetzt verschrottet. Die strategischen Doktrinen lagen ebenfalls vor. Jetzt werden sie revidiert. Die Teilung der Welt in zwei Lager entsprach einer Vorkriegssituation. Jetzt ist sie aufgebrochen, eine geopolitische Umgruppierung findet statt. Der Krieg war insgesamt vorbereitet, aber es kam nicht dazu.

Ein Ergebnis dieses nicht zustande gekommenen Krieges und der langen Friedensperiode ist, wie Sinowjew schreibt, die tiefe Krise des Kommunismus. Die Schuld liegt nicht in den Fehlern eines Stalin oder Breschnew, nicht im subjektiven Faktor, sondern in den objektiven Gesetzmäßigkeiten des kommunistischen Systems, die sich in einer längeren Friedensperiode in ihrer ganzen Unerbittlichkeit gezeigt hätten.

Weil der Kommunismus in der Krise steckt, werden Demokratisierung, neue Offenheit und Pluralismus verkündet. Insgesamt wolle man die Krise mit westlichen Methoden überwinden. Sinowjew fragt: Können sie Erfolg bringen, wenn der Kommunismus bleibt, was er ist? Seine Antwort fällt negativ aus. Erstens, weil die jetzige Führung erklärt hat, daß sie der kommunistischen Idee treu bleibt. Und „ein aufblühender demokratischer Kommunismus, der ohne ideologische Diktatur auskommt, ist logischerweise Nonsens“. Zweitens, weil man Demokratie nicht „einführen“ kann. Rußland sei doch das klassische Land der Sklaverei und Unterdrückung. Die russische Tradition erfordert den Kommunismus.

Die Schlußfolgerung: Die jetzige „Verwestlichung“ der Sowjetunion wird immer oberflächlich und inkonsequent bleiben. Sie ist weiter nichts als ein Instrument, die Krise des Kommunismus zu überwinden. Des weiteren führe ich ein längeres Zitat an, das die Absicht des ganzen Artikels zusammenfaßt:

„Das wirkliche Ziel der Perestroika ist die Herausbildung eines diktatorischen Apparats im Sinne Stalins, die Nutzung dieser Diktatur für die Wiederherstellung der Ordnung im Land, die Modernisierung der Streitkräfte, um möglicherweise die Position der stärksten Supermacht

der Welt zu erreichen. Alles andere ist nur ein Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, eine Taktik, um die wirklichen Absichten und Handlungen zu kaschieren. Die Sowjetunion streicht ihren friedfertigen Charakter heraus und erpreßt die Welt mit ihrer Perestroika, wobei sie nur dieses Ziel im Kopf hat.

In 5 bis 10 Jahren wird die Krise in der UdSSR überwunden sein. Dann wird die Maske der Verwestlichung schnell fallen, und der Kommunismus zeigt wieder seine Zähne und Klauen. Wieder wird die Welt nicht den Zusammenbruch des Kommunismus, sondern einen Kommunismus erleben, der zu einem neuen Angriff auf den Kapitalismus bereit ist. Die sogenannte postkommunistische Ära ist nur ein Traum des Westens.“

Ein Essay zur Geschichtsphilosophie also. Sinowjews Ideen lassen sich in vielen Punkten anfechten. Man kann bestreiten, daß in Rußland nicht an Demokratie zu denken ist und daß es die russischen Menschen „aus Gewohnheit“ zu Armut und Demütigung zieht. Man kann seine These bestreiten, daß jetzt nur eine Umgruppierung der Kräfte vor einem neuen, dem vierten Weltkrieg stattfindet. Immerhin ist internationale Entwicklung mehr als nur eine Umgruppierung und ein Inmarschsetzen von Kolonnen verfeindeter Streitkräfte. Neben früher ungekannten weltweiten Problemen wie der ökologischen Herausforderung und der atomaren Gefahr entsteht eine neue internationale und „persönliche“ Ethik. Schließlich kann man die sowjetische Perestroika nur als „Rauchvorhang“ vor dem westlichen Betrachter bezeichnen, wenn man nicht bemerkt, was bei uns in Wirklichkeit vor sich geht: ein Aufschwung der demokratischen Bewegungen, die Herausbildung von Parlamentarismus, Markt und politischer Freiheit.

So etwa könnte man schreiben, wollte man Sinowjews düstere Vorausschau widerlegen. Das erübrigt sich jedoch. Weil nämlich eine solche Vorausschau weniger eine unumstößliche logische Schlußfolgerung aus feststehenden Tatsachen ist als vielmehr das Ergebnis einer inneren Überzeugung, eines Glaubens an die Unvermeidlichkeit des einen oder anderen Verlaufs der Ereignisse. Und dagegen zu polemisieren ist bekanntlich vergebens.

Als Antwort an Sinowjew führe ich an, was der Klassiker der Soziologie Max Weber vor 80 Jahren in einer ähnlichen Situation gesagt hat, nämlich unmittelbar nach dem ersten mißlungenen Umbauversuch dieses Jahrhunderts in Rußland, der Revolution von 1905 – 1907. Damals hieß es, ein neues und starkes demokratisches Rußland wäre bei erfolgreich verlaufener Revolution ein gefährlicher Nachbar für Deutschland geworden. „Zudem halte ich an der Ansicht fest“, schreibt Weber, „daß die Erneuerung Rußlands *kommen wird* und daß es folglich im Interesse Deutschlands liegt, daß diese Erneuerung *möglichst schnell* kommen möge, damit wir so bald als möglich durch unmittelbare Wechselwirkung von Volk zu Volk die uns trennenden Fragen lösen können. Nicht also nur im Hinblick auf die uns allen gemeinsamen hohen Kulturaufgaben, sondern auch mit Rücksicht auf die unmittelbaren Aufgaben der *deutschen* Interessen sind alle meine Sympathien seit langer Zeit auf seiten der russischen Freiheitsbewegung. Ich würde es als politische Kurzsichtigkeit und Feigheit, als etwas, das eines starken und stolzen Volkes völlig unwürdig ist, betrachten, wenn wir die Lösung dieser Fragen auf unsere Nachkommen abwälzen wollten. Irgendwelche ‚Angst‘ vor den Folgen einer Erneuerung Rußlands ist mir völlig fremd.“

Weber war Historiker, Soziologe und was man heute Realpolitiker nennt. Er glaubte an eine Demokratie nicht nur für sich, für Deutschland, für den Westen. Er nahm zu Recht an, daß dieser Glaube, verbunden mit den Anstrengungen beider Nationen, imstande ist, die demokratische Erneuerung Rußlands näherzubringen. Sät man dagegen Feindschaft und Mißtrauen, ist sie höchstens hinauszuschieben.



Antwort an Alexander Sinowjew

Leonid Ionin



Die Moskauer, die die Drängelei in den Geschäften, die Luftverschmutzung, die verwahrlosten Höfe und Straßen satt haben, warten schon seit Jahren darauf, daß sich ein Mensch oder eine Organisation findet, die ihr Leben erleichtern kann. Nun wurde in der Hauptstadt ein Fonds der wissenschaftlich-technischen Entwicklung von Moskau gegründet. **Alexander Jakowlew** wurde sein Direktor.

Nach Abschluß der chemischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität arbeitete er eine Zeitlang in einem Forschungsinstitut. Dann wechselte er in das Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjets über, wo er die Verwaltung für die Ausarbeitung und Finanzierung von komplexen wissenschaftlich-technischen Zielprogrammen leitete.

„Unsere Aufgabe besteht darin, die Hauptstadt besser, sauberer und schöner zu machen“, sagt der 40jährige Chef der neuen gesellschaftlichen Organisation, die auf Initiative des Mosowjets und des Staatskomitees der UdSSR für Wissenschaft und Technik gegründet wurde. Vorrangige Tätigkeitsrichtungen des Fonds sind die Ökologie, das Gesundheitswesen und stadtgestalterische Maßnahmen. Zu den dringlichsten Aufgaben gehört der Aufbau eines effektiven Entsorgungssystems für die Moskauer Wärmekraftwerke und die Einführung von Kleingeräten für die Straßenräumung, denn das vergangene Jahr war fast ein Rekordjahr der Verletzungen aufgrund nichtbeseitigten Eises gewesen. Weiter will Alexander Jakowlew über Agitation und kommerzielle Tätig-

keit großangelegte Projekte in Angriff nehmen wie z. B. die Einführung der Strichkodierung in den Moskauer Geschäften. Sie wird effektiv in vielen Ländern eingesetzt und ergibt eine verblüffende Zeiteinsparung für den Käufer.

Der Fonds kann eine Goldgrube für kleine und bislang unrentable Betriebe werden, die in der Lage sind, seine Aufträge operativ zu erledigen. Also alles, was das Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsowjets nicht realisieren konnte, entweder aufgrund der schwerfälligen Struktur und wegen fehlender Mittel oder weil man nicht wollte, will der Fonds nun anpacken. Alexander sieht in seiner Organisation natürlich kein Allheilmittel für Moskau, ist aber überzeugt, daß der Fonds einige größere dringliche Probleme lösen kann.

Der 30jährige **Sergej Skripkin**



ist der Regisseur des unlängst beim Moskauer Planetarium gegründeten „Phantastik-Theaters“. Einige Probeinszenierungen des Theaters waren ein Reifall, das Stück „Maskierung“ nach Erzählungen des amerikanischen Schriftstellers Henry Catner brachte dann aber den Erfolg. Unter Ausnutzung der technisch-optischen Möglichkeiten des Planetariums, womit der Sternenhimmel auf die Kuppel pro-

jiziert werden kann, hat der Regisseur eine völlig ausgefallene Dekoration geschaffen.

Das Theater hat keine ständige Truppe, alle in den Stücken beschäftigten Schauspieler sind jedoch Profis. Normalerweise stehen sie bei Sergej unter Vertrag.

„Unser Theater ist flexibel“, erzählt Sergej Skripkin. „Wir können auf jeder beliebigen Bühne mit einem Minimum an Dekoration auftreten. Für die „Maskierung“ haben wir überhaupt keine Bühne gebraucht, sie wurde durch den Zuschauersaal des Planetariums ersetzt.“

Zum Repertoire des „Phantastik-Theaters“ gehört auch die dramatische Komposition „Universum des Nikolai Rerich“, eine Inszenierung unter der Kuppel des Planetariums nach Motiven der Werke von Rerich mit der Demonstration von Dias und von der Musik Rachmaninows untermauert.

Sergej ist der Meinung, daß

das „Phantastik-Theater“ die Traditionen des Planetariums der 30er Jahre weiterführt, als hier originelle Veranstaltungen mit der Verwendung optischer Effekte stattfanden.



Wenn jemand von den Lesern der NZ vor zwei Jahren zufällig sein Porträt von einem der Künstler in Bitzy oder im Ismailowo-Park für 50 Kopeken anstatt der üblichen 10 -15 Rubel hat malen lassen, werfen Sie es nicht weg. Sein Autor ist der inzwischen anerkannte Avantgardist **Michail Smortschewski**.

Stolz darauf, seinen aristokratischen Stammbaum bis zum Jahr 1416 zurückverfolgen zu können, wuchs Smortschewski in einem Kinderheim auf. Dieses befand sich gerade gegenüber des Surikow-Instituts, und Michail gewöhnte sich daran, dort vorbeizuschauen. Später wechselte er die Arbeitsstellen (die letzte als Feuerwehrmann mit einem Gehalt von 80 Rubel), die Liebe zur Kunst aber blieb.

Wegen der Darstellung von „radikalen politischen Ansichten“ in seinen Kunstwerken hatte er viele Zusammenstöße mit den Ordnungshütern. Die politisierte Kunst des Malers richtete sich gegen den Krieg in Afghanistan, gegen die Verbannung von Akademiemitglied Sacharow nach Gorki... Große Resonanz, darunter auch in der Form von administrativer Gewaltanwendung, riefen 1989 die Bilder „Lebenswasser der Perestroika“ und „Glockenspiel von Tbilissi“ hervor. Im Aus-

Der Bauer

Wassili Werschinin, der vor kurzem gewählte Vorsitzende des Moskauer Bauernverbandes, hat sein eigenes, auf die Ideen von Alexander Tschajanow aufbauendes Programm zur Wiedergeburt der Bauernschaft. Er ist der Ansicht, daß der Boden unentgeltlich denen in Besitz zu übergeben ist, die ihn unmittelbar bewirtschaften. Der Eigentümer des Bodens muß das Recht bekommen, nach 10-15 Jahren diesen Boden verkaufen zu können, um, wenn es nötig ist, das in den Boden investierte Kapital und die Arbeit zu kompensieren. Dabei darf der Boden nur in Privateigentum abgegeben werden. Dann können die Bodenbesitzer schon nach eigenem Ermessen festlegen, ob sie Einzelwirtschaften betreiben oder ihren Boden zusammenlegen und als Kolchos, Sowchos oder Genossenschaft wirtschaften wollen.

Der Boden, den niemand in eigenen Besitz nehmen will, sollte im Namen der Sowjetmacht Privatunternehmern in Pacht gegeben werden. Das können sowohl die Leiter der Kolchosen oder Sowchosen sein, die Lohnarbeiter beschäftigen. Die Lohnarbeiter haben das Vorrecht, wenn sie es wünschen und wenn sie über eine entsprechende Ausbildung verfügen, den Boden von den Pächtern in Privatbesitz zu übernehmen.

Und außerdem muß nach Meinung von Werschinin die gesamte soziale Sphäre der Dorfentwicklung den Dorsowjets übergeben werden, die bäuerlichen Genossenschaften, Kolchosen und Sowchosen behalten nur ihre Produktionsfunktionen.

Wassili wurde in einem kleinen, 17 Höfe zählenden Dorf an der Wjatka geboren, das nach einem seiner Vorfahren benannt wurde, der hierherkam und das erste Haus baute – Werschinjata. Das Dorf gibt es nicht mehr. Wie viele andere wurde es in den Jahren der Agrarexperimente liquidiert. Werschinin machte seinen Weg vom Fahrer bis zum Kolchosvorsitzenden, da war er 24. Gleichzeitig studierte er im Fernstudium an einer Landwirtschaftshochschule. Seine Aspirantur schloß er am Unionsforschungsinstitut für Ökonomie der Landwirtschaft ab, dann war er Sowchodirektor. In den darauffolgenden Jahren beschäftigte er sich mit der Untersuchung der Vertragsbeziehungen. Seit Anfang der 80er Jahre kämpft er für den Entwicklungsweg der Landwirtschaft über bäuerliche Genossenschaften.



land wurde Smortschewski ein anderer Empfang bereitet, unlängst wurde er Ehrenmitglied der Amerikanischen Assoziation für die Entwicklung der polnischen Kultur. Wie viele andere sowjetische Avantgardisten ist Michail im Westen bekannter als in der Heimat.

Persönlich bekannt mit Wojciech Jaruzelski, Tadeusz Mazowiecki und vielen anderen polnischen Politikern, ist Smortschewski überzeugt, daß die Tätigkeit der offiziellen Freundschaftsgesellschaften weit vom Ideal entfernt ist. Deshalb initiierte er die Gründung der Moskauer „Polonia“, die auf freiwilliger Grundlage die Polen der sowjetischen Hauptstadt vereint, und wurde deren Vorsitzender. In dieser Eigenschaft sorgt er sich jetzt mehr um organisatorische Fragen. Obwohl die Gesellschaft schon beim Mossowjet registriert ist, verfügt man bis jetzt weder über Räumlichkeiten noch über einen Stempel. Außerdem ist Smortschewski der Meinung, daß es an der Zeit sei, in Moskau ein Museum der polnischen Kultur einzurichten. Die ersten Exponate sind bereits vorhanden, aber von Räumlichkeiten kann man nur träumen...

Erstmals gewann beim Internationalen Robert-Casadesus-Pianistenwettbewerb in Cleveland ein sowjetischer Pianist den ersten Preis, der Absolvent des Moskauer Tschaikowski-Konservatoriums **Sergej Babaian**.

„Früher gab es nur eine Möglichkeit, an einem internationalen Wettbewerb teilzunehmen, nämlich über eine offizielle Auslese“, erzählt der 28jährige Maestro. „Das hat seine Vor-(der Staat bezahlt die Reisekosten und Tagegeld) und Nachteile. Viele talentierte Musiker konnten nicht auf



den großen Bühnen auftreten (dafür muß man Preisträger sein), weil sie bei der Auslese durch das Sieb gefallen sind. Ich konnte auch nie diese, eigentlich unnötige, Hürde überwinden.“

In unserem Land gab es überhaupt keine Auslese für den Wettbewerb in Cle-

veland. Sergej fuhr in die USA auf eigenes Risiko und eigene Gefahr. Das war wirklich mit Risiko verbunden, weil das offiziell umgetauschte Geld nur für die Fahrkarte von New York nach Cleveland reichte. Die Rückreise konnte er nur dank des Preisgeldes antreten...

„Entsprechend den Bedingungen des Wettbewerbs geht der Gewinner auf Konzertreise durch Amerika und Europa. Es ist auch ein Debüt mit dem hervorragenden Sinfonieorchester Cleveland vorgesehen“, fährt Sergej fort. „Gegenwärtig habe ich jedoch im eigenen Land weder Gastspiele noch Arbeit...“

Von seinen 53 Jahren hat der Amerikaner **James Fogle** insgesamt 35 Jahre hinter Gittern zugebracht. Bei der Lektüre von schöngeliger Literatur im Gefängnis kam er zu dem Schluß, daß er das zumindest genauso gut könne. Er befestigte am Kopfende seines Bettes einen kleinen Tisch mit einer Schreibmaschine und ging ans Werk. Das erste Buch „Satan's Sandbox“, ein Roman aus dem Leben der Häftlinge, fand keine Beachtung. Zu Hel den seines zweiten Buches machte Fogle Drogensüchtige, wobei er sich auf die eigenen Erfahrungen sowie auf die Erzählungen seines Mithäftlings stützte. Fogle übergab den Roman einem im Filmgeschäft arbeitenden Journalisten, den er kannte. Als sich ein Regisseur für das Werk zu interessieren begann



und die Schauspieler für die Hauptrollen gefunden waren, saß Fogle bereits wieder im Gefängnis. Der Film kam trotzdem in die Kinos der USA, und James Fogle bekam dafür 12 000 Dollar. Er kann sie aber erst ausgeben, wenn er seine Haftstrafe verbüßt hat, und das wird im Jahre 2001 sein.

Jeder für sich und gemeinsam



Susan Eisenhower, die Enkelin des Präsidenten, der die USA in den ersten Jahren des kalten Krieges regierte, und **Roald Sagdejew**, früher einer der Leiter des sowjetischen Kosmosforschungsprogramms, haben bekanntgegeben, daß sie am 9. Februar d. J. in Moskau heiraten wollen. Nach der standesamtlichen erfolgt die kirchliche Trauung in der amerikanischen Botschaft.

Susan Eisenhower, 38, war zweimal verheiratet, sie hat drei Kinder im Alter von 8 bis 17 Jahren. Sie lernt jetzt russisch. Vorigen Winter begann Susan, Sagdejew bei der Niederschrift seiner Memoiren zu helfen, und im Sommer v. J. hatte sie dann, wie die „New York Times“ schrieb, beschlossen, selbst in diese einzugehen.

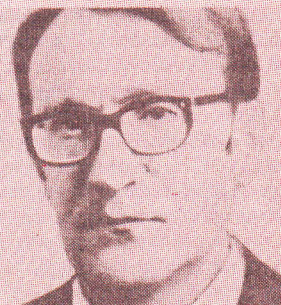
Der 57jährige Sagdejew, Akade-

miemitglied, ist geschieden, er hat zwei erwachsene Kinder und spricht gut englisch. 1988 gab Sagdejew seinen Posten als Direktor des Instituts für Kosmosforschung auf. Als gewählter Volksdeputierter demonstrierte er Unabhängigkeit und Konsequenz bei der Verteidigung der eigenen Meinung. 1989 veröffentlichte die NZ ein Foto von Sagdejew, wo er allein gegen eine von der Mehrheit angenommene Entscheidung stimmt.

Susan Eisenhower traf mit Sagdejew erstmals während einer Konferenz in Chautauqua zusammen, die sich mit den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen beschäftigte. Bei einem Festabend trug Sagdejew auf der Bühne das Lied „When the Saints go marching in“ vor und ging dann in den Saal, um mit Susan zu tanzen.

Präsident Bush telefonierte persönlich mit Susan, die ihn im Wahlkampf unterstützt hatte, um ihr Glück zu wünschen.

Obwohl schon Dutzende amerikanische und sowjetische Bürger eine Ehe miteinander eingingen, gab es noch keinen Fall, daß es sich dabei um einen so bekannten Wissenschaftler und Vertreter des öffentlichen Lebens wie Sagdejew und ein Mitglied einer so bekannten



Familie wie den Eisenhowers gehandelt hätte.

Wie die „New York Times“ schreibt, werden sie während des Schuljahrs in den USA leben und Sagdejew wird von seinem Wohnsitz in Washington ins Institut für perspektivische Studien bei der Universität Princeton fahren, um sich dort wissenschaftlich zu betätigen. Den Sommer wird das Ehepaar in der Sowjetunion verbringen.

Susan Eisenhower und Roald Sagdejew waren an der Arbeit des Internationalen Fonds für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit, der von Akademiemitglied Sacharow geleitet wurde, beteiligt. Wie Sagdejew erzählte, hat Andrej Sacharow bei der kürzlichen Sitzung des Direktorenrates des Fonds gesagt: „Ich weiß nicht, ob der Fonds viel erreichen konnte außer der Ehe von Susan und Roald.“

Treue, Kompromisse und Fanatismus

Die Meinung des estnischen Schriftstellers Jaan Kross

An der Fassade eines alten Hauses in der Rataskaevu-Straße in Tallinn ist eine Gedenktafel in Form einer Palette und einer Staffelei angebracht. Auch die Gestalt des Malers ist, bis auf das Gesicht, gut zu erkennen. Das Denkmal zeigt den berühmten Maler und Bildhauer Mihel Sittov (1469 – 1525) von Tallinn. Er portraitierte die gekrönten Häupter Spaniens, Englands und Dänemarks, schnitzte Heiligenbilder. Nur sein eigenes Porträt ist nicht erhalten.

Trotzdem könnte jeder, der die „Vier Monologe über den Heiligen Georg“ gelesen hat, genau wiedergeben, wer Mihel Sittov war, was er geliebt, was er verachtet hat, weil Jaan Kross das alles in seinem Werk beschrieben hat. Kross hat übrigens nicht nur den Maler Sittov vor der Vergessenheit bewahrt. Der Heerführer Michelson, der Pugatschow verhaftet hat, Balhasar Rüssow, der die „Chronik der livländischen Provinz“ geschrieben hat, Oberst von Bock, der das Schicksal Tschadajews vorweggenommen hat: sie und viele andere wurden von Jaan Kross zu neuem Leben erweckt. Seltsam nur, daß jedes seiner Bücher, die Ereignissen aus längst vergangenen Tagen gewidmet sind, in gewisser Weise eine Antwort auf die brennendsten Fragen der Gegenwart bietet. Die Fragen, auf die Kross eine Antwort sucht und findet, interessieren nicht nur die Leser in Estland, seine Bücher sind in viele Sprachen der UdSSR und des Auslands übersetzt. Unlängst wurde er als Kandidat für den Nobelpreis für Literatur vorgeschlagen.

Angefangen haben Sie als Dichter. Kritiker haben Sie als Begründer der philosophischen Richtung in der estnischen Lyrik bezeichnet. Dann haben Sie die Verse plötzlich sein gelassen und sich der Prosa, der historisierenden Prosa, zugewandt. Warum das?

So plötzlich nun auch wieder nicht. Ich habe mich schon in jungen Jahren für Geschichte interessiert. Irgendwann habe ich begriffen, daß ich meinen Glauben an die magische Kraft des poetischen Wortes verliere, dieses einzigen und zutreffendsten Wortes, das ich für meine Gedichte gesucht habe. Mir schien, daß der Leser dieses mein einziges Wort nicht allzu sehr brauche. Wenn es gelingen sollte, ihm etwas vielleicht nicht gerade zu erklären, denn mir selbst ist auch längst nicht alles klar, sondern zu erzählen, dann mußte ich dafür mehr Worte aufwenden. Die Gedichte wurden mir zu eng. 1969, als ich umsattelte, war ich immerhin schon 49. Ich habe mir keine Gewalt angetan, sondern bin, wie mir schien, den Weg des geringsten Widerstands gegangen, meinem eigenen Wunsch gehorchend.

Tynjanow hat gesagt, daß er da anfängt, wo das Dokument aufhört. Sie halten sich

peinlich genau an die Fakten und gestalten trotzdem etwas Eigenes, erfinden, phantasieren. Was ist dann Geschichte für Sie, eine Teststrecke?

Ich verstehe Tynjanows Gedanken so, daß man ein Dokument angelegentlich bis zu Ende studieren soll, um erst danach mit der eigenen Komposition zu beginnen. Für mich ist Geschichte eine Tatsachensammlung aus dem menschlichen Leben. Manchmal sind diese Tatsachen zufällig, manchmal auch gesetzmäßig entstanden, sie können spärlich oder im Überfluß vorhanden sein, und doch sind sie alle Ereignisse, die sich so abgespielt haben und von Menschen erlebt worden sind.

Ist Jaan Kross dann ein historisierender Romancier, der Überlieferungen aus alter Zeit aufleben läßt? Oder ein Belletrist, der Personen aus der Gegenwart nimmt und in ältere Gewänder hüllt?

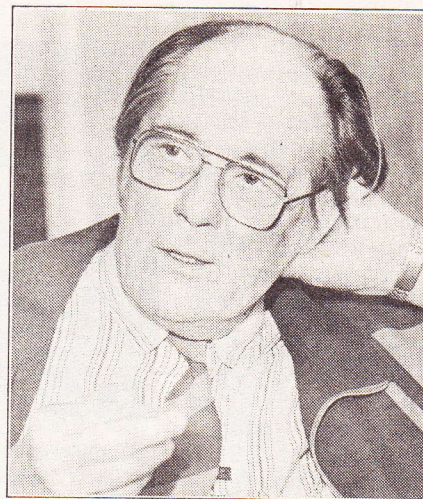
Ich glaube nicht, daß ich ein historisierender Romancier bin. Eher ein Belletrist der Gegenwart. Ich denke über die Gegenwart nach und wende mich an meine Zeitgenossen. Dennoch ist das Spiel mit der Geschichte, das ich in meinen Büchern treibe, eine ernste Angelegenheit. Ich trete dem historischen Material mit großem Respekt entgegen, weil ich mir über die Ernsthaftigkeit solcher „Spiele“ mit der Vergangenheit bewußt bin. Ich versuche zum Beispiel die Chronologie nicht zu verletzen und wirkliche Tatsachen nicht zu verfälschen. Feuchtwanger konnte in einem seiner Romane das Alter von Rousseaus Frau um 10 bis 15 Jahre verändern, weil er es so für seinen Stoff brauchte. Mir geht das nicht so leicht von der Hand, zumindest verberge ich solche Verfälschungen so, daß sie nicht gleich jemanden verärgern, der ein gewöhnliches Lexikon zur Hand hat. Davon abgesehen möchte ich mich in dem Raum zwischen den bekannten historischen Tatsachen immerhin noch frei genug fühlen.

Ihre Gestalten schließen sehr oft Kompromisse. Glauben Sie, daß der Kompromiß für ein soziales Individuum natürlich und notwendig ist?

Jeder Fortschritt ist Ergebnis von Kompromissen. Deshalb ist die Triade aus These, Antithese und Synthese auch wahr. Meine Helden schließen allerdings keine Kompromisse im bösen Sinne des Wortes, weichen nicht von ihren wichtigsten Zielen ab und werfen auch die Moral nicht über Bord. So eingehend habe ich mich aber mit dem Problem des Kompromisses noch nicht befaßt.

Wieso nicht befaßt, wenn Ihre „Vier Monologe“ mit dem Satz beginnen: „Herr, ich will einen Handel mit Dir beginnen“?

Da haben Sie den Begriff des Kompromisses schon zur Synthese erweitert! Verstehen Sie, worum es geht: Die andere Seite der Medaille, also des Kompromisses, ist die Treue. Das mag



paradox klingen. Denn alle meine literarischen Gestalten müssen sich ständig der Frage nach ihrer Treue stellen. Der Treue zu ihren Zielen und Idealen, ihrer Klasse und bestimmten Ideen. Sie müssen wählen zwischen ihren Wünschen und Möglichkeiten, die oft überhaupt nicht zusammenfallen. Michelson und Jansen gehen Kompromisse ein, Rüssow macht auch nicht geringe Zugeständnisse, aber ob man ein Zugeständnis verurteilen oder gutheißen soll, hängt meiner Meinung davon ab, welches Ziel mit dem Kompromiß verfolgt wird. Das wird außerdem nicht immer sofort klar, und auch nicht für alle. Um so weniger für die Zeitgenossen, denn ihnen fällt es schwer, einen Blick in die Zukunft zu werfen. Sie leben und sind mit dem Gegenwärtigen überlastet.

Für wen wird denn dann der Kompromiß gefunden?

Für wen hat dann Jansen eine Zeitung herausgegeben und die Tradition der Sängerkulte begründet? Für sich selbst oder für zukünftige Generationen seines Volkes? Die Antwort ist klar: für sein Volk. Deshalb haben auch wir Esten, selbst in den dogmatischsten Zeiten, Jansen zwar für seine Kollaboration mit den Deutschen verurteilt und trotzdem seine Verdienste um das nationale Erwachen nicht vergessen. Natürlich ist das schwierig und vieldeutig. Hier kommt man mit zwei Farben nicht aus. Und eine Vorhersage ist auch nicht leicht.

Trotzdem, birgt der Kompromiß nicht eine Aushöhlung der Idee in sich? Niemand kann doch schließlich genau sagen, wo der Kompromiß aufhört. Erst recht wenn alles mit höheren Zielen gerechtfertigt wird. Außerdem ist es immer leicht, beim Kompromiß die persönliche Würde zu verlieren.

Das stimmt, aber das Leben ist insgesamt eine gefährliche Angelegenheit. Versöhnlichkeit ist gefährlich, gefährlich ist aber auch Unversöhnlichkeit. Für uns ist das jetzt besonders aktuell. Weil es in unserer jetzigen Situation leicht ist, moralische Leitlinien einzubüßen und nur noch das durchaus materielle Endergebnis wichtig zu sein scheint. Ich meine, für das Individuum muß etwas anderes von Belang sein: Hast du zur Neuorientierung auf bestimmte moralische Werte beigetragen? Oder anders herum, hast du diese Neuorientierung gebremst? Das ist viel wichtiger als irgendwel-

che individuellen Lorbeerkränze. Ich stelle fest, daß manche Künstler sich oft von dem Wunsch leiten lassen, sich diesen Lorbeerkranz so schnell wie möglich aufzusetzen.

Werden wir damit nicht zu Agenten des Zeitgeschmacks? Mal wollen Ihre Helden aus ihrer Epoche herausfallen, mal wollen sie vorausseilen und der Geschichte Beine machen. Werden wir damit nicht zu Spekulanten an der politischen Börse?

Natürlich sind wir Spekulanten, wenn man darunter die Notwendigkeit versteht, den Zeitgeschmack einzuplanen. Wir sind zweifellos dazu gezwungen. Mit welchem Ziel und wie weit kann man sich auf den Zeitgeschmack einlassen: Das sollte meiner Meinung nach den Ausschlag geben. Spekulation? Ja. Der andere Name dafür aber ist Treue. Wenn wir nämlich bei unseren Kompromissen konsequent sind, bleiben wir uns gleichzeitig selbst treu.

In Ihren Romanen zeigen Sie, wie schwer es ist, diese Treue einzuhalten. Nicht von ungefähr verüben viele Ihrer Gestalten Verrat am Lehrer oder am Schüler, an der Geliebten oder am Herrscher, dem sie einen Eid geleistet hatten. Jedesmal wird der Verrat gerechtfertigt: Sei es, daß jemand sich um seiner Vorbestimmung oder Berufung willen retten, sei es, daß er seine Ideen behaupten will.

Ich glaube, über „Verrat“ meiner Helden kann man nur in Anführungsstrichen sprechen. Für meine Begriffe dienen sie ihren Idealen recht wacker. Obwohl sie Menschen mit ihren eigenen Schwächen und Fehlern sind, wissen sie, daß gewisse scheinbar absolute Werte mit der Zeit relativiert werden.

Trotzdem gehen einige Ihrer Helden bis zum Letzten. Timo von Bock hat zum Beispiel nicht nur auf den Seiten Ihres Romans im Gefängnis gesessen, sondern auch in der durchaus realen Festung Schlüsselburg.

Solche Fanatiker waren damals erforderlich, als in einer Gesellschaft und in einem Staat reaktionäre Kräfte dominierten. Sobald die Reaktion schwächer wird, wird auch von edlen Menschen nicht mehr eine solch leidenschaftliche Selbstverleugnung verlangt. Verständlicherweise hat der Mensch keine unbegrenzten politischen oder moralischen Entscheidungsmöglichkeiten, sie werden ihm durch seine Zeit vorgeschrieben. Andererseits hängt das auch von diesem Menschen selbst ab, in was für einer Zeit er lebt, in einer düster verhangenen oder einer etwas aufgeklärteren Zeit.

Wie stehen Sie zu ihrer Nominierung für den Nobelpreis?

Ich habe erst vor dem Fernseher erfahren, daß ich zu den Kandidaten gehöre: Der Direktor des Schwedischen Instituts befand sich in Tallinn und hat es dem estnischen Fernsehen mitgeteilt. Natürlich ist das eine große Ehre für mich. Dennoch würde ich diese Tatsache nicht überbewerten. In den 30er Jahren hat einmal ein Klassenkamerad von mir gesagt, daß viele wirkliche Schriftsteller keinerlei Preise erhalten. Ich habe mir seinen Hinweis gemerkt. Deshalb habe ich es auch durchaus gelassen aufgenommen, daß ich jetzt in die Liste der Anwärter eingetragen worden bin.

TALLINN

Interview: Mark Lewin

Foto: D. Pranz

Rückgabe von Heiligtümern

Die Sowjetregierung übergab der russisch-orthodoxen Kirche 544 seltene Ikonen, Kruzifixe und alte Bücher

Versuche, Kunstwerke heimlich außer Landes zu bringen, die zum kulturellen Gemeingut eines Landes gehören und deshalb nicht ausgeführt werden dürfen, wird es wohl zu allen Zeiten geben. Doch weitaus nicht immer gelingt das: Antiquitäten werden vom Staat eingezogen, der betreffende erhält eine Geldstrafe. Allein im letzten halben Jahr konfiszierten Mitarbeiter des sowjetischen Zolls etwa 600 Kunstwerke. Auf goldenem Grund gemalte Vitae von Heiligen; Ikonen mit kunstvollen Silberbeschlägen; bronzene, zusammenlegbare Heiligenbilder; Altarkreuze mit farbiger Emaille...

Was geschieht mit den beschlagnahmten Kostbarkeiten? Meist gelangen sie nach der Schätzung durch Experten in die Lagerräume von Museen. Sie verstauben dort, bisweilen werden sie zerstört oder gestohlen. Es kam auch vor, daß die schmiedesilbernen Beschläge als Altmetall verkauft wurden. Mitarbeiter des Zolls können sich daran erinnern, daß sie die gleiche Ikone zweimal oder gar dreimal beschlagnahmten...

Reicht es, sich darüber zu empören, oder besteht Handlungsbedarf? Die Hauptzollverwaltung entschloß sich zu handeln und ersuchte den UdSSR-Ministerrat um die Erlaubnis, die beschlagnahmten Werte der Kirche zu übergeben. Dieser Bitte wurde entsprochen.

Ein kleiner Exkurs. Mir scheinen drei auf den ersten Blick unterschiedliche Dinge eng miteinander verbunden zu sein: Wenn Maschinen um ihrer selbst willen erzeugt werden; wenn ein Drittel der in unserem Land eingebrachten Ernte verfault, verlorengeht, und das bei keineswegs überfüllten Regalen; wenn Werke der Kultur und des Geistes in staubigen Abstellkammern herumliegen. All das ist gleich unsittlich, und es ist auch sinnlos. Selbst für Nichtgläubige sind Ikonen mehr als Kunstwerke. Etwas mehr spricht aus Namen wie „Der Erlöser als Triumphator“, „Johannes der Täufer, meditierend“ und „Stille mein Leid“. Nicht Mystik ist es. Zu allen Zeiten gab es Begriffe wie „Liebe“, „Hoffnung“ und „Glaube“, die auch nichtreligiösen Menschen Kraft gaben...

Besagte Ikonen sind auch unter denjenigen, die vom Zoll sichergestellt wurden. Diesen Heiligenbildern vertrauten ganze Generationen ihre geheimsten Wünsche, Freude und Leid an. Die Kirche verleiht diesen Gegenständen Leben, nennt sie



Metropolit von Rostow und Nowotscherkassk Wladimir mit der zurückgegebenen Ikone der Gottesmutter von Wladimir

heilig. Wie gut, daß sich Menschen im Staatsdienst fanden, die die Ikonen aus den Lagerräumen holten.

... Bei einer feierlichen Zeremonie im Moskauer St. Danilow-Kloster waren 450 Ikonen, 28 zusammenlegbare Heiligenbilder, 37 Kruzifixe, 2 Kirchensiegel, 12 geistliche Bücher und andere Kostbarkeiten (alle gerettet vom Zoll) vertreten, von denen ein Teil an wieder eröffnete Gotteshäuser übergeben werden soll, anderen werden hier, im Moskauer St. Danilow-Kloster, bleiben, wieder andere sollen nach Sagorsk kommen. Natürlich geht es dabei nicht um die Zahl.

„Eine Ikone ist für einen denkenden und fühlenden Menschen der Punkt, wo sich Kultur und Religion in ihrem Wunsch begegnen, den Sinn unserer Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu erkennen, zu erklären. Das gegenseitige Verständnis von Staat und Kirche wird zur Wiederbelebung der geistigen und sittlichen Werte in unserem Land beitragen“, sagte der neue UdSSR-Kulturminister Nikolai Gubenko, der an der Feier teilnahm.

... Natürlich kann man die Übergabe der Ikonen als edlen Schritt seitens der Regierung, der er ist, würdigen. Doch man kann ihn auch als unsere Rückkehr zum gesunden Menschenverstand sehen. Wir geben den Boden an die Bauern, die Betriebe an diejenigen, die in ihnen arbeiten, Ikonen und Glocken an die Kirche zurück.

Boris Balkarej

Foto des Autors

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „**Neue Zeit**“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H. Xantener Str. 7 Postfach 10 15 55 4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG Postfach 10 16 10 5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH Postfach 34 01 08 8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International Vester Voldgade 11 1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel Leidsestraat 25 1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service 347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska knjiga“, 11 000 Beograd, Trg. Republike, POB 36
- Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“, Export-Import 41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz Ulica Jna 42 71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska b.b. 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022, 11, rue Christophe Plantin Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center P. O. Box 6125 Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, Höchstädtplatz 3, A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“, Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117 CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft Froschaugasse 7 8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6. Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“ Thielallee 34, 1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer, Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr./ Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre

Bitte Entsprechendes ankreuzen

Datum

Unterschrift



Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute



Die Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre Probleme beim internationalen Lufttransport und bei der Gründung von Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen Partnern zu lösen.

MKU GA



wickelt jede außenwirtschaftliche Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklusive Lufttransport und Service in der UdSSR und im Ausland; Devisen- und Finanzverrechnungen; Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen; Werbung für Lufttransport und Service; technische Hilfe für sowjetische und ausländische Organisationen, Firmen und Einzelpersonen bei Wartung und Reparatur von Flugtechnik, bei Lieferungen von Ausrüstung und Material und bei der Ausbildung von Fachleuten.

Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luftfahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern ohne zusätzliche Ausgaben.

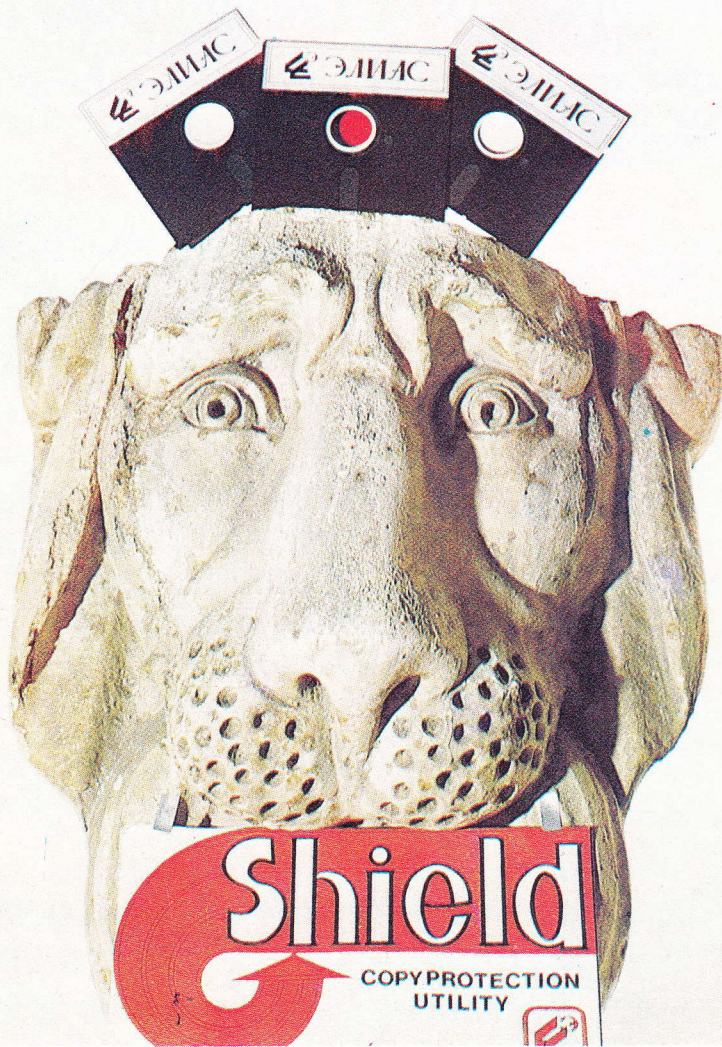
Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
 **Soviet airlines**

14159 4 100 000 002
JANSETSCHEK, R
8800 5031 9864 SLBN 27/C124

„ELIAS“ IHRE SOFTWARE



Wir bieten das **ORIGINALLE**
PROGRAMMSCHUTZPAKET „SHIELD“ an,
eine Entwicklung der Forschergruppe
von Programmierern „ALEX SOFTWARE“,
die Ihnen Sicherheit vor Kopieren gibt.

– „SHIELD“ verwendet die neuesten Erkenntnisse des Programmschutzes. Experten
zufolge entfallen praktisch auf jedes Programm 1 – 3 nichtsanctionierte Kopien.

*IHRE DURCH DAS „SHIELD“-SYSTEM GESCHÜTZTE PRODUKTION
WIRD DIESE STATISTIKEN NICHT AUFFÜLLEN*

Der hohe Professionalismus der Programmierer von „ELIAS“ garantiert die Qualität
der Software

AUS UNSEREM ANGEBOT

- Programm zum Austausch von Textinformationen zwischen verschiedenen Computertypen (Serien SM, ISOT, WAX) vermittelt eines Magnetbands.
- Programm einer automatisierten buchhalterischen Erfassung „TRIOM-17“.
- Testprogramme für sozialpsychologische Forschungen: „PERSÖNLICHKEITS-BILD“, „PERSÖNLICHKEITSBILD IM BERUF“
- Informations- und Auskunftssystem zur technischen Wartung von Kraftfahrzeugen.

**DIE GENOSSENSCHAFT „ELIAS“ IST BEREIT,
JOINT VENTURES
ZU GRÜNDEN**

UNSERE ADRESSE: UdSSR, 127562 Moskau, Kargopolskaja ul. 17. Telefon: 903 04 57

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ